H 8040 F
Nummer 33
Februar/März 95
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Einblick-Prozeß · Stuttgarter Bewegungsprozeß· Hamburger NIT-Prozeß · Hannoverscher Bombenlegerprozeß · Hausdurchsuchung Europaburschenschaft Arminia · Verbot der FAP

Mit der Justiz gegen den Neofaschismus?





... oder gegen Antifa?

Göttinger 129 und 129-a-Verfahren

Inhalt

Das Trauerspiel von Groß - Gerau
Seite 3
Das unheilvolle Urteil von Hamburg
Seite 5
Der "Bewegungsprozeß"
Seite 6
Die Heide wacht auf
Seite 8
„Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“
Seite 9
Ein österreichischer Verleger
Seite 10
Eine ehrenwerte Gesellschaft
Seite 10
Ein faschistischer Traditionsverein
Seite 13
Völkisches Heidentum à la Radegeis
Seite 14
Gegendarstellung
Seite 15
„Nation + Europa“
Seite 16
Prozeß wegen Angriff auf Republikaner-Stand geplatzt.
Seite 17
Bomben "aus Frust über die Mutter"?
Seite 17
Triumph des Willens?
Seite 19
"Einheit und Kampf"
Seite 21

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Unmittelbar vor Drucklegung der aktuellen Ausgabe des "Rechten Randes" geht die Meldung durch die Medien, daß die FAP und die Hamburger "Nationale Liste" verboten wurden. Ein längst überfälliger Schritt, der sich gegen zwei Kernorganisationen des organisierten Neonazismus richtet.

Überfällig ist das Verbot, weil es zu einem Zeitpunkt kommt, an dem die FAP längst in Form von "Kameradschaften" Ersatzstrukturen aufgebaut hat, bzw. einige Funktionäre bei den "Jungen Nationaldemokraten" Unterschlupf gefunden haben und dort als "Quartiermeister" für militante Neonazis tätig werden. Die Infrastruktur ist u.a. auch durch den in Österreich sitzenden ehemaligen niedersächsischen Landesvorsitzenden der FAP, Karl Polacek abgesichert.

In den bundesdeutschen Medien wird angesichts der geringfügigen Funde im Rahmen der zahlreichen Hausdurchsuchungen gemutmaßt, daß die Polizeiaktion verraten worden sei. Mag sein - aber der Ablauf des Verbots hat es den FAP-Funktionären auch ohne konkreten Hinweis auf die bevorstehende Aktion seit langer Zeit ermöglicht, ihre Wohnungen "sauber" zu machen. Seit Monaten kursieren Aufrufe (u.a. über die "Nationalen Infotelefone"), sich auf das Verbot und Hausdurchsuchungen vorzubereiten. Die Hausdurchsuchungsaktion gegen einige FAP-Funktionäre vor wenigen Wochen war dann der letzte Warnschuß. Ein Warnschuß, den der FAP-Vorsitzende Busse, mit Verboten ja vertraut, wohl verstanden hat. Immerhin wurde bei ihm, bzw. bei den Führungskadern außer ein paar Flugschriften und Aufklebern nichts Aufregendes gefunden.

Nicht unterbunden wurde die Tätigkeit der "Nationalen Infotelefone". Diese Einrichtungen werden auch prompt benutzt. Unmittelbar nach dem Verbot der "Nationalen Liste" warnt deren geistiger Kopf, Christian Worch, namentlich die "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" und die "Deutschen Nationalisten", sich auf ein Verbot vorzubereiten und vorhandene Unterlagen zu vernichten oder zumindest auszulagern. Wen wundert es, wenn die Polizei dann nichts findet.

Interessant ist auch die sofort einsetzende Diskussion über die Frage, ob ein Verbot sinnvoll war; daß jetzt die Szene schlechter zu beobachten/zu kontrollieren sei. An die Wand gemalt wird von einigen Boulevard-Blättern gar die Gefahr eines Bombenterrors von rechts.

Als ob die militanten Neonazis nicht schon längst neben der offiziellen "politischen" Tätigkeit illegale Strukturen geschaffen hätten, die - unerkannt von Verfassungsschutz und Justiz - Terroraktionen vorbereitet und in der Vergangenheit auch durchgeführt hätten (ohne vorherige Verbote!). Erinnert sei hier nur an die "Deutschen Aktionsgruppen" des Manfred Roeder, an die Bombenanschläge gegen Sendemasten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (um die Ausstrahlung des "Holocaust"-Filmes zu verhindern) oder an die unter Neonazis kursierenden Werwolf-Sprengstoff-Bastelanleitungen, die auch über die NSDAP/AO verbreitet werden usw. usw..

Jetzt heißt es, den Druck, der auf der militanten Neonazi-Szene lastet, zu erhöhen und Reorganisierungsversuche schon im Ansatz zu verhindern. - Eine Aufgabe, die die Wachsamkeit der antifaschistischen Bewegung auf die Probe stellen wird. (Ht.)

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang Mai. Redaktionsschluß ist der 7. April 1995.

Richtigstellung: In dem Artikel "Der seichte Abgang des Führers" in DRR Nr.32 über den REP-Parteitag wurde ein falscher Vorname des ehemaligen Schatzmeisters der REP angegeben. Er heißt nicht Gunnar sondern **Klaus-Dieter Pahl**!

Termine

1. Halbjahr 1995: Das Dokumentation- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) hat ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm für das 1. Halbjahr 1995 vorgelegt. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung von der Naziherrschaft steht ein Treffen ehemaliger Häftlinge vom 5.-9. Mai in Papenburg. Einige der ehemaligen "Moorsoldaten" haben sich bereit erklärt, Schulen und interessierten Gruppen für Veranstaltungen zur Verfügung zu stehen. Absprachen bzw. das ausführliche Veranstaltungsprogramm über: DIZ, Postfach 1132, 26851 Papenburg, Tel. 04961/4971.

20. - 24. März: Seminar zum Thema "Organisierter Rechtsextremismus in Niedersachsen, Teilnahmegebühr DM160,-. Die Veranstaltung ist als Bildungsurlaubsmaßnahme anerkannt. Anmeldung und Informationen über: Arbeit und Leben, DGB-Haus, Wilhelmstr.5, 38100 Braunschweig Tel. 0531-17044.

7.4. - 9. April 1995: Fahrradtour auf den Spuren der Buchenwald-Häftlinge. Informationen über: Thüringer Antifa Nachrichten, Joseph Grüne, Eislebenerstr. 3, 99086 Erfurt

9. April 1995: Um 14.00 Uhr findet auf dem Appellplatz des ehemaligen KZ Buchenwald (Weimar) eine Kundgebung anläßlich der Selbstbefreiung des Lagers statt.

15. April 1995: Ab 11.30 Uhr Gedenkmarsch und Kundgebung anläßlich der Befreiung des KZ Bergen-Belsen. Informationen über VVN-BdA Niedersachsen, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

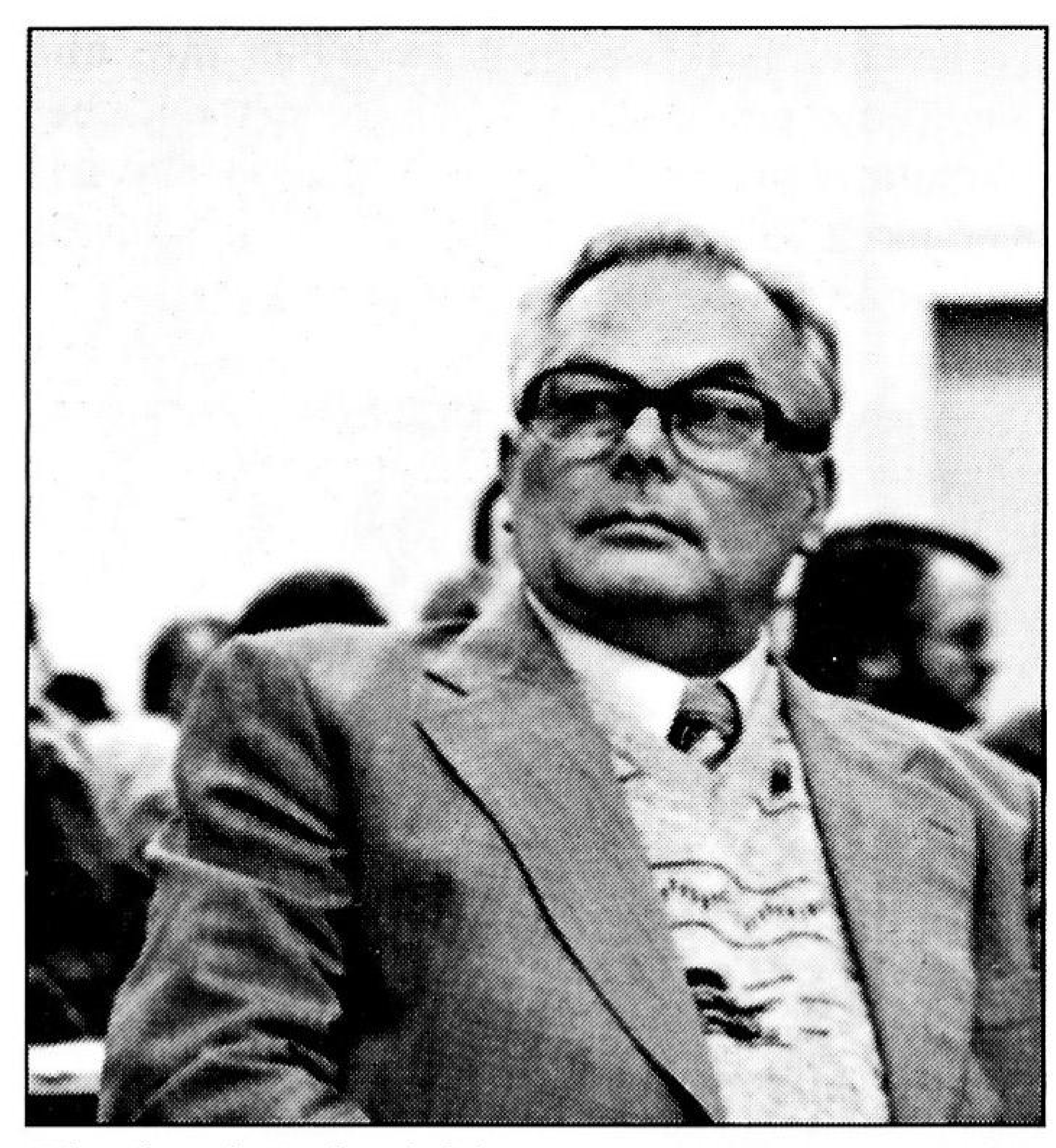
Termine für internationale Aktivitäten gegen Rassismus, Faschismus und Nationalismus sind erhältlich über: UNITED for Intercultural Action, Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam

Olaf Göbel

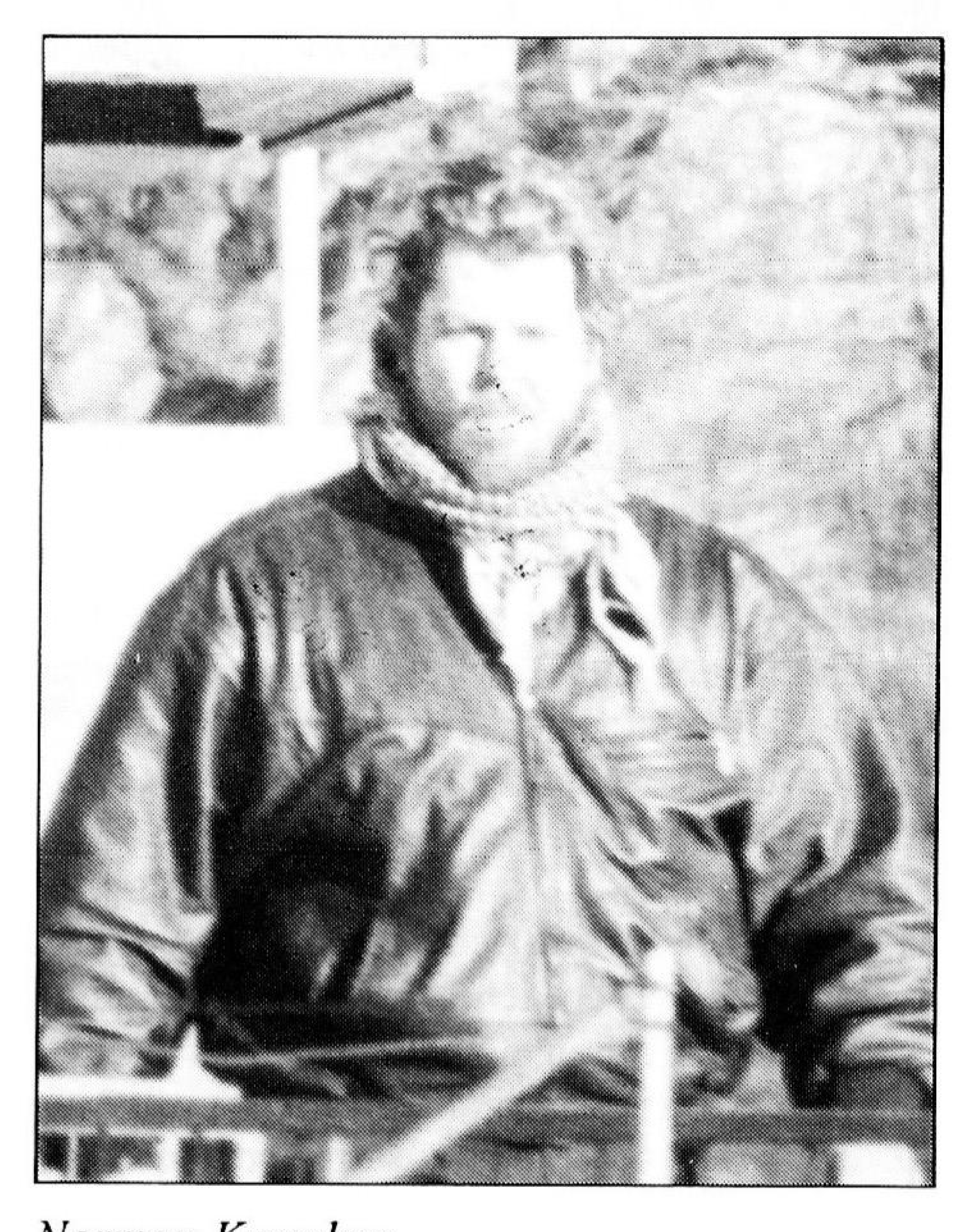
Das Trauerspiel von Groß - Gerau

Prozeß gegen Hintermänner der Anti-Antifa-Zeitung "Der Einblick"

Im November 1993 erschien die in Nazikreisen lang angekündigte Erstausgabe des "Einblick". Sie enthielt 250 Adressen von Linken und vermeintlichen Linken. Insgesamt wurden 1200 Exemplare gedruckt, ca. 800 kamen in Umlauf, so die ersten Presseberichte. Nach Ermittlungen der Polizei wurden jedoch nur 500 gedruckt und es kamen über 200 in Umlauf. Es wurde allerdings eingeräumt, daß nach den ersten Verhaftungen aus Dänemark eine unbekannte Anzahl von "Einblick" - Kopien im Format DIN A 3 versandt wurde.



Eberhard Hefendehl



Norman Kempken

Norman Kempken und **Stephane Cumic** spielten die maßgebliche Rolle bei der Erstellung. Cumic erfand den "Einblick", Kempken war von der Idee begeistert. Beide kannten sich laut Cumic nicht, erst **Rene Friedmann** (Kommt aus der ANS-Struktur, war Bundesvorsitzender der "Nationalen Sammlung" (NS) und Mitglied der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP).) stellte den Kontakt zwischen den beiden 1992 her. Kempken trug laut der belastenden Aussage von Cumic den Hauptteil an Adressen zusammen (wobei unwahrscheinlich ist, daß er über 200 Adressen alleine gesammelt hat, Cumic steuerte die ca. 20 Adressen aus dem Rhein-Main-Gebiet bei) und schrieb Vorwort und die inhaltlichen Teile.

Ursprünglich lag die Redaktionsadresse in Wiesbaden bei Cumic, wurde dann jedoch (dank der Vermittlung von **Garry Lauck** (NSDAP/AO) aus den USA) nach Dänemark verlegt. Kempken fuhr zur Abklärung der Details mindestens einmal nach Dänemark. Das Postfach in Randers gehört der "Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB). Trotz akuter Bedrohung gegen Einzelne tappte die Polizei nach eigenem Bekunden im Dunkeln. Erst eine Presseerklärung des Bildungswerkes Anna Seghers zur Person Cumics und seiner Verwicklung in den Einblick brachte den Stein ins Rollen. Cumic flüchtete nach vorn und gab öffentlich bekannt, den Einblick erfunden zu haben. Eine Festnahme war unvermeidlich, er packte aus und belastete weitere Personen, u.a. die Mitangeklagten Kempken, **Karin Mayer** und **Eberhard Hefendehl.**

Die Ermittlungen

Viele neue Fakten wurden im Prozeß nicht sichtbar, im Großen und Ganzen wurden die Mutmaßungen bestätigt, die das Bildungswerk Anna Seghers in der Broschüre "Die Anti-Antifa und der Einblick" zusammengetragen hatte. Bis auf ein wesentliches Detail: die Hintermänner und die gesamte organisatorische Struktur im Hintergrund des "Einblick" blieb außen vor. So etwas macht den kundigen Beobachter stutzig, doch zum eigentlichen Prozeß.

Die Polizei hatte in Richtung Organisationsstruktur nicht ermittelt und der Richter sah es nicht als Aufgabe des Gerichtes an, dieses Versäumnis nachzuholen. Dabei lagen einige Dinge auf der Hand: Allen genannten Personen kann eine Mitgliedschaft in der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) nachgewiesen werden, oder sie unterhielten ein persönliches Verhältnis zur HNG-Vorsitzenden **Ursula Müller**. Kempkens Verhältnis zu ihr ist sogar sehr nah.

Es fällt auf, daß sämtliche Ermittlungen in Richtung auf ein Organisationsdelikt unterlassen und alle nur erdenklichen Möglichkeiten gesucht und gefunden wurden, um die Zahl der Verantwortlichen auf zwei Personen zu reduzieren. Ab drei TäterInnen wäre ein §129 oder 129a fällig gewesen. So ist es nicht verwunderlich, daß der wesentlichste Arbeitsschritt für ein Druckwerk, nämlich das Drukken selbst, als Beihilfe geahndet wurde.

Aber auch die sonstigen Ermittlungen der Polizei lassen einem die Haare zu Berge stehen. Im Grunde kann nicht von Ermittlungen, einem Willen zur Aufdeckung oder gar der Behinderung organisierter rechter Strukturen gesprochen werden. Hier ein paar Highlights:

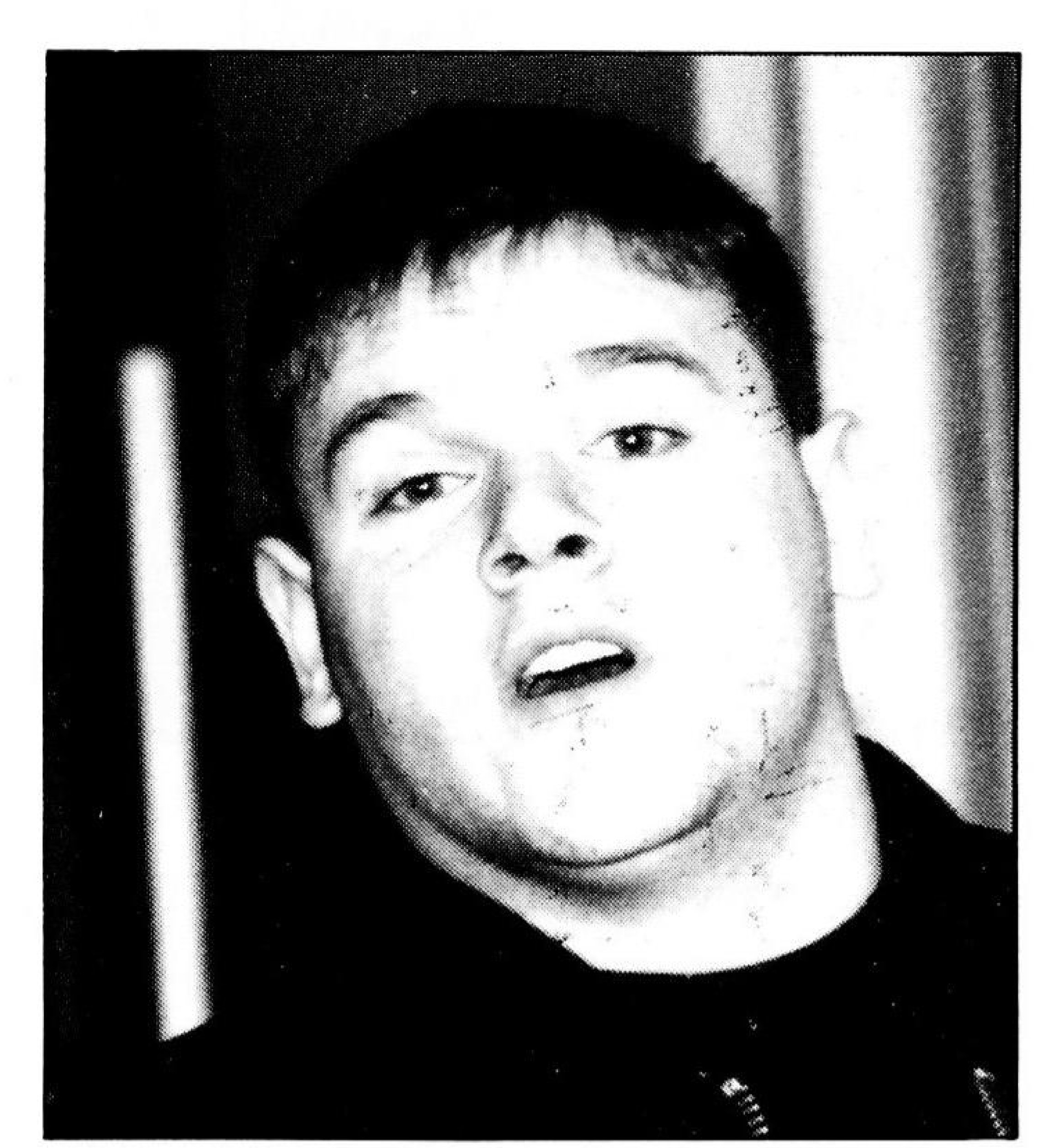
Bei dem Drucker Hans Eberhard Hefendehl wurde ein neuer, halbeingepackter Computer gefunden und über 100 Disketten. Der Computer wurde nicht untersucht. Grund: er war ja noch nicht ausgepackt. Die 100 Disketten wurden nicht beschlagnahmt, denn ein Polizist hielt sie nicht für verfahrensrelevant. Die Frage der Anwältin der Nebenklage, woran man denn bei einer Diskette von außen ersehen kann, ob sie verfahrensrelevant sei, blieb unbeantwortet.... .

Die bekannten Konten von Norman W. Kempken, der wichtigsten Person bei der Herstellung des Einblick, wurden nicht sämtlich untersucht bzw. es wurde gar nicht versucht herauszubekommen, ob er vielleicht noch mehr Bank- oder Postkonten besitzt. Bei den wenigen, die die Polizei nach Hinweisen abklopfte, wurden z.B. Kontobewegungen über teilweise 15.000,-DM nicht auf ihre EmpfängerInnen, AbsenderInnen oder deren Zweck untersucht. Dafür wurde eine von Stephane Cumic in einem Brief zur Verwirrung angegebene Bankverbindung genauestens überprüft. Grund: Das Konto gehört einem Linken. Die Ermittlungen dazu füllen über 30 Seiten der Akten. Dort wurde sämtlichen Kontobewegungen der letzten Jahre nachgegangen, sämtliche damit verbundenen Personen überprüft und versucht den Grund der Überweisung zu erforschen.

Kempken saß nach den ihn belastenden Aussagen von Cumic für einige Monate in Köln-Ossendorf im Hochsicherheitstrakt. Für alle Besucher und für alle Gefangenen dort gilt Überwachung durch BKA-Beamte. Was für alle „hochgefährlichen" normalen Gefangenen gilt, galt nicht für den Nazi Norman W. Kempken. Er konnte Besuche ohne Überwachung durchführen. Diese angebliche Panne begründet die Anstaltsleitung damit, daß sie die Überwachung vergessen hätte. Und das in einem Hochsicherheitstrakt.

Der einzige Nazizeuge, der im Prozeß vorgeladen wurde, war NF ("Nationalistische Front") Mitglied **Andreas Gängel** aus Bruchsal. Er soll laut Cumic zusammen mit Kempken die "Einblick"-Hefte aus der Hefendehl'schen Druckerei abgeholt haben. Bis Mitte 1994 betrieb er den "Endsieg-Versand", eine der ersten Adressen für den Vertrieb neofaschistischer Musik. Vor Gericht behauptete er, Hefendehl nie gesehen und zu Kempken ein allenfalls sporadischen Kontakt unterhalten zu haben. Dabei bewies ein vor Gericht

verlesener Briefwechsel zwischen ihm und Kempken eindeutig sein enges persönliches Verhältnis zu dem "Einblick"-Macher. Obwohl Kempken selber Kader der NF ist, spielte die NF keine Rolle in dem Verfahren.



Andreas Gängel

Die mitangeklagte 20-jährige Karin Mayer aus Rüsselsheim hat den "Einblick" gefaltet, geheftet und verschickt. Sie wurde in der Verhandlung als unselbständige Mitläuferin bezeichnet. Laut Cumic wußte sie gar nicht was sie tat: "Die hätte auch Massa-Hefte gefaltet.". Karin Mayer ist keinesfalls ein unbeschriebenes Blatt. Sie kommt ebenso wie ihr Ehemann Thomas Mayer aus der Skinhead-szene. Obwohl sie mit dem Versand des "Einblicks" eine wesentliche Funktion innehatte, wurde sie lediglich wegen „Beihilfe" angeklagt und verurteilt. Über rechtsextremistische Aktivitäten und Mitgliedschaften war den Behörden nichts bekannt. Dabei haben die Eheleute Mayer in den Nachrichten der HNG vom Juni 1993 per Anzeige die Geburt ihres Sohnes bekanntgegeben. Sie hoffen „auf die Mithilfe der germanischen Götter, um unser Kind im Geiste des nationalistisch und sozialistisch erwachenden Deutschlands zu einem tapferen Sohne seines Volkes zu erziehen." Die Datumsangabe des Geburtsjahres 104 steht für das 104. Jahr nach Hitlers Geburt... .

Sogar der Richter rügte das Vorgehen der Polizei in scharfem Ton und gab zu, daß die weiteren Hintermänner des "Einblicks" unerkannt blieben. Ermittlungen in diese Richtung, die von der Nebenklagevertreterin gefordert wurden lehnte er allerdings auch ab.... .

Die Anti-Antifa Struktur und die Hintermänner

Ein paar Hintermänner des "Einblick" und damit der Anti-Antifa Struktur sind klar auszudeuten, auch wenn sie im Gerichtssaal teilweise nicht anwesend waren:

Mit **Christian Worch** aus Hamburg, Anführer und geistiger Kopf der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), beginnt die ANTI-ANTIFA Kampagne. Er stellt sie in einem Artikel im Index vom August 1992 vor, es ist die Anleitung, wie ANTI-ANTIFA Arbeit ungefähr auszusehen hat.

Der 65-jährige Drucker Hans Eberhard Hefendehl ist Eigentümer des Odal-Druck-Verlages in Rodach. In seiner Druckerei werden vielerlei neonazistische Publikationen hergestellt, u.a. die Nachrichten der HNG. Hefendehl ist unter anderem Herausgeber der Zeitschrift "Der Scheinwerfer", das Pendant zur internationalen Nazizeitung "Spotlight", einem Blatt der NSDAP/AO.

Kai Dalek, Computerfachmann aus dem Dorf Oberrodach, nur wenige Kilometer von der Hefendehl'schen Druckerei entfernt. In der Hierarchie der GdNF rangiert Dalek gleich hinter Christian Worch. Er stellt sich nur ungern in den Vordergrund und versucht vielmehr, aus „dem ruhigen Hinterland" heraus ungestört und ohne viel Rummel um seine Person zu arbeiten. Innerhalb der Anti-Antifa ist Dalek eine der Kristallisationsfiguren. Er leitete schon 1988 die GdNF-Vorfeldorganisation "Antikommunistische Aktion" (ANTIKO), die als eine der Vorläuferorganisation der Anti-Antifa gesehen werden kann. Als seine Aufgabe im "Einblick" war der Job des Layouters vorgesehen, hatte er diesen doch schon für das "Einblick"-Vorläuferblatt von Cumics Nationale Aktion gut gemacht. Im oberfränkischen Steinwiesen unterhält er ein „Computer-Grafik-Design-Studio", einen logistischen Stützpunkt für die GdNF und Ansprechpartner, wenn es etwas zu publizieren gibt. Über jenes Studio betreibt Dalek auch die "Kraftwerk.BBS", eine Mailbox, die der bundesweit aktiven Thule-Mailbox angeschlossen ist. Aus dem "Kraftwerk.BBS" können sich Kameraden beispielsweise Fotos von antifaschistischen JournalistInnen ziehen.

Der Hauptmacher des "Einblick" war Norman Wolfgang Kempken aus Rüsselsheim. Nach den ersten Aussagen von Cumic wurde er verhaftet und in die JVA Köln-Ossendorf gebracht. Nach seiner Haftentlassung verzog Kempken nach Nürnberg, wo er heute noch wohnt. Eine seiner Hauptkontaktpersonen dort ist der Neonazi **Harald Hohe**, der ebenfalls aus Rüsselsheim stammt und ca. 1992 seinen Wohnsitz in den Nürnberger Raum verlegte. Hohe war in den 80er Jahren einer der aktivsten und militantesten Neonazis im Rhein-Main-Gebiet. Ein Schläger, der wegen Folterung und Scheinerschießung eines mißliebigen Kameraden 1983, (Femegericht), zwei Jahre später zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Hohe gehörte seinerzeit der ANS/NA-Gruppe um Arndt-Heinz Marx an, die dann wegen jenem eigenmächtig durchgeführten „Femegerichts" aus allen von Michael Kühnen dominierten Gruppen der Bewegung ausgeschlossen wurde. Cumic behauptete im Prozeß, daß Kempken dem Mosler-Flügel angehört, was darin seinen Ursprung haben könnte. Norman W. Kempken ist erstmals aufgefallen im Jahr 1986, als Mitglied der damals überwiegend rechtsorientierten Eintracht-Frankfurt Hooligantruppe "Presswerk Rüsselsheim". Später schloß sich Kempken der rechtsradikalen Gruppe "Taunusfront" an und unterhielt intensiven Kontakt zur "Nationalistischen Front" (NF) und zur NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN). Ungefähr 1988 gelangte Norman W. Kempken in den Führungskreis der "Taunusfront" und spätestens zu diesem Zeitpunkt engagierte er sich fest in der NF.

Inhaltlich ist Kempken ein geschulter Nazikader. In „Helden für Deutschland" meint er: „Wir haben mit zunehmenden politischen Aktionen erkannt, daß sich diese Themen, die so vermeintlich linke Gruppen besetzt haben, Sozialthemen oder Umweltthemen an sich ja auch in unseren Bereich hineingehen. Das läuft schon allein darauf hinaus, daß alles, was unser Volk bedroht, beängstigt, eigentlich auch unser Thema sein muß und deswegen sehen wir auch nicht ein, irgendwelche Themen unseren Gegnern zu überlassen. Wir sind der Meinung, daß die Bonzen und die Multis sich derart am Volk versündigt haben, daß es da auch keine Versöhnung mehr geben kann. Dr. Joseph Goebbels hatte mal gesagt, wer sich am Volk versündigt, verliert den Kopf, und das Großkapital hat sich am Volk versündigt.". Kempken bekam wegen seiner Aktivitäten für die NF jedoch nie Ärger mit den Behörden. Auch nach dem Verbot der Partei 1992 gab es bei ihm nicht einmal eine Hausdurchsuchung, während im gesamten Bundesgebiet Nazis behelligt wurden.

Stephane Cumic war Betreiber des ersten Nationalen Infotelefons (NIT). Er unterhielt enge Kontakte zu Christian Worch, Heinz Reisz ("Deutsches Hessen" (DH)) aus Langen, Garry Lauck (NSDAP/AO) aus den USA und Michael Petri, dem stellvertretenden Vorsitzenden der "Deutschen Alternative" (DA) bis zu ihrem Verbot und mittlerweile Bundesvorsitzender der "Deutschen Nationalisten" (DN) aus Darmstadt-Dieburg. Wie im Prozeß bekannt wurde, faxte Cumic verschiedene Vorlagen zu einem Flugblatt der Anti-Antifa mit dem Titel "Linke Radikale in Wiesbaden" nach Hamburg zu Worch, der es korrigierte und überarbeitete Fassungen zurückfaxte, die nach Worchs Meinung nicht strafbar seien. Cumic war Kader der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) und sowohl DA als auch DH Mitglied. Er behauptet seinen Ausstieg, macht aber in keinster Weise deutlich, daß er sich von nationalsozialistischem Gedankengut gelöst hat. Im Gegenteil bemängelt er die „subkulturellen Züge" und die fehlende inhaltliche Auseinandersetzung innerhalb der Neonazizusammenhänge. Ob man sein achtjähriges Engagement für die Sache des Faschismus als „innerfamiliäre Revolte" abtun kann, so wie es Rainer Fromm in einem Artikel tut, ist mehr als fraglich. Immerhin bestellte er schon am Anfang seiner Karriere die interne GdNF Zeitung "Die Neue Front" auf seinen Namen und hatte Anzeigen in der "Nationalzeitung", um Aufnäher zu verkaufen. Fakt ist aber auch, daß es zum Bruch mit der GdNF gekommen ist. Nach seiner Aussagen bei der Polizei wurde er sofort vom NIT Hamburg als Verräter gebrandmarkt. Nach seinen Belastungen im Prozeß vor allem gegen Kempken kann mensch davon ausgehen, daß Cumic in der Naziszene keinen Fuß mehr fassen kann. Nicht umsonst wurde und wird er von Sicherheitsbeamten der Polizei bewacht. Im Gerichtssaal war er ständig in Begleitung von drei Beamten in zivil. Die Frage ob er sich vom nationalsozialistischen oder faschistoiden Gedankengut gelöst hat, kann ich nicht beantworten.

Heinrich Berger aus Wien, polizeibekannter Neonazi und guter Bekannter von Kempken. Er soll laut Aussage Cumics nicht nur

die Zeichnungen für den "Einblick" sondern auch für andere in Deutschland vertriebene Gazetten angefertigt haben. Er war zudem Teilnehmer an Treffen auf dem Gelände der Gärtnerei Müller in Mainz. Berger wurde nicht ein einziges Mal vorgeladen, weder als Zeuge noch als Beschuldigter.

Die Anwälte

Ein kurzer Blick auf die Anwälte soll hier nicht vergessen werden. Sie waren allesamt keine Unbekannten:

Cumic ließ sich von **Horst Loebe** aus Wiesbaden verteidigen. Er verteidigte schon Michael Kühnen.

Karin Mayer wählte **Ludwig Bock** zu ihrem Vertrauten. Bock ist als langjähriger NPD Funktionär und Kandidat bekannt und verteidigte u.a. den NPD Chef **Deckert**.

Jürgen Rieger aus Hamburg wurde von Hefendehl als Verteidiger angegeben, erschien aber nie vor Gericht. Rieger ist der prominenteste Nazianwalt und wurde erst kürzlich wegen "Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole" verurteilt.

Rechtsanwalt **Hans-Otto Sieg** aus Frankfurt verteidigte eigentlich Norman Kempken, erschien aber auch nie. Er wird vom "Deutschen Rechtsbüro" als nationaler Anwalt für Kameraden aus dem Rhein-Main Gebiet empfohlen.

Die Strafen

Das Urteil gegen Kempken war gemessen an der Anklage sehr hoch. Doch verwundert es nicht, denn es richtete sich nicht primär gegen ihn, sondern insgesamt gegen AutorInnen von Todeslisten! Ein Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung antifaschistischer Ermittlungen. Zwei Jahre ohne Bewährung für den Nichtvorbestraften wegen Nötigung und Beleidigung.

Cumic bekam ein Jahr auf Bewährung, wobei ihm sein Geständnis ausdrücklich zugute gehalten wurde.

Hefendehl muß 3.600 DM Strafe zahlen und Karin Mayer als Jugendliche 100 Stunden gemeinnützige Arbeit ableisten. Die Beteiligung am "Einblick" der beiden letzteren wurde als Beihilfe gewertet!

Olaf Göbel ist Mitarbeiter des Solidaritäts- und Bildungswerkes Anna Seghers in Wiesbaden
Fotos: Spirou

Nachtrag

Der „Einblick"-Prozeß geht in die Berufung. Sowohl Staatsanwalt Ralf Köbler als auch der Mannheimer Rechtsanwalt **Ludwig Bock** legten Rechtsmittel gegen das Urteil des Jugendschöffengerichts Groß-Gerau vom 31. Januar 1995 ein. Der ehemalige NPD-Bundestagskandidat Bock verteidigte in dem Strafverfahren die 20jährige Hausfrau Karin Mayer, die zur Ableistung von 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt wurde. **Stephane Cumic** (24) nahm das Urteil von einem Jahr auf Bewährung hingegen an. In zweiter Instanz wird nun vor dem Landgericht in Darmstadt verhandelt.

Horst Freires

Das unheilvolle Urteil von Hamburg

Die deutschen Neonazis lachen sich mal wieder ins Fäustchen: Sie haben Staat und Justiz einmal mehr vorgeführt. Die Rede ist vom unheilvollen Richterspruch beim Amtsgericht Hamburg, wonach Andre´ Goertz (24) und Jens Siefert (23) sich mit der Verwendung der Formulierung „Auschwitz-Mythos" im Zusammenhang mit dem Steven-Spielberg-Film „Schindlers Liste" nicht der Leugnung des Massenmordes und der Verunglimpfung der Opfer von Auschwitz schuldig gemacht haben.

Auf die Anklagebank kamen **Andre' Goertz**, FAP-Landesvoritzender Hamburg, und **Jens Siefert** (Betreiber des Nationalen Infotelefons, Hamburg) nach einer Beschlagnahmeaktion der Staatsanwaltschaft, die den Ansagetext auf dem NIT im März 94 als strafrelevant ansah. Der Spielberg-Film halte den „Auschwitz-Mythos" am Leben, wurde dort propagiert. Ein Verfahren wurde eingeleitet, es kam zur Anklage. Verteidiger der Neonazis war natürlich der Hamburger Nazianwalt **Jürgen Rieger**. Dieser berief sich während der Verhandlung auf publizistische Prominenz, die schließlich nicht irren könne: Rudolf Augstein, Verleger und Herausgeber des „Spiegel", der mit seinen Formulierungen, wenn er denn selbst zur Feder greift und kommentiert, nicht zum ersten Mal in anrüchiger Weise ins Fettnäpfchen getreten ist. Augstein sprach im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz ebenfalls vom „Auschwitz-Mythos".

Spätestens jetzt schlägt der Sprachkundler nach: Der Begriff Mythos kommt aus dem Griechischen und heißt dort Wort, Rede, Erzählung oder Fabel. Der Duden hält folgende Erklärung parat: Mythos steht für eine überlieferte Dichtung, Sage oder Erzählung (aus der Vorzeit eines Volkes), kann aber auch eine glorifizierte Person, Sache oder Begebenheit sein, die legendären Charakter hat. Dritte Bedeutung ist die eines „Ammenmärchens", einer offensichtlich falschen Vorstellung. Noch Fragen?

Aus den Definitionen wird klar, daß eine Beurteilung nur aus dem Kontext heraus genau möglich ist. Eine entsprechende Prüfung des Kontextes hat Richter Kob aber offensichtlich unterlassen oder falsch bewertet, wie aus seiner nun vorliegenden 14seitigen Urteilsbegründung zu schließen ist. Auf sein Befragen stritt Goertz den Holocaust nicht ab. Nach Goertz' Gesinnung jedoch zu urteilen, konnte dies nur eine Schutzbehauptung sein. Und die Gesinnung des Angeklagten durfte auch Richter Kob bekanntgewesen sein, verurteilte er doch gerade Goertz 1994 noch zu einer Geldstrafe wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Zeichen und Symbole (in diesem Fall der „Hitler-Gruß"). In der Begründung Kobs heißt es dazu: Von der Gesinnung könne man nicht automatisch auf den Wahrheitsgehalt einer Aussage schließen. Mit seinen Zweifeln - die den Angeklagten zugute kamen - hat Kob Kritik von allen Seiten hervorgerufen. Die Staatsanwaltschaft zieht mit einer Berufung in die nächste Instanz.

Ein empörter Aufschrei kam von Grünen, SPD und FDP-Vertretern, Ignatz Bubis als Vorsitzender des Zentralrates der Juden protestierte vehement, Michael Friedmann (CDU), ebenfalls Mitglied im Zentralrat der Juden, erhob seine Stimme. Der stellvertretende Chef der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg, Roland Salchow reagierte ebenfalls



Jürgen Rieger

bestürzt. Bündnis 90/Grüne brachten den Fall in den Rechtsausschuß des Bundestags, Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) hat sich aus der Justiz die Akten zu diesem Fall angefordert. Das Urteil ist ohne Zweifel also ein Politikum geworden, zumal das Mannheimer Urteil gegen den NPD-Bundesvorsitzenden Deckert noch in aller Munde ist. Während man Richter **Orlet** aber eine geistige Nähe zum Angeklagten nicht absprechen kann, ist Kob ungerechtfertigterweise diesem Vorwurf ausgesetzt. Berechtigt ist aber Kritik, daß er offensichtlich die letzten Jahre deutsche Geschichte nicht aufgearbeitet hat. Sonst hätte es ein anderes Urteil gegeben. Als Empfehlung sei dem 36jährigen Kob an die Hand gegeben das Urteil des Bundesgerichtshofes 3 StR 414/82 (S) vom 26. Januar 1983. Verfahrensgegenstand war damals das Buch „Der Auschwitz-Mythos - Legende oder Wirklichkeit?" des inzwischen amtsentlassenen Hamburger Richters **Wilhelm Stäglich**. Darin wird höchstrichterlich festgehalten, daß das Stäglich-Buch den Holocaust geleugnet und NS-Opfer verunglimpft hat, weshalb das Schriftwerk eingezogen wurde.

Antonia Anders

Der "Bewegungsprozeß"

2. Akt im größten Neonazi-Prozeß in Stuttgart

Neonazi-Kader Jürgen Mosler stand seit dem 3.2.95 wieder vor dem Stuttgarter Landgericht. Seine „Gesinnungsgenossen" Andreas Rossiar, Michael Swierczek und Christian Malcoci folgten am 7.Februar. Was vor genau vier Jahren, am 5.Februar 1991, als „Größter Neonazi-Prozeß der BRD" begann und sich zu einer Peinlichkeit der juristischen Geschichte entwickelte, wird nun neu aufgerollt. 11 führende Neonazis wurden damals angeklagt, eine verbotene Vereinigung fortgeführt zu haben. Die angesetzte Prozeßdauer von 3 Monaten dehnte sich auf drei Jahre aus. Das Gericht ließ sich von den Nazi-Anwälten an der Nase herumführen, bis diese schließlich ihr Ziel erreichten: im Mai 1994 platzte der Prozeß.

Den 11 Angeklagten wird vorgeworfen, die 1983 verbotene Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) fortgeführt zu haben. Zu den Zielen der 1983 von **Michael Kühnen** gegründeten Organisation schrieb dieser in einem „Organisationsbefehl": „Die ANS/NA löst sich auf, sobald die Neugründung der NSDAP als legaler Partei in Deutschland wieder möglich ist und wird dieser dann ihre Kader zur Verfügung stellen." Außerdem ordnet er an: „Im Verbotsfall sind sie (die Kader) zur Fortführung der politischen Arbeit in den örtlichen Kameradschaften verpflichtet."



Andreas Rossiar (2. v.l.), Christian Malcoci, Michael Swierczek, Rechtsanwalt Lucke (4., 5.,und 6. v.l.) auf dem Weg zum Stuttgarter Landgericht

Diese gründeten nach dem Verbot der ANS/NA das „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100.Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH). Parallel wurde die „Freiheitliche Deutschen Arbeiterpartei (FAP)" als legaler Arm der "Bewegung" gezielt von den Kadern der verbotenen ANS/NA ausgebaut. Daß das KAH nicht nur als „Festkomitee" zu verstehen ist, zeigt sich an der nahezu selben Organisationsstruktur wie der der ANS/NA. Nach dem 100. Geburtstag ließ **Jürgen Mosler** das Emblem des KAH ändern: Die 100, die für den Geburtstag stand, wurde einfach durch die Odalsrune ersetzt.

Die Kader von damals sind auch heute keine Unbekannten: Jürgen Mosler war Gauleiter NRW und Stellvertretender Organisationsleiter der ANS/NA, danach Sektionsleiter West des KAH und bis zu seinem Austritt im Herbst 89 Generalsekretär der FAP. **Christian Malcoci** war Organisationsleiter des KAH und ist inzwischen Vorsitzender der „Hilfsgemeinschaft für Nationale Politische Gefangene HNG". **Michael Swierczek** war Sektionsleiter Süd der ANS/NA, nach der Unterwanderung der FAP dort für Pressearbeit zuständig und danach Vorsitzender der „Nationalen Offensive" bis diese verboten wurde. **Andreas Rossiar** war Kameradschaftsführer der ANS/NA Reutlingen, war später stellvertretender Gauleiter Baden-Württemberg, nach dem Verbot leitete er die FAP-Kameradschaft Reutlingen, aus deren hartem Kern schließlich die "Heimattreue Vereinigung Deutschlands" (HVD) hervorging, deren Vorsitzender er war, bis sie im Juli 93 verboten wurde. Die Liste läßt sich so mit allen Angeklagten fortsetzen, unter denen sich auch **Bela Ewald Althans** und der FAP-Vorsitzende **Friedhelm Busse** befanden. Busses Verfahren wurde schon Anfang 93 abgetrennt und er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Rechtsanwalt Jürgen Rieger „Ich bin rechtsradikal"

Der Staranwalt der rechten Szene, **Jürgen Rieger** aus Hamburg, ehemaliges Mitglied der inzwischen verbotenen „Nationalistischen Front", vertrat vor Gericht Jürgen Mosler. Der Anwalt, der von sich selbst sagt: „Ich bin rechtsradikal bis zum gehtnichtmehr" übernahm oft die Führung der anderen 10 Verteidiger.

Unerklärlich bleibt, wieso das Gericht trotz Kenntnis dieser Tatsachen Jürgen Rieger als Pflichtverteidiger einsetzte. Das bedeutet, daß das Gericht den Verteidiger bestimmt und die Anwaltskosten übernimmt - so auch Riegers Fahrtkosten von Hamburg nach Stuttgart, was bei einem ansässigen Verteidiger nicht nötig wäre. Durch diese Unterstützung des Gerichts war es den Angeklagten kein finanzielles Problem, den Prozeß ins Endlose auszudehnen.

Riegers Strategie für den „Größten Neonazi-Prozeß" hieß Verschleppung, die er durch unzählige Beweis- und Befangenheitsanträge realisierte. So präsentierte er eine Liste mit über 400 Entlastungszeugen und stellte durchschnittlich jeden 2. Prozeßtag einen Befangenheitsantrag gegen ein Mitglied der Kammer - immer dann, wenn einer seiner Beweisanträge abgelehnt wurde. In den Prozeßberichten der Nazis liest sich das so: „Es geht heute nur um Befangenheitsanträge und es werden nochmals welche gestellt" (18. Prozeßtag).

Ziel dieser Taktik war, den Prozeß länger als 10 Tage zu unterbrechen, womit das Verfahren erstmal geplatzt ist, und über die Wiederaufnahme neu entschieden werden muß. Diese Ziel erreichte Rieger, indem er am 124. Prozeßtag, dem vorletzten Tag seines Plädoyers, ein ärztliches Gutachten für eine Schöffin beantragte, die seiner Meinung nach verhandlungsunfähig war. Die Schöffin wurde für verhandlungsunfähig erklärt und der Prozeß unterbrochen.

Organisierung der Nazi-Szene auf Kosten des Gerichts

Ein geradezu kameradschaftliches Verhältnis zu den Angeklagten unterhielt der nach Harmonie strebende Richter **Kleist Eberlein**, der den Prozeß mit den Worten „Recht herzlichen Glückwunsch nachträglich, Herr Busse" eröffnete. So wurden nach Riegers Willen alle wichtigen Nazi-Kader als „Entlastungszeugen" geladen, die dann vor Gericht ihr Sprüchlein aufsagten, vom nicht vorhandenen Zusammenhang zwischen ANS/NA und FAP, und sich anschließend mit den Angeklagten und anderen ProzeßbesucherInnen in der Kneipe trafen. Unter den Zeugen waren international bekannte Faschisten, wie **Gary Rex Lauck** (USA, NSDAP- Aufbauorganisation) und **Ernst Zündel** (Kanada; Herausgeber der „Auschwitz-Lüge"). Lauck, der eigentlich mit einem Einreiseverbot belegt ist, durfte extra für seine Aussage - die sich auf „Kein Kommentar" beschränkte - einfliegen. Die „Kameraden" nutzten die Gelegenheit zu einem Infoaustausch, der normalerweise so nicht möglich gewesen wäre.

Daß damit die Organisierung der rechten Szene - auf Kosten des Gerichts - vorangetrieben wurde, daraus machen auch die Unterstützer keinen Hehl: „Der Stuttgarter Prozeß bringt tatsächlich den nationalen Widerstand politisch voran und läßt uns in die Offensive gehen." (Prozeßinfo Nr. 5)

Für die organisierte Nazi-Szene hat der Prozeß eine wichtige Bedeutung.

Noch vor dem Beginn gründeten sie eine

bundesweite Unterstützergruppe, die ein Prozeßinfo herausgab. In diesem Info und in Flugblättern betonten sie immer wieder, die Rechte Szene müsse zusammenhalten. Über 15 rechte Organisationen bis ins benachbarte Ausland und Einzelpersonen in Amerika unterstützten daraufhin den Prozeßkampf, europaweit gab es „Solidaritätsaktionen“ und -feten und „Grußbotschaften“ z.B. von Ernst Zündel, der die Angeklagten ansporнте: „...ihr kämpft dort, ich kämpfe hier.“

Die bisherige Bilanz ist also eine noch besser organisierte Nazi-Szene, die sich mit der Prozeßarbeit über sämtliche Streits und Flügelkämpfe hinweg zusammengeschlossen hat, internationale Kommunikation unter den Nazis - ermöglicht und finanziert durch das Gericht, Kosten weit über eine Millionen Mark und keine Verurteilung.

Teil 2 der unendlichen Geschichte

Rieger erklärt in einem Interview der HNG-Nachrichten vom Juli 94, daß eine Neuauflage des Prozesses seiner Meinung nach „erheblich länger dauert als der erste Prozeß“, und „jedenfalls sehr viel mehr als 120 Zeugen in Frage kommen“.

Mit „Zweckmäßigkeiten“ begründete nun das Gericht die Absetzung Riegers als Pflichtverteidiger und die Aufspaltung des Prozesses. Nach Aussagen Riegers wird er unter diesen Umständen die teure (Wahl-) Verteidigung seines Mandanten Mosler nicht weiter übernehmen.

Doch Rieger war nicht der einzige Verteidiger, der durch „ideologische Nähe“ zu seinem Mandanten auffiel. Rechtsanwalt Dr. **Herzogenrath-Amelung** sollte nach einem Beschluß des Landgerichts ebenfalls wegen Prozeßverschleppung nicht mehr als Pflichtverteidiger zugelassen werden. Aber das OLG hob den Beschluß wieder auf. Begründung: Nicht genügend Anhaltspunkte.

Herzogenrath-Amelung aus Regensburg, im jetzigen Prozeß Pflichtverteidiger von Swierczek, taucht im Juni 91 bei einer Veranstaltung der inzwischen verbotenen „Nationalistischen Front (NF)“ unter dem Motto „Schluß mit dem Holocaust“ als Referent auf. Neben ihm sind dort führende Revisionisten wie **Faurisson** (Frankreich; Autor des Buches „Es gibt keine Gaskammern“), **Otto Ernst Remer** (vertreibt u.a. das Videoband zur „Auschwitz-Lüge“), **Gerd Honsik** (Wien) und **Florence Rost van Tonningen** (Holland) vertreten. Herzogenrath-Amelung verteidigt momentan auch in Stuttgart einen der führenden Vertreter der Theorie der „Auschwitz-Lüge“, **Germar Scheerer**.

Die ersten Prozeßtage

Einen überraschenden Beginn hatte der Prozeß gegen Jürgen Mosler am 3. Februar. Der 39jährige Duisburger stellte keine Beweis- und Befangenheitsanträge, sondern bestätigte die Anklage in beinahe allen Punkten.

Das Verfahren wurde auf seinen Wunsch abgetrennt, die anderen Angeklagten und sein Verteidiger hätten ihm die Prozeßführung gegen seinen Willen vorgeschrieben,er selbst habe kein Interesse mehr an einem langen Prozeß. Er bestätigte die Fortführung der ANS/NA innerhalb der FAP, sowie die Übernahme sämtlicher wichtiger Posten in der FAP durch Kader der verbotenen ANS/NA. Er selbst sei Ende 89 aus der FAP ausgetreten, weil er es nicht schaffte, die Partei „vom Pöbel zu säubern“. Seine Gesinnung sei zwar nach wie vor „national“, aber er wolle sich nur noch in demokratischen, legalen Organisationen betätigen. Die „Republikaner“, bei denen er bereits angefragt habe, hätten aber Angst gehabt, mit ihm in Verbindung gebracht zu werden.

Am zweiten Verhandlungstag sagte der Zeuge Rannacher, leitender Regierungsdirektor beim Landesamt für Verfassungsschutz, aus, Moslers führende Rolle sei seit 1990 zurückgegangen, und er habe in letzter Zeit keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten organisiert. Danach wurden diverse Dokumente verlesen, die Moslers führende Rolle in der ANS/NA, im KAH und der FAP bewiesen.

Mosler sagte bereitwillig zu allem aus und belastete seine „Kameraden“.

Sowohl die Staatsanwältin als auch der Pflichtverteidiger Holoch plädierten für 2 Jahre auf Bewährung. Die Staatsanwältin hielt Mosler seinen Umschwung zur demokratischen Gesinnung zugute sowie seine Aussage trotz der großen Gefahr, die sich daraus für ihn ergibt.

RA Holoch bescheinigte ihm einen „guten Willen und uneigennützige Ziele“, denn Mosler habe „heere Ziele zum Wohle Deutschlands, sogar Großdeutschlands“ gehabt. Außerdem sei er ein „organisationsbewußter Mann“ und habe die NS-Weltanschauung als „Ersatz-Religion“.

Insofern können man ihn nicht als Kriminellen bezeichnen. Mosler bestätigte das in seinem Schlußwort: er fühle sich auch nicht als Krimineller, denn er habe ja schon vor 10 Jahren vor den Auswirkungen der organisierten Kriminalität gewarnt, was passiert, wenn zu viele Kulturen in einem Land lebten. Im Mosler-Prozeß ist schon am dritten Prozeßtag (15.2.) Urteilsverkündung. (siehe Anmerkungen)

Etwas schleppender begann der Prozeß gegen Rossiar, Swierzcek und Malcoci am 7.2..

Die rechte Szene hatte bundesweit mobilisiert, etwa 40 Neonazis erschienen im Gerichtssaal (unter ihnen auch **Günther Boschütz** von der verbotenen "Nationalen Offensive"). Auch antifaschistische Gruppen hatten angesichts des drohenden Aufmarsches der Rechten kurzfristig mobilisiert. Zu Auseinandersetzungen kam es, als die etwa 60 Demonstranten einigen Faschisten den Zugang zum Gericht verwehren wollten. Doch die Polizei räumte ihnen den Weg frei.

Die Angeklagten stellten bisher - im Gegensatz zum ersten Prozeß - keinen einzigen Befangenheitsantrag. Sie sagten zur Person aus, nicht aber zur Sache. Dies begründeten sie mit Drohanrufen, die Malcoci nach Moslers Aussagen bekommen hätte. Bisher unklar blieb die Prozeßstrategie der Angeklagten. Sie behielten sich vor, im Laufe des Prozesses auch noch zur Sache auszusagen. Spannend ist, wie sie auf die Aussagen Moslers reagieren, der ja alle Angeklagten mitbelastet hat.Die Staatsanwaltschaft überlegt, Mosler nach seiner Verurteilung als Zeugen in diesem Prozeß einzusetzen.

Das Gericht hat sich zwar vorgenommen, keine zweite unendliche Geschichte zu produzieren, scheint aber was die Prozeßdauer betrifft, nicht besonders optimistisch zu sein: 32 Prozeßtage sind bisher bis Mitte Juni angesetzt, danach „weiterhin wöchentlich Dienstags und Freitags“, so der Aushang.

Aktuelle Anmerkungen

Am 15.02. wurde Jürgen Mosler zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe auf 4 Jahre Bewährung verurteilt. Der vorsitzende Richter Dietmar Mayer hielt ihm sein umfangreiches Geständnis zugute sowie die Distanzierung von deinem früheren Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Mosler sei zwar „die führende Figur der ANS/NA“ gewesen, das Ziel einer Massenbewegung sei aber nicht erreicht worden. Außerdem habe die „Bewegung“ auf Gewalt gegen Personen verzichtet, so der Richter. Positiv bemerkte Mayer auch Moslers Aussagen „über das Wirken und die Positionen der weiteren Führungskräfte“.

Nach diesen Erfolg schienen auch die Angeklagten im Parallelprozeß Andreas Rossiar, Michael Swierczek und Christian Malcoci von Moslers Strategie überzeugt zu sein. Am 17.02. bestätigten alle drei die Fortführung der ANS/NA. Die Struktur des KAH sei beinahe identisch mit der der ANS/NA gewesen, auch die Kader des KAH seien „die Leute gewesen, die bei der ANS/NA waren“. Der 100. Geburtstag Adolf Hitlers sei nur willkommener Anlaß gewesen, das eigentliche Ziel, „Gleichgesinnte zu sammeln und wieder richtige Strukturen aufzubauen“, zu erreichen, so Malcoci.

Die Angeklagten behaupteten dann, seit ihrem Austritt aus der FAP seit Herbst 89 nicht mehr politisch aktiv zu sein. Hatte dies noch bei Mosler gut geklappt, so wollte Dr. Helmut Rannacher, leitender Regierungsdirektor beim Landesamt für Verfassungsschutz, dies für die Angeklagten nicht bestätigen. Bei seiner Aussage am 21.02. hielt er den Angeklagten vor allem ihre Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der „Hess-Gedenkmärsche“ 93 und 94 vor. Swierczek gebe außerdem die Zeitung „Rechtskampf“ mit rechten Inhalten heraus und habe diverse Flugblätter, u. a. im Vorfeld des Prozesses, publiziert. Desweiteren sei Malcoci Herausgeber der Zeitschrift „Thule“ des Thule-Ordens. Rossiar habe nach seinem Austritt aus der FAP die HVD gegründet, und sei danach auf diversen Grillfesten mit anderen ehemaligen HVD-Mitgliedern gesehen worden. Ebenfalls halte Rossiar Referate im „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“, der sich in Stuttgart trifft und Rechtsradikale bis hin zur NPD vereinigt. Nachdem mittlerweile die Vorstrafen der Angeklagten verlesen wurden, ist in den nächsten Tagen mit den Plädoyers und der Urteilsverkündung zu rechnen.

Peter Gröger

Die Heide wacht auf

Widerstand gegen das Nazi-Zentrum in Hetendorf

„Der Rechte Rand" berichtete mehrfach über die Aktivitäten von alten und jungen Nazis im Heideörtchen Hetendorf bei Hermannsburg im Lankreis Celle. Auch nach dem Verbot der Wiking-Jugend, die der auffälligste Nutzer des Anwesens Hetendorf Nr.13 war, ist die Bedeutung dieses Zentrums nicht geringer geworden. So sieht es das „Bündnis gegen Rechts", die regionale Initiative für die Schließung dieses neofaschistischen Schulungszentrums. Das Bündnis ruft jetzt zu antifaschistischen Aktionstagen zu Pfingsten 1995 in der Lüneburger Heide auf und bittet um Unterstützung.

Über Jahre hinweg veranstaltete die Wiking-Jugend (WJ) zu Pfingsten ihre „Tage volkstreuer Jugend" in Hetendorf. Daran beteiligten sich jeweils mehrere hundert TeilnehmerInnen. In das Programm gehörten u.a. Wehrübungen, unifomierte Ausmärsche in die Heide und politische Schulungen. Diese Lager wurden auch von Mitgliedern anderer neofaschistischer Organisationen besucht und waren die bedeutendste Veranstaltung der WJ in ihrem alljährlichen „Fahrtenplan".

Aber nicht nur die Wiking-Jugend, sondern auch eine Vielzahl anderer Gruppen und Organisationen, gehören zu den Nutzern des sogenannten „Heideheims" in Hetendorf: Altnazis, die über einen „Freundeskreis Filmkunst" regelmäßig zur Vorführung „historischer Filme" zusammenkommen, rassistische und neuheidnische Gruppen wie die „Artgemeinschaft" oder der „Bund der Goden" treffen sich hier zu Tagungen, Neonazis wie die FAP oder die verbotene „Nationalistische Front" veranstalteten hier Parteitage, die NPD nutzt die Räumlichkeiten für Versammlungen auf Landes- und Kreisebene,... .



Teilnehmer des Pfingstlagers der Wiking-Jugend 1992 in Hetendorf

In seiner Bedeutung für die Vernetzung des organisierten Neofaschismus in Deutschland ist das „Heideheim" vermutlich einzigartig. Allen Bemühungen engagierter AntifaschistInnen zum Trotz gibt es von Seiten staatlicher Organe keine Anzeichen, daß man gewillt ist, dieses faschistische Zentrum aufzulösen. Deshalb gründeten (schon vor dem Verbot der Wiking-Jugend!) AntifaschistInnen in einer Bandbreite, die von einem örtlichen Sportverein über JUSOs und Grüne bis hin zu Autonomen reicht, das „Bündnis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf". Diesem Bündnis hat sich inzwischen eine Vielzahl von überregional organisierten antifaschistischen Gruppen und Organisationen angeschlossen. Auch wenn in diesem Jahr zu Pfingsten wohl kaum „Tage volkstreuer Jugend" in Hetendorf stattfinden werden, will sich das Bündnis genau zu diesem Zeitpunkt mit antifaschistischen Aktionstagen in der Lüneburger Heide für die Auflösung des „Heideheims" einsetzen. Daß dazu ein langer Atem erforderlich ist, belegen die bisherigen Versuche, dem Treiben der Nazis in Hetendorf ein Ende zu setzen:

Schon 1985 verübte ein Gruppe militanter Antifaschisten einen Brandanschlag auf den damals im Ausbau befindlichen Gebäudekomplex. Personen waren nicht gefährdet und der Schaden für die Nazis war beträchtlich. Gerüchte besagen allerdings, daß mit dem Erlös aus der Brandversicherung der Ausbau des Anwesens, wie es sich heute darstellt, erst möglich wurde. Im Sommer 1987 organisierten autonome antifaschistische Gruppen aus Norddeutschland eine Kampagne gegen die Wiking-Jugend, an deren Ende eine Demonstration gegen das damalige Herbstlager der WJ in Hetendorf stand. Die WJ verlegte dann zwar ihr Lager, den Autonomen gelang es aber nicht, eine breitere Unterstützung für ihre Aktion zu erhalten. In den darauffolgenden Jahren gab es in erster Linie Presseveröffentlichungen über das Treiben in Hetendorf - aber kaum Widerstand. Anfang der 90er Jahre intensivierten örtliche Initiativen aus Kirchengemeinden, der Landjugend und dem Antifaschistischen Arbeitskreis Celle ihre Aktivitäten gegen die Nazis. So wurden Unterschriften gesammelt, ein Bolzplatz, den die Wiking-Jugend bei ihren Lagern nutzte, wurde von der Landjugend beansprucht und die Recherchen des Antifaschistischen Arbeitskreises führten zu parlamentarischen Anfragen im niedersächsischen Landtag und im Bundestag. Bei den antifaschistischen Aktionstagen zu Pfingsten 1995 will das gesamte Spektrum antifaschistischer Initiativen in gemeinsamen Aktionen ihrem Protest und Widerstand gegen das „Heideheim" Ausdruck verleihen. Geplant sind Diskussionsveranstaltungen über den bisherigen Widerstand und seine Perspektive, Informationen über den Widerstand der Einwohner von Kvaers in Dänemark gegen deutsche Nazis in ihrem Dorf, ein antifaschistisches Fest, ein Zeltlager, Fahrzeugkorsos, eine Demonstration, Musik- und Kulturveranstaltungen und Führungen im nahegelegenen Konzentrationslager Bergen-Belsen. Den „Tagen volkstreuer Jugend" werden somit Tage antifaschistischen Protests und Widerstand entgegengestellt. Und auch den staatlichen Behörden soll klar gemacht werden: Mit dem Verbot der WJ allein ist es nicht getan! Das Nazi-Zentrum in Hetendorf soll weg!

Antifaschistische Aktionstage zu Pfingsten 1995 in der Lüneburger Heide

Weitere antifaschistische Gruppen und Organisationen, die sich in diesem Rahmen wiederfinden können, sind aufgerufen sich an der Vorbereitung der antifaschistischen Aktionstage zu beteiligen.
Weiterhin ist eine Veranstaltungskonzept erarbeitet worden. Bei Interesse an der Durchführung einer Veranstaltung zu den antifaschistischen Aktionstagen in der Lüneburger Heide bitte ebenfalls an die Kontaktadresse wenden!
Informationen können gegen Beilegung des Rückantwortportos angefordert werden:

Bündnis gegen Rechts
c/o Celler Zündel
Postfach 1591
29205 Celle

Spendenkonto: Info-Treff, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Konto-Nr. 384 862 - 302 (Stichwort 1995)

Anton Maegerle

„Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“

Hausdurchsuchung bei braunen Burschen

Bei einer Durchsuchung von Räumen der „Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“ sind am 23.Januar nationalsozialistische Schriften beschlagnahmt worden. Wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das baden-württembergische Landeskriminalamt (LKA) mitteilten, erfolgte die Durchsuchung in Heidelberg im Zuge von Ermittlungen gegen eine 47jährige Buchhändlerin sowie deren 56 Jahre alten Ehemann und den 24jährigen Sohn, die in Bisingen/Hohenzollern (bei Balingen) das „Versandantiquariat Schmidt“ betreiben.

Seit Monaten werde gegen die Familie wegen Verdachts auf Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen ermittelt. Beschlagnahmt wurde auf der von rund 40 Personen besuchten Veranstaltung nach Angaben der Ermittler NS-Literatur wie „Die Silberschmiede der NSDAP und der SS“ sowie SS-Liederbücher. Außerdem habe es Bestellisten für Videofilme mit Titeln wie „Der ewige Jude“ gegeben.

Erst im September letzten Jahres stellten Polizeibeamte NS-Literatur und NS-Symbole sowie NSDAP-und Hakenkreuzzeichen bei der Familie sicher. Der Fund wurde vom LKA als „umfangreichster seiner Art in Baden-Württemberg“ eingestuft.

In den Bücherlisten des Versand-Antiquariats beklagt die Inhaberin **Edda Schmidt**, die sich auch schon in den rechtsextremistischen Postillen „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) und in „Nation+Europa“ zu Wort meldete, daß „nationalsozialistisches Schrifttum ... noch immer nur zu wissenschaftlichen Zwecken abgegeben werden“ darf, während „kommunistische und antideutsche Schriften .. nach wie vor uneingeschränkt verbreitet werden“ dürfen.

Daß Edda Schmidt, die über Jahre hinweg die Schriftleitung des WJ-Organs „Der Wikinger“ innehatte und die Schüler-Zeitschrift „Gäck“ herausgab, bei einer Veranstaltung der „Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“ nationalsozialistisches Schrifttum verbreiten konnte, wirft ein bezeichnendes Bild auf diese Burschenschaft, die nur in „braungefärbten“ Insiderkreisen bekannt ist.

Burschen der Arminia nahmen im letzten Jahr an zentralen Veranstaltungen ultrarechter Organisationen teil. So marschierte man am Rande der traditionellen Ijzerbedevaart in Diksmuide, einem flämischen Separatistentreffen, auf. Auch beim „Tiroler Freiheitskommers“ im österreichischen Innsbruck, auf dem lautstark die Forderung nach einer Vereinigung Tirols mit dem zu Italien gehörigen Südtirol erneuert wurde, war man mit dabei.

Geworben wird für die Burschenschaft im bundesweiten neonazistischen Thule-Mailbox-Verbund. Bei einer europaweiten Übersicht über gleichgesinnte Organisationen und Magazine wurde dort die „Arminia“ als „nationale Studentenverbindung“ angepriesen.

Als Kontaktanschrift der Burschenschaft im deutschsprachigen Raum diente bis zu seinem Tod im Sommer letzten Jahres die Adresse des Züricher Arztes Dr.**Heinz Manz**.

Manz gehört nach Angaben der rechtsextremen „Jungen Freiheit“ (JF) zu „den wenigen großen Ausnahemerscheinungen seiner Generation, die sich als Deutschschweizer zum Reichsgedanken bekannten und bemüht waren, die alte Zugehörigkeit der Eidgenossenschaft zum Römischen Reich Deutscher Nation mit neuem Leben zu erfüllen.“ Manz, so die JF, „setzte am 18.Januar (!) 1946 ein Zeichen, als er mit anderen -dem Zeitgeist diametral entgegengesetzt- in Zürich die >Alte Teutoburgische Gesellschaft< unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot gründete.“ 1951 gehörte er zu den „Gründungsburschen“ der Arminia, „die mit den schwarz-gold-roten Farben des Alten Reiches bis heute einem übervölkischen und zugleich volksbewußten Erbe verpflichtet ist.“

Autor des Nachrufes auf Manz ist der zwischenzeitlich „gefeuerte“ Redakteur der „Jungen Freiheit“ **Hans-Ulrich Kopp**, ein rechtsextremer Multifunktionär, der unter anderem dem Altherrenverband der Münchner Burschenschaft Danubia vorsitzt und die Schriftleitung des „Witiko-Briefes“ (Organ der Witikonen) innehat.

Ihr politisches Selbstverständnis dokumentierte die „Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“ im Oktober 1994. Zum Thema „Die Freiheit der Wissenschaft“ referierte **Germar Rudolf**. Dieser gilt in der Bundesrepublik als einer der zentralen organisatorischen Drahtzieher des Revisionismus-Netzes, deren Anhänger den industriell betriebenen Holocaust an den Juden leugnen.

Nazi - Mailbox

Der Betreiber der im Oktober 1994 installierten Hamelner Mailbox „Werwolf BBS“, **Andre Völkel**, ist ehemaliges Mitglied der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). „Werwolf BBS“ gehört zu dem halben Dutzend Mailboxen des seit rund zwei Jahren operierenden rechtsextremistischen „Thule-Netzwerkes“. Die weiteren „Bulletin Board Systems“ (BBS) des „Thule-Netzes“ sind „Kraftwerk BBS“ im oberfränkischen Weißenbrunn, „Widerstand BBS“ im mittelfränkischen Erlangen, „Germania BBS“ in Bonn, „Janus BBS“ in München und „Empire BBS“ im württembergischen Winnenden. Der Betreiber der „Empire BBS“, **Thomas Scharfiy** aus Winnenden, operiert unter dem Namen „Gonzo“ im „Thule-Netzwerk“. Über die Mailboxen des „Thule-Netzes“ wird derzeit auch für ein „Nationales Info Fax Abruf System“ (NIFAS) geworben. Verantwortlich für das NIFAS ist das NPD-nahe „Nationale Info-Telefon“ (NIT) in Franken. In Bayern soll demnächst ein weiteres NIT eingerichtet werden. Spenden hierfür sammelt derzeit das NIT Franken.



"Sauberes Deutschland?"

In der aktuellen Ausgabe des von **Michael See** (20) herausgegebenen „Sonnenbanner“ rechnet **Michael Neubauer** mit **Ernst Tag** (48) und dessen Organisationen „Aktion Sauberes Deutschland“ (ASD) und „Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.“ (IHV) ab. Der Führer der ASD-Ortsgruppe im württembergischen Göppingen, **Alexander Larras**, habe DM 500,- „Anwerbegeld“ vom Verfassungsschutz angenommen. Ungeachtet der Vorwürfe an die Person Larras' wurde er von Tag zum IHV-Bezirksführer von Baden-Württemberg ernannt. Eine Zusammenarbeit mit Tag sei deshalb nicht ratsam.

Sowohl See als auch Neubauer wurden von Tag im vergangenen Jahr aus der ASD und dem IHV ausgeschlossen. Beide bekleideten zuvor leitende Ämter in den zwei Organisationen in Thüringen. Michael See, Mitglied der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“, führt nach seinem Ausschluß aus der ASD eine „Aktion Volkswille“ an, wohingegen Michael Neubauer einen „Freundeskreis Nationale Sozialisten“ (FNS) initiierte. Das Personal des FNS rekrutierte Orgänisationsleiter Neubauer, laut Eigendarstellung im „Sonnenbanner“, aus „Teilen der mitteldeutschen ASD-Strukturen“. Weiter werden in der Doppelausgabe Nummer 7/8 des „Nationalen Sozialistischen Monatsblatt“, so der Untertitel des „Sonnenbanner“, die selbstgesetzten Aufgaben des FNS kurz skizziert. Wir „verstehen uns vielmehr als Bindeglied des teilweise noch gespaltenen nationalen Lagers, mit dem Ziel, eine weltanschaulich geschlossene Bewegung bzw. deren Heranbildung zu fördern.“ Ein Ziel, das sich bereits zahlreiche neonazistische Zirkel gesetzt haben.

Markus Perner

Ein österreichischer Verleger

Im "Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus" wird die "österreichische Landsmannschaft" als "rechtsextreme Organisation, die vor allem im publizistischen Bereich beträchtliche Aktivitäten setzt und aufgrund ihrer ideologisch-kulturellen Tätigkeit eine wichtige integrative Funktion für das deutschnationale und rechtsextreme Lager erfüllt" beschrieben.

Geleitet wird dieser Verein von **Helmut Kowarik,** von Beruf Apotheker und aus Berufung Wiener FPÖ-Gemeinderat, österreichischer VDA-Funktionär und Verleger. Dieser fing sich Anfang dieses Jahres eine Anzeige wegen NS-Wiederbetätigung ein. Grund dafür - der nationale Multifunktionär verlegt in seinem "Volkstum-Verlag" deftig Antisemitisches.

Textprobe: "Die zionistische Propaganda erweckt mit großem Erfolg wieder das Wort 'Holocaust' zum Leben, um damit entsprechende Wiedergutmachungsforderungen stellen zu können. Tatsächlich haben Holocaustunternehmen seitens der Juden bereits nach Berichten des Alten Testaments stattgefunden ... Trotz ein wenig aufflackernder Feindschaft gegen das jüdische Volkselend in der Welt konnten die Juden dank ihrer Bankenmacht in der New Yorker Wallstreet ihren Einfluß in den politischen Bereichen vieler Länder und Regierungen wieder aufbauen ..." ("Rebellen für Thule", Volkstum Verlag 1991)

Der heute 85jährige Autor dieser Zeilen, **Wilhelm Landig**, war nach 1945 eine der zentralen Figuren des österreichischen Nachkriegsfaschismus. Landig, einst Kreishauptstellenleiter der NSDAP, war nach 1948 als Geschäftsführer der "österreichischen Sozialen Bewegung (ÖSB)" tätig. 1951 engagierte sich Landig mit seiner ÖSB beim sogenannten ersten "Europakongreß", einer von ehemaligen SS-Männern aus ganz Europa gegründeten faschistischen Internationale. Damals im Führungsstab dieser europäischen rechtsextremen Elite dabei: der bekannte schwedische Rechtsextremist **Pier Engdahl**, ebenfalls Autor in Helmut Kowariks Verlag.

Engdahl gründete nach dem Krieg die "Nysvenka Rörelsen" (Neuschwedische Bewegung), deren Aktivitäten hauptsächlich darin bestanden, dänische und norwegische Nazi-Kollaborateure zu Arbeitsplätzen zu verhelfen. Weiteres war Engdahl einer der Mitbegründer der heute wichtigsten Zeitschrift des europäischen Rechtsextremismus, der "Nation Europa".

Mit seinen Machwerken "Die Deutschen - Opfer einer irrigen Geschichtsbetrachtung" und "Major Reder - in Gaeta lebendig begraben" "bereichert" auch **Lothar Greil** das Sortiment des Volkstum-Verlages. Greil werkt nicht nur für Kowariks Verlag, er ist auch regelmäßiger Autor des antisemitischen Hetzblattes "Huttenbriefe", dem Organ der neonazistischen Scharnierorganisation "Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" rund um den Alt-SSler **Herbert Schweiger** und die jüngste BDM-Führerin des dutzendjährigen Reiches **Lisbeth Grolitsch**.

(Markus Perner ist Mitautor des Buches "Die Ordnung die sie meinen", Wien 1994, Picus-Verlag)

Felix Krebs / Andreas Speit

Eine ehrenwerte Gesellschaft

Der „konservativen" Bildungsarbeit „im vorparlamentarischen Raum" hat sich seit 32 Jahren die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (SWG) verschrieben. Mit Erfolg, wie sie selbstbewußt verkündet. Die bundesweit organisierte Gesellschaft mit Schwerpunkt in Hamburg zog stolz zu ihrem 25jährigen Jubiläum Bilanz: „Profilierte Politiker, hohe Militärs, Wissenschaftler der verschiedenen Disziplinen haben in unseren Veranstaltungen gesprochen"[1].

Und so ist es bis heute geblieben. Letzter honorierter Gast für 1994 war Dr. Richard Pemsel, der zum Thema: „Enttäuschung der Konstruktiven - Versuch einer geschichtlichen Entlastung Deutschlands" im Haus der *Provinizialloge Niedersachsen* referierte. Wer da wie und von was enttäuscht ist, und wer da entlastet werden soll, und wo der Versuch enden kann, offenbart sowohl die Geschichte der Gesellschaft, als auch ihre Publikationen und Aktivitäten sowie ihre personellen Verflechtungen und Kontakte.

Am 9. April 1962 wurde die SWG von **Arthur Mißbach**, damals CDU-MdB und Herausgeber der Zeitschrift "Vertrauliche Mitteilungen", **Karl Friedrich Grau**, zu jener Zeit CSU-Mitglied, und **Hugo Wellems**, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung "Deutsches Wort" der "Deutschen Partei" in Köln ins Leben gerufen. Allen dreien ist gemein, daß sie bereits vor 1945 Karriere machten: Grau als HJ-Streifenführer, Mißbach als Mitglied der NSDAP, deren goldenes Ehrenzeichen er 1935 erwarb, und Wellems brachte es zum Referenten im "Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda" sowie zum Leiter des "Propagandaamtes" in Kauen. In derselben Tradition steht das ehemalige Landesvorstandsmitglied in Bayern **Karl-Günther Stempel**. Bereits 1934 trat er in die SS ein. „Mein Wunsch zur SS war schon bestimmt seit der Zeit vor der Machtübernahme, durch den regen Verkehr mit SS-Kameraden, durch die ich im Januar '33 auch Gelegenheit hatte, mich bei der Besetzung des Gewerkschaftshauses an den Nachtwachen mit der Waffe zu beteiligen". Heute ist Stempel Vorsitzender der "Deutschen Kulturgemeinschaft Europäischen Geistes", der ältesten rechtsextremistischen Kulturorganisation der Bundesrepublik. Auch **Hans Hertel**, welcher für die Gesellschaft in ihren ersten Jahren in Bremen tätig war und nach 1945 als neofaschistischer Multifunktionär in Erscheinung trat, kann auf eine NS-Karriere verweisen: Er brachte es zum NSDAP-Kreisleiter in Schlesien.

Angesichts solcher Gründungsväter bleibt nur noch die Frage, inwieweit offen und deutlich Orientierung und Intention dargelegt werden. In der Satzung der Gesellschaft von 1962 wurde nichts kaschiert. Unter § 2 formulieren sie, daß „die Gesellschaft (...) ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke" verfolge, die in 6 Punkten genauer definiert werden. Punkt 1 und 2 betonen den bildungspolitischen Anspruch der Gesellschaft. Punkt 3 beinhaltet das Bekenntnis zur „Sicherung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und (eines) demokratischen Rechtsstaats". Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung legen die Herren unter Punkt 4 und 5 dar. Aufgabe der Gesellschaft sei: „Festigung der geistigen Grundlagen des europäischen Kulturbetriebes" und die „Pflege der Völkerverständigung sowie der rassischen wie religiösen Toleranz". Als Anspruch an sich selbst, wird als letzter Punkt die „Verankerung des demokratischen Gedankens in der Jugend" formuliert. Trotz oder Dank diesem klarem Bekenntnis erhielt die Gesellschaft eine unbefristete Eintragung ins Vereinsregister, mit allen Vorzügen.



Prof. Dr. Günter Rohrmoser

In den 70er Jahren warnte die Gesellschaft die Öffentlichkeit vor der Gefahr einer „Volksfront", welche sie unter anderem in der SPD-Regierung sah. „Tausendfach danach gefragt, wie man „Volksfronten" verhindern könne", schrieben sie in einer Flugschrift, „antworten wir regelmäßig: durch staatspolitische Aufklärung für echte Freiheit und wahre Demokratie (...) Nur die Gemeinschaft der z.Zt. noch auf dem rechten Flügel der SPD verankerten

Sozialen Demokraten, der Freien Demokraten und der Unionspartei ist stark genug, den Anstrengungen der Sozialisten und Kommunisten zu widerstehen". Sie empfahlen, „durch das Herausmanövrieren sozialer Demokraten aus der sozialistischen SPD" Einfluß zu gewinnen und die Kandidatur Franz-Josef Strauß zu unterstützen.

1986 verlegte die Gesellschaft ihren Vereinssitz von Alzenau in Unterfranken nach Hamburg. Hugo Wellems ist bis dato Vorsitzender. Seit 1973 steht ihm Prof. **Emil Schlee** als stellvertretender Vorsitzender zur Seite. Emil Schlee, ehemaliger 2. Bundesvorsitzender der "Republikaner" ist seit langem in revanchistischen Organisationen, wie der "Landsmannschaft der Mecklenburger" oder dem "Bund der Mitteldeutschen", engagiert. 1993 gründete er die rechte Kleinstpartei "Aufbruch 1994 - Deutscher Freier Wählerbund". Auch die anderen Vorstandsmitglieder des 8-köpfigen Gremiums sind vielseitig aktiv.

Zum Beispiel plädiert **Edmund Sawall**, Prior des "Deutschen Priorats des Tempelherrenorden", im "Ostpreußenblatt" für ein echtes Pflichtbewußtsein, Opfermut, Ideale und eine echte (Volks-)Gemeinschaft. Oder Prof. **Klaus Hornung** Präsidiumsmitglied des "Studienzentrums Weikersheim" und Kämpfer für den "Schutzbund für das Deutsche Volk", nebenbei Autor für die "Junge Freiheit" und "Nation und Europa". **Alfred Ardelt** ist Mitglied der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL) und deren ultrarechten Elitezirkel "Witikobund". In dieselben Strukturen ist **Siegfried Zoglmann** involviert. Er kann ebenfalls auf eine lange rechte Karriere zurückblicken. Vom NSDAP-Mitglied und HJ-Bannführer arbeitete sich Zoglmann zum Leiter der "Auslandspressestelle der Reichsjugendführung" und zum "Abteilungsleiter beim Reichsprotektor Böhmen und Mähren" hoch. Zur Waffen-SS meldete er sich 1942 freiwillig. Nach 1945 trat er in die FDP ein und pflegte Kontakte zum Gauleiter-Kreis um Werner Naumann. 1961 wurde er Parlamentarischer Geschäftsführer und 1963 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. 1974 wechselte er schließlich zur CSU.

Personell eng verflochten ist die SWG mit dem "Ostpreußenblatt", dem Organ der "Landsmannschaft Ostpreußen". Bis vor kurzem erhielt das Blatt finanzielle Zuwendungen aus Bundesmitteln. Zur Zeit wird „nur noch" die Landsmannschaft ausgehalten. Gemeinsam organisieren die SWG und das "Ostpreußenbatt" Bildungsveranstaltungen und helfen sich beruflich über die Runden.

Hugo Wellems ist Chefredakteur des "Ostpreußenblatt es" und der SWG-Mitarbeiter **Peter Fischer** Redakteur für Politik und Zeitgeschehen. Außerdem publizieren zahlreiche Referenten der SWG in der revanchistischen Zeitung. Für telefonische Nachfragen gibt die Gesellschaft in ihrem Briefkopf die Nummer der Redaktion des "Ostpreußenblattes" an.

Die Zeitung der SWG, das "Deutschland Journal", welches anfangs wöchentlich angeblich mit einer Auflage von 30.000 und dann monatlich erschien, wurde 1991 eingestellt. Den LeserInnen versprach Wellems, „Thematik und Sprache werden in der Wochenzeitung Das Ostpreußenblatt weitergeführt". Jährlich erscheint als eigene Broschüre das "Deutschland Journal - Fragen zur Zeit" (SWG-Reihe), das zwischenzeitig mit "Fragen zur Zeit" betitelt war. Den Inhalt der Broschüre bilden die Vorträge der Veranstaltungen wie auch Texte von Mitarbeitern und Gästen. Angeblich soll die gesamte Auflage der Broschüren eine halbe Million erreicht haben. Wer diese abonniert, dem flattert auch der Werbeprospekt des rechtsextremen "Arndt - Verlages" von **Dietmar Munier** ins Haus, dessen Verlagsprogramm besteht hauptsächlich aus revanchistischen und geschichtsrevisionistischen Publikationen, die das Umfeld vom "Ostpreußenblatt" und SWG gewiß ansprechen. Teilweise ist die Autorenschaft identisch.

Die SWG hat in „zahlreichen Städten der Bundesrepublik Arbeitskreise gebildet". In Hannover z.B. koordiniert **Felix Schecke** von der "Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU" die Veranstaltungen, welche in CDU-Räumen stattfinden. Nachdem dieses bekannt und dagegen vorgegangen worden war, führt die Gesellschaft nun unter dem Etikett der "Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU" die SWG-Veranstaltungen durch. Letzter Referent war der ehemalige Funktionär des "Bund Heimatreuer Jugend" (BHJ), Dr. **Karsten Niefind**, aus Braunschweig. Er stellte die Arbeit des "Vereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen e.V.", dessen stellvertretender Vorsitzender er ist, und die Aktivitäten der "Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost-Preußen" (AGFO) dar.

Nach dem „Fall der Mauer" machte die SWG die Erfahrung, daß „gerade in Mitteldeutschland ein erheblicher Nachholbedarf an geeignetem, seriösen Schrifttum besteht". Flugs hat die Gesellschaft ihre Tätigkeit auf „Mitteldeutschland" und den übrigen deutschen Sprachraum ausgedehnt. Überall, wo Menschen deutschen Blutes leben, gilt der Kampf den Kräften, welche „die Substanz unseres Volkes" als auch die „sozial gebundene wirtschaftliche Freiheit zu untergraben versuchen".

Gelegentlich kann die Gesellschaft für ihre Veranstaltungen (neben der Hilfe vom "Ostpreußenblatt" und der "Vereinigung") auf die Unterstützung der größten rechtextremistischen Kulturvereinigung, der "Gesellschaft für freie Publizistik", bauen.

Beachtet werden die Veranstaltung sowohl im sog. „neurechten" und „völkisch-nationalistischen", als auch im neofaschistischen Spektrum. Die "Junge Freiheit" (JF) berichtet ebenso über die SWG-Veranstaltungen wie das neofaschistischen Heft "Horizont", welches eher das Spektrum der Stiefelnazis anspricht und von **Ingo Curdt**, Mitglied im "Deutschen Freundeskreis / Deutschlandbewegung", herausgegeben wird.

Seit der Verlegung des Vereinssitzes nach Hamburg finden in unregelmäßigen Abständen die Veranstaltungen im Versammlungssaal der "Provinzialloge" im Universitätsviertel statt. Kostenlos zum Mitnehmen liegen dort "Der Republikaner" und das Mitteilungsblatt des "Tempelherrenorden" aus. Bei den Veranstaltungen reichten sich keineswegs nur alte und neue Nazis die Klinke in die Hand. Es referierten auch Diplomaten, Militärs, konservative Professoren, Mitglieder des Bundestags und Vertreter aus der Wirtschaft. Die Referenten- und Autorenliste liest sich wie ein „who is who" der Braunzone zwischen CDU/ CSU, Neofaschismus und der sog. „neuen Rechten".

Kontinuierlich traten in den Jahren Prof. Dr. **Günther Rohrmoser**, Dr. **Alfred Schikkel**, Prof. Dr. **Bernhard Willms** bei der Gesellschaft in Erscheinung.



Anfang 1990 philosophierte Rohrmoser auf einer Veranstaltung über den „Abschied von Ideologien". 1991 fragte der CSU-Berater und ehemalige Strauß-Intimus, der sich als „rechtskonservativer CDU-Vordenker" einen Namen machte: „Rückt Europa nach rechts?". Und antwortet, daß Deutschland ein „leuchtendes Beispiel geben" kann, wenn eine „Rückkehr zu einem normalen Verhältnis zur Nation" endlich Konsens wäre. Die „Folgen des Bonner Sonderwegs" skizziert er zwei Jahre später kurz und knapp auf 2 1/2 DIN A 5 Seiten im "Deutschland Journal". „Ein Ausweg aus der Misere ist nicht zu erkennen" stellt er fest, außer wir akzeptierten endlich, was wir bräuchten: „Führungsstärke und Vorbild der Politiker, Entschlossenheit und Zuversicht, Besinnung auf Stärke und Tugenden, die sich bewährt haben".

Alfred Schickel schrieb und referierte regelmäßig zum Thema Geschichtsrevisionismus, mit dem er sich einen Namen gemacht hat.

In Ingolgstadt leitet er die "Zeitgeschichtliche Forschungsstelle", welche er mit initiiert hat, ebenso das "katholische Stadtbildungswerk". 1989 erhielt er den Kulturpreis für Wissenschaft der SL. Mit dem Bundesverdienstkreuz wurde sein Wirken 1991 erneut gewürdigt. Von 1991 bis Mai 1992 half er als Redakteur für Zeitgeschichte bei der JF aus.

Die Geschichte und Seelenlage der deutschen Nation liegt seit Jahren Bernard Willms von der Universität Bochum am Herzen. Bei der SWG waren so dann auch die „Nation heute“ und „Nationale Identität und europäischer Wandel“ seine Themen.

Noch nicht so lange, erst seit Anfang der 90er Jahre, dafür regelmäßig, mischt **Ansgar Graw** bei der Gesellschaft mit. Der bewährte „Zitel-Mann“ (Otto Köhler) wählte sich den Schwerpunkt „Ostpolitik“.

Was passiert „wenn der Zeitgeist Amok läuft“, malte 1990 sein „Zitelmann-Kollege“ **Heimo Schwilk** unter diesem Titel den Zuhören in der "Provinzialloge" aus. Kurz und knapp, die Dekadenz, die Kulinarik, die Selbstverwirklichung, der Pluralismus als Dogma, die „Dialektik der Aufklärung“, der Autoritäts- und Identitätsverlust empfindet er als Ausdruck und Ergebnis des Amoklaufs.

Schon seit längerem und regelmäßig dabei sind Dr. **Paul Carell**, dessen richtiger Name **Paul Karl Schmitt** ist ,und **Winfried von Oven**. Es vereint sie nicht nur, daß sie beide im "Deutschland Journal" publizieren, sondern auch, daß sie beide im Nationalsozialismus Karriere machten und danach als Journalisten z.B. beim "Spiegel" arbeiten. Carell war 1937 Mitarbeiter der "Dienststelle Ribbentropp" und wurde 1940 Chef der "Nachrichten und Presseabteilung" im Auswärtigen Amt. 1943 schrieb er: „Die Judenfrage ist keine Frage der Humanität und auch keine Frage der politischen Hygiene“ und „das Judentum muß bekämpft werden, wo immer es auftritt, weil es ein politischer Krankheitserreger ist, der Gärstoff für die Zersetzung und dem Tod eines jeden nationalen Organismus (...)“.

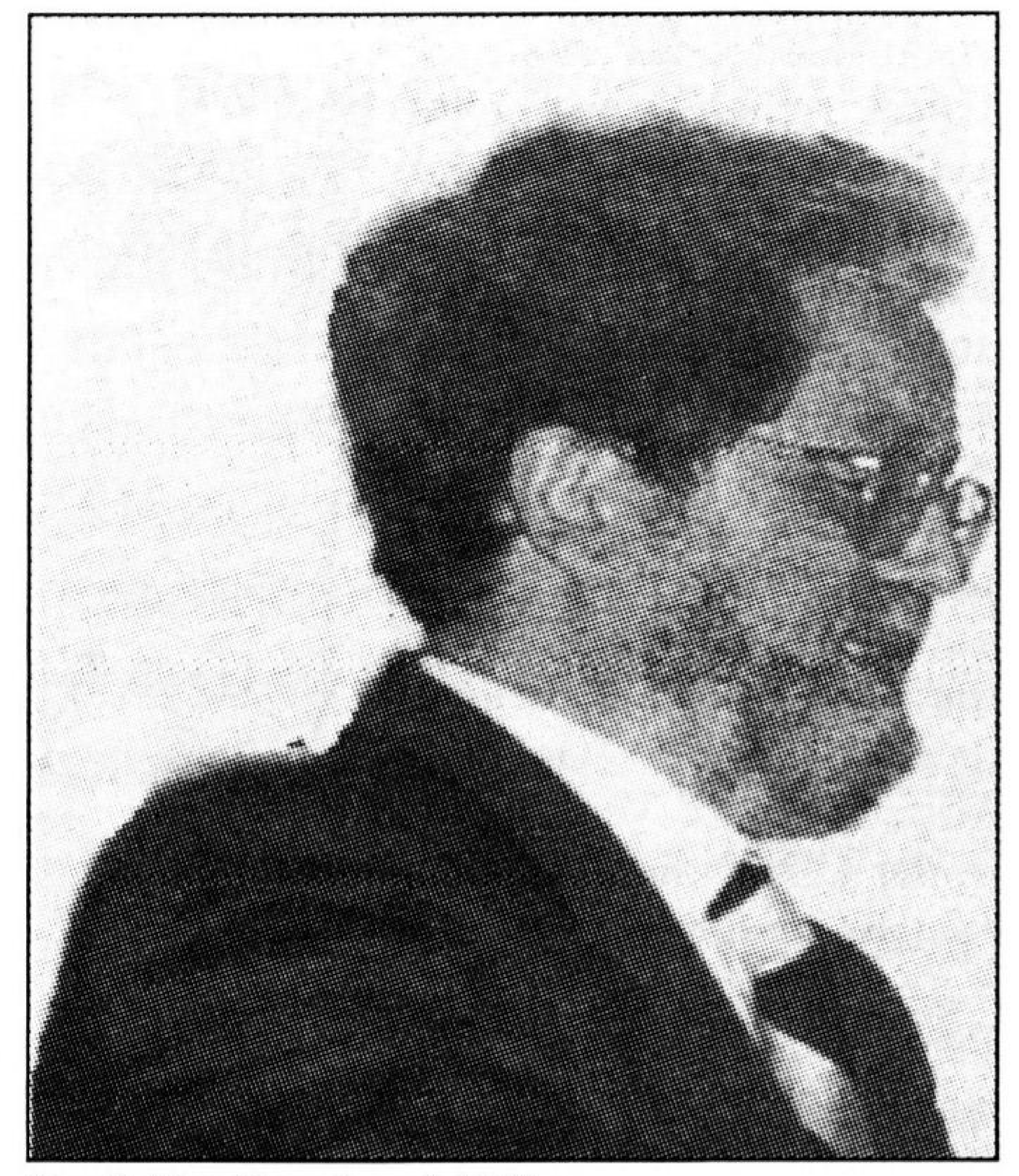
Ende der 60er Jahre war er für die "Norddeutsche Rundschau des Bauer-Verlags" tätig. Im Springer Ullstein Verlag veröffentlichte er „Unternehmen Barbarossa“ und „Verbrannte Erde“. 1991 beleuchte er für die Gesellschaft in seinem Beitrag „Unternehnemen Barbarossa“ die „Vergangenheit anders“.

Von Oven, von 1944 bis 1945 persönlicher Pressereferent von Josef Göbbels, gibt seit 1969 die neofaschistische Zeitung "La-Plata-Ruf" heraus, beehrte die Leserschaft des "Deutschland Journals", bzw. damals noch "Kleine SWG-Reihe", mit der Frage „Ist Südamerika unregierbar?“. 1950 war er beim Spiegel Ressort Innenpolitik und ging ein Jahr später als Korrespondent für den Spiegel nach Südamerika. Seit 1981 zählt er zum festen Mitarbeiterkreis der "Deutschen Nationalzeitung" und ist Schriftleiter von "Deutschland in Geschichte und Gegenwart", dem revisionistiichen Zentralorgan in der Bundesrepublik.

Zur deutschen Militärgeschichte im besonderen und zu militärischen Fragen und der nationalen „Sicherheit“ im allgemeinen referierte nicht nur Brig.-Gen. a.D. **Reinhard Uhle-Wettler**, ehemaliger Kommandant des "Nato-Defense-College" in Rom, Autor etlicher Bücher zur Militärgeschichte und mitverantwortlich für die militärpolitischen Aussagen im REP-Programm. Auch andere hochrangige Militärs a.D. fanden sich ein. Unter anderem: **Wolfgang Altenburg**, Generals a.D.; **Lother Domröse**, Gereralleutnant a.D.; **Ernst Feber**, General a.D.; **Adolf Heusinger**, General a.D.; **Gerhard Hubatscheck**, Oberstleutnant a.D.; **Heinz Karst**, Brigadegeneral a.D.; **Gerd-H. Komossa**, Generalmajor a.D. **Wolfgang Schall**, MdEP, Brigadegeneral a.D.; **Harald Wurst**, General a.D..

Das Jahr 1993 stand für die Gesellschaft erneut im Zeichen der „Aufarbeitung“ und „Umdeutung“ der Geschichte sowie dem Suchen nach einen „wahren Konservatismus“ und der Forderung einer „wehrhaften selbstbewußten Nation“.

Hugo Wellems stellte fest, daß „die deutsche Bestie ein Phantom“ ist. **Ferdinand von Bismarck** ging der Frage nach, ob Bismarck ein Wegbereiter Hitlers war. Klaus Hornung betonte, daß Hitler nicht vom Himmel fiel und ein Produkt des „Dreißigjährigen Krieg im 20. Jahrhundert zwischen 1914 und 1945“ war. Und „es war immer ein Fehlurteil gewesen zu meinen, Modernisierung und Modernität in Technik, Wirtschaft und Gesellschaft seien untrennbar mit Demokratisierung und freiheitlichem Verfassungsstaat verbunden. Die jüngere Nationalsozialismus-Forschung hat inzwischen an das Licht gerückt, daß auch die totalitären Systeme unseres Jahrhunderts Modernisierungsfunktionen wahrnehmen“. Erich Mende betonte indes die Symbolik „soldatischer Tapferkeit“. Peter Fischer hatte „Sehnsucht nach Preußen“. Alfred Schickel beklagte „das ungesühnte Verbrechen von Katyn“ und Günther Rohrmoser beschrieb die „Folgen des deutschen Sonderwegs“. Alfred Dregger wandte sich schließlich „gegen Deutschlands Diskriminierung“.



Prof. Dr. Bernhard Willms

Vorausschauend auf das Jahr 1995 mit dem 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, der Bombardierung Dresdens, der Niederlage für die Wehrmacht und die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, beendete die Gesellschaft das Jahr ’94 am 15. September mit einen Vortrag von Dr. jur. **Richard Pemsel**. Der unternahm den Versuch, eine „geschichtliche Entlastung Deutschlands“ zu konstruieren. Darin ist er geübt. Die Titel seiner Publikationen sprechen für sich: „Hitler - Revolutionär, Staatsmann, Verbrecher?“, „Geschichtliche Entlastung Deutschland - Ein Alptraum für deutsche Politiker?“. In "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" stellte er die Frage „Sind die Deutschen ausländerfeindlich?“ und antwortet sogleich im Untertitel „Zum Mißbrauch dieses Vorwurfs“. Wer diesen Vorwurf erhebt, ortet er in drei Gruppen: „1. Die geistigen Mitläufer, die ohne eigene Vertiefung griffige Vokabeln verwenden. 2. Die grundsätzlichen Gegner eines deutschen Nationalstaates und einer deutschen Identität 3. Die Vertreter einer multikulturellen Gesellschaft“. Zu den ersteren gebe es kein weiteres Wort zu verlieren, „die Charakterisierung (sage) alles aus“. Die zweit und dritt benannten Strömungen jedoch sind diejenigen, die die „vorherrschende deutsche Kultur“ gefährden und die „nationalen Eigenheiten“ einebnen wollen.

In seinem Vortrag bei der SWG beleuchtete der freie Jurist aus Hersbruck ersteinmal die „Kriegsschuldfrage“. Nicht Deutschland, nicht Adolf Hitler, nicht die NSDAP, nicht die nationalsozialistische Bewegung, noch die deutsche Industrie seien Schuld. Versailles, London, Warschau und Moskau stünden allerdings als Namen, die mehr in die „Kriegschuldfrage“ involviert seien, als es allgemein angenommen und gesagt würde. Resümee - da nun ist, was sein soll - müsse endlich diese bewußt konstruierte und indoktrinierte Schuld weit von sich gewiesen und das „Büßerhemd“ abgelegt werden. Selbstverständlich ist es für ihn und sein Auditorium mehr als überfällig, den auferlegten „deutschen Sonderweg“ zu beenden und zu einer „deutschen Normalität“ zurückzukehren. Das Selbstbewußtsein, das Selbstvertrauen der Deutschen - der Nation hätte allerdings (angeblich) über die Jahre gelitten und nur die wahren Standhaften, zu denen die „erwachenden wahren Konservativen und echten rechten Demokraten“ zählen, konnten den 50 Jahre lang andauernden Angriffen standhalten. Schuld an dem Seelenzustand der Deutschen seien neben den bereits benannten Antinationalen, Konservative à la Geißler, Liberale und Linke, insbesondere die 68er, als auch jene Politiker und Zeithistoriker, die „in den letzten Jahrzehnten in sehr zahlreicher Gesellschaft waren (...) solange es galt dem Kadaver des nationalsozialistischen Löwen einen weiteren Fußtritt zu verpassen“. Doch das sei nun passé, konstatierte Richard Pemsel. Die „Konstruktiven“ seien im Aufwind und peu à peu befreie sich die „deutsche Identität“ von dem aufgezwungenen Stigma der Schuld, der infiltrierte Selbsthaß verblasse und das lang herbeigesehnte „deutsche Selbstbewußtsein“ erwache.

Die Gastgeber und an die hundert Gäste dankten ihm für die offenen Worte und das theoretische Rüstzeug für die zu erwartende Schlacht um das Gedenken.

Was der bildungspolitische Transformationsriemen rechts von der CDU / CSU für 1995 ins Visier genommen hat, ließ dieser bisher nicht verlauten. Ohne Frage wird die Gesellschaft ihren Grundsatz treu bleiben und weiterhin „einen Beitrag zur Festigung eines gesundenden Gemeinwesens (...) leisten, um zu verhindern, daß Deutschland zum Experiementierfeld von Kräften wird, die die Substanz unseres Volkes (...) bedrohen“. Ein Mangel an adäquaten Referenten besteht ebensowenig wie an bereitwilligen Hörern.

Hamburg im Januar/Februar 1995

Felix Krebs ist Mitglied der Hochschul-Antifa HH und Andreas Speit ist Mitarbeiter des "Rechten Randes".

Sebastian Schwarz

Ein faschistischer Traditionsverein

Alle Jahre wieder trifft sich auf dem Weinberg in Schliersee ein Traditionsverband, der heute schon fast in Vergessenheit geraten ist. Es ist die "Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland", ehemals einer der bedeutendsten Freikorpsverbände in Deutschland. Die Freikorpsverbände wurden nach der Auflösung des kaiserlichen Heeres seit Ende 1918 auf Betreiben der obersten Heeresleitung gebildet. Ihre Hauptaufgabe bestand im Kampf gegen die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte, die sich überall im Deutschen Reich gebildet hatten.

Die Geschichte

Das Freikorps Oberland wurde im April 1919 von **Rudolf von Sebottendorf** gegründet. Einen Monat später bestand es bereits aus 1050 Mann und beteiligte sich an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik. 1920 wurde es im Ruhrgebiet gegen die Ruhraufstände eingesetzt, wobei es die Aufgabe hatte, die Dortmunder Bevölkerung zu entwaffnen. Nachdem die Freikorpsverbände aufgrund der Versailler Bestimmungen zwangsaufgelöst wurden, begannen diese, sich getarnt in sogenannten "Selbstschutzverbänden" zu reorganisieren. Das Freikorps Oberland bildete den Kern der "Organisation Escherich", der Dachorganisation aller Selbstschutzverbände Deutschlands und Österreichs. 1921 beschließt der Völkerbund Teile Oberschlesiens an Polen abzutreten. Daraufhin richtet der Selbstschutz Oberschlesien ein Gesuch um Unterstützung an die "Organisation Escherich". Das Freikorps Oberland setzt sich in Bewegung und ist maßgeblich an der Schlacht um den Annaberg, eine der entscheidenden Schlachten gegen die polnische Armee, beteiligt. Nach Beendigung der Auseinandersetzungen bekommt das Freikorps den Befehl zur Auflösung und zur Abgabe seiner Waffen an die französische Armee. Doch man vergräbt die Waffen und bringt sie später nach Bayern zurück. Den Franzosen werden lediglich unbrauchbar gemachte erbeutete Waffen übergeben.

Im Dezember 1921 wird der Bund Oberland als Verein gegründet und ins Vereinsregister München eingetragen. Als 1923 belgische und französische Truppen aufgrund ausgebliebener deutscher Reparationszahlungen ins Ruhrgebiet einmarschieren, beteiligen sich Gruppen des Bundes an verschiedenen Sabotageaktionen, so wird unter anderem von ihnen der Rhein-Herne-Kanal gesprengt. Am Hitler-Putschversuch, dem Marsch auf die Feldherrnhalle, beteiligt sich der Bund Oberland ebenfalls. In den folgenden Jahren führt der Bund seinen Kampf gegen die Versailler Verträge, gegen die Republik und für ein neues Großdeutschland weiter. Allerdings sinkt die Mitgliederzahl beständig, da vor allem die jungen Mitglieder der neugegründeten SA beitreten, weil die "tagtägliche Auseinandersetzung mit dem Gegner lockte". Man bedauert jedoch die fehlenden militärischen Aktionen. 1929 gerät der Bund in eine schwere Krise, als der Versuch, den Bund in die NSDAP einzugliedern, am Widerstand der Nationalrevolutionäre und der österreichischen Gruppen scheitert. Daraufhin verließen weitere große Teile die Organisation. Am 9.11.33, anläßlich des 10. Jahrestages des Hitler-Putschversuches, tritt der Bund Oberland komplett in die SA ein. 1950 wird die "Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland" von ehemaligen Angehörigen des Freikorps und des Bundes gegründet.

Aktivitäten Heute

Auch heute noch zeigt sich die Kameradschaft aktiv. Kameradschaftsleiter ist **Rudolf Hüfner** aus München, der auch gleichzeitig Herausgeber der Mitgliederzeitung "Oberland" ist. Überhaupt scheint München die einzige Stadt mit einer aktiveren Ortsgruppe zu sein. So trifft man sich jeden 3. Mittwoch im Monat in der Gaststätte "Rhaetenhaus" zum Stammtisch und weist auch sonst noch rege Aktivitäten auf. Neben dem Stammtisch wird sich im Mai zur "Kretafeier" getroffen, feiert jeweils die Sonnenwenden und am Volkstrauertag will der Bund gleich auf 7 Friedhöfen in der Umgebung von München Kränze niederlegen. Was für Gedankengut bei den Zusammenkünften ausgetauscht wird, ist nicht besonders schwer zu erraten, schaut man sich, mal ganz abgesehen von der Geschichte, das Mitteilungsblatt der Kameradschaft an. Da darf zum Beispiel die "Artgemeinschaft" des **Jürgen Rieger** ihre "12 Gebote zum Artbekenntnis" kundtun, gefolgt vom WJ-Mitglied **Imke Thomas**, die sich darüber ausläßt, daß "volkliches Denken artgemäßes Denken ist". Ebenfalls gern übernommen werden Artikel aus dem "Eckartbote(n)", einem deutschtümelnden Revanchistenblatt der "Österreichischen Landsmannschaft". In einer anderen Nummer ist der Schwerpunkt auf Südtirol gelegt, das, selbstverständlich "geraubt wurde, deutsch war und deutsch bleibt". **Josef "Sepp" Kerschbaumer**, **Georg Klotz** und andere "Südtiroler Freiheitshelden" werden für ihren Bombenterror gewürdigt und ihr Tod soll Verpflichtung sein. Verantwortlich dafür zeigt sich die "Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitshelden" mit Postfach in Nürnberg. Unter dem selben Postfach firmiert auch der "Buchdienst Südtirol", bei dem man sich mittels Bildband und Videokassete über das Freikorps Oberland informieren kann. Offenbar aus eigener Feder stammt eine Würdigung anläßlich des Todes von **Horia Sima**, seines Zeichens Ex-Führer der "Eisernen Garde", der faschistischen rumänischen Bewegung, die eng mit Hitler-Deutschland zusammenarbeitete. Sima lebte ebenfalls in der Nähe von München, und man hofft, "diesen großen Revolutionär und Freund der Deutschen einst im Triumphzug nach Bukarest zu überführen".

Daß alldies ganz im Sinne der Mitgliedschaft ist, erläutert ein Vorwort, in dem es heißt, daß "die Veröffentlichung dieser wichtigen Artikel von der Leserschaft gut aufgenommen wurde". Dies Verwundert kaum, heißt es doch in den Leitsätzen der Kameradschaft, denen sich jedes Mitglied verpflichtet fühlt, unter anderem: "Bekenntnis zur Heimat, Forderung nach Wiedererweckung vaterländischen Geistes und Schutz der kulturellen Identität". Konkret heißt dies in der Festanspra-





Annaberg-Gedenkfeier 1993 in Schliersee. Ritterkreuzträger Georg Audenrieth, Hans Weber und Arthur Meyer (v.l.n.r.)

che anläßlich der "Annaberg - Gedenkfeier" am 8.5.94 von Dr. jur. **Hermann Teschemacher**, der "Allen (Teilnehmern) aus der Seele sprach": "Heute geht es nicht wie damals um den Schutz eines Landesteils und seiner deutschen Bevölkerung vor chauvinistischen Eroberungsversuchen - heute geht es um den Fortbestand unseres gesamten Volkes. ... Scheuen wir uns nicht, die Ursachen offen zu nennen. ... Die Überflutung unseres Landes durch Ausländer, zumeist aus den untersten Schichten... . ...Wir verwahren uns gegen die Bildung eines Völkerbreies."

Wer nun allerdings hofft, die Kameradschaft würde sich mehr oder weniger irgendwann "biologisch" selbstauflösen, scheint sich zu täuschen. Begeistert wird auf ein gutes Jahr 1994 zurückgeblickt, in dem es "keine Todesfälle gab, sogar ein leichter Anstieg der Mitgliederstärke" zu vermelden war. Bleibt allerdings zu hoffen, daß die diesjährige "74. Annaberg - Gedenkfeier" am 21.5.95 auf dem Weinberg in Schliersee nicht ganz so ungestört abläuft wie in den letzten Jahren. Im vergangenen Jahr nahmen dann immerhin 350 Personen teil, denen Grußworte der Vorsitzenden der O. S. Landsmannschaft München, **Gertrud Müller** und **Horst Uwe Freiherr von Lothmann**, übermittelt wurden. Dem Anlaß des Treffens verhielt sich das Publikum wohl nicht ganz gerecht, da diesmal extra darauf hingewiesen wird, daß es sich um keine politische Veranstaltung handle und somit politische Agitation und das Verteilen von Flugblättern und das Zeigen politischer Fahnen zu unterbleiben habe. Außerdem wird um dem Anlaß entsprechende Kleidung gebeten.

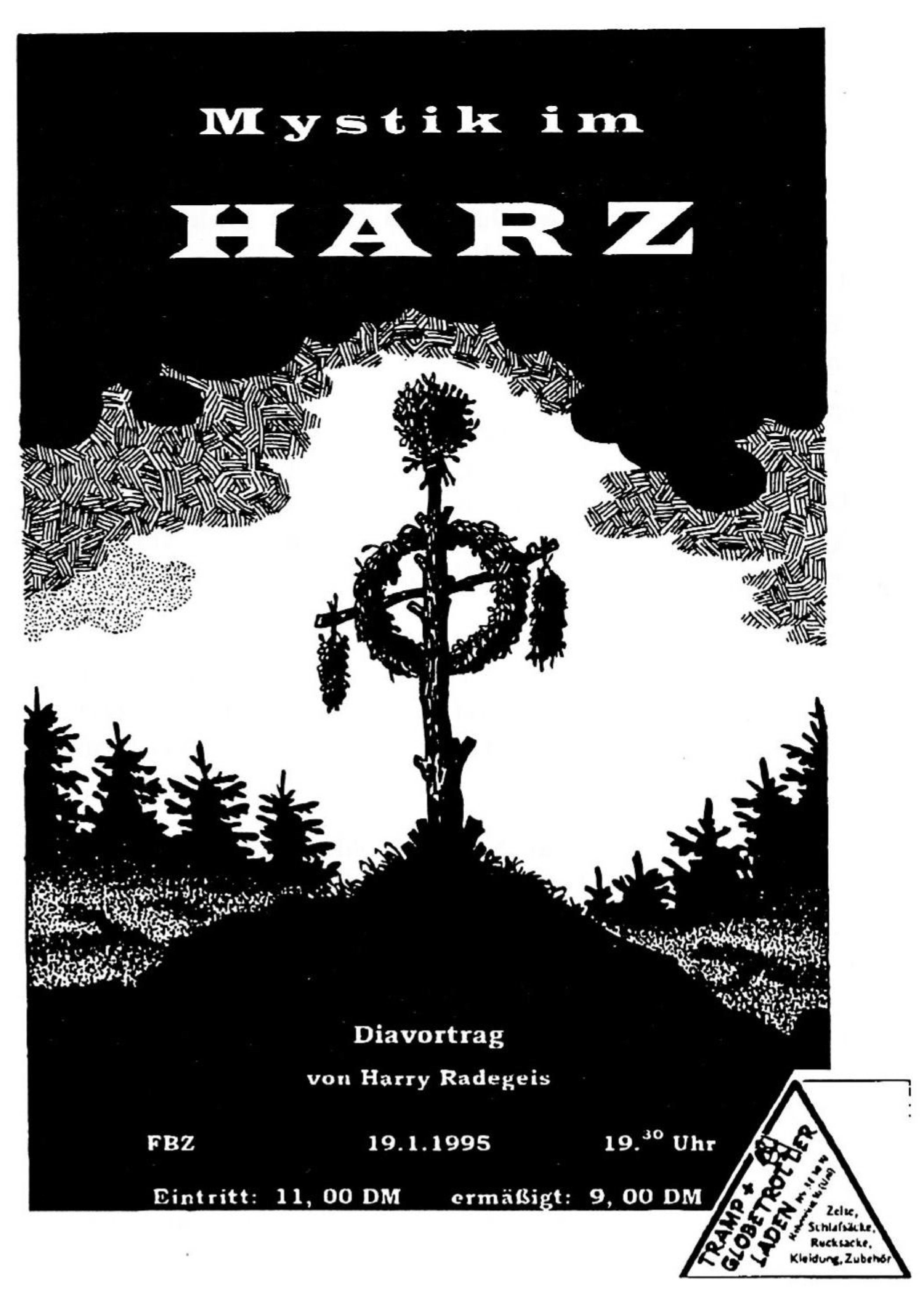
Andreas Speit

Völkisches Heidentum à la Radegeis

1991 konstatierte Karlheinz Weißmann in seinen Buch „Druiden, Goden, Weise Frauen - Zurück zu Europas alten Göttern", erschienen beim "Herder-Verlag", daß völkisch-religiöse Ideologien in Gestalt der Ariosophie, oder den Ideen einer Siegrid Hunke, so wie auch der Nouvelle Droite keinen Siegeszug halten werde, wohl aber durch das Einsickern einer Mischung aus „grün, alternativer, okkulter und neuheidnischer Vorstellungen". Einer, der sich seit Jahren hierum bemüht ist Harry Radegeis. Am 19. Januar dieses Jahres wollte der virulente Streiter für die Sache des völkisch motivierten Germanen- und Heidentum, einen Diavortrag, in Braunschweig, über die „Mystik im Harz" halten. Dank des Engagement der Antifa-Bewegung kündigte das städtische „Freizeit- und Bildungszentrum" (FBZ) einen Tag zuvor den Nutzungsvertrag für die Räumlichkeiten.

Schon seit Anfang der 70er Jahre bewegt sich **Harry Radegeis**, dessen bürgerlicher Nachname einst mal Schmidt war, zwischen Neofaschismus und Neuheidentum. Über die nationalrevolutionär orientierte "Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher" (AUD) kam er zum "Armanen-Orden" (AO), wo er es bis zum „Großmeister" brachte. Die Zugehörigkeit zum "Orden" ist in erster Linie nach völkischen und rassistischen Kriterien definiert: „Der Ordensbegriff ist durch die geistige, seelische und körperliche Veranlagung und dadurch bedingte gemeinsame Lebensweise des germanischen und keltischen Volkstums gegeben". Vorrangiges Ziel, des 1976 vom Ehepaar **Sigrun** und **Adolf Schleipfer** ins Leben gerufenen Ordens ist die Wiederbelebung eines germanisch-keltischen Heidentums. Zur Verbreitung des Gedankengutes der "Armanen" dient die Zeitschrift "Irminsul - Stimme der Armenschaft", die seit 1967 erscheint sowie der "Armanen-Verlag" und die "Armanenverlagsbuchhandlung", für die Adolf Schleipfer verantwortlich ist. Zu Beginn der 80er Jahre kam es zu einem unterschwelligen Meinungsstreit über die Orientierung des Ordens. Ein Teil der Ordensmitglieder - vor allem die ältere Generation - sieht sich noch in der direkten Tradition des Nationalsozialismus, möchte Hitler und Himmler glorifizieren und neigt parteipolitisch der NPD zu. Andere Ordensmitglieder indes orientierten sich, nachdem sie für sich die „Ökologie" entdeckten, an der sich etablierenden „Neue Rechten". Sie forderten: „Löst den NPD-Haufen endlich auf! Was Bessers könnte gar nicht passieren! Geht an die Basis! Arbeitet bei den Grünen, Alternativen, Nationalrevolutionären usw. mit. Bringt dort euer Wissen ein (...). Das wäre echter Fortschritt! Das würde den Gegner verwirren! Dann wüßte er nicht mehr, wo er suchen soll und wie überwachen". Im Verlauf der Auseinandersetzung, die noch durch interne Streitereien verschärft wurden, verließen aktive Mitglieder den Orden. Unter ihnen **Geza von Neményi**, **Mathias Wenger** und Harry Radegeis. Sie hofften - nicht ohne Grund - sich von ihrem völkisch-rassistischen bis faschistischen Image lösen zu können und ihr völkisch-mystisches Konglomarat aus mystischer Naturverbundenheit, Germanenkult und Ökologie in der grün-alternativen Szene zu etablieren. Mit Erfolg. 1985 unterwanderten "Armanen", welche zugleich dem "Wicca-Kult" anhingen die "Grünen" in Berlin und Neményi wurde in den Landesvorstand derselben gewählt. Im gleichen Zeitraum gründeten Mathias Wenger, Geza von Neméniy und Harry Radegeis die "Germanischen Glaubensgemeinschaft". Nachdem Mitte der 80er Jahre Radegeis nach Eitzum bei Braunschweig umzog, übernahm Mathias Wenger die Leitung.

Doch Harry Radegeis blieb weiterhin in der völkisch-esoterischen Szene aktiv. Als Gründer und Herausgeber der Zeitschrift "Heidenspaß", welche von 1981 bis 1985 erschien, bemühte er sich vor allem, Ideen der nationalrevolutionären Strömung der „Neuen Rechten", mit germanisch-heidnischen Elementen vermischt, einer interessierten Leserschaft nahe zu bringen. Zugleich diente der "Heidenspaß", ein „esoterisch-kulturelles Kampfblatt der Heiden", zur Formierung der Szene. Getragen wurde das „Kampfblatt" vom "Heidenspaß-Kreis", welcher sich „als Forschungsgemeinschaft für Kultur, Religion, Geschichte und Runenkunde, Mythen und esoterischen Wissensvermittlung" versteht. Die "Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" stellte in ihrer Ausgabe vom 26. November 1986 zum "Heidenspaß" fest: „In der Zeitschrift wurde die 'Bewußtwerdung der Rassenfrage' und 'verstärkte Aufklärung' über die Hintergründe des Ausbruchs der Weltkriege gefordert; 'positive Ansätze, die im Dritten Reich vorhanden waren', werden gelobt. Wie bei den Gruppen des traditionellen Rechtsextremismus wird auch im Heidenspaß verbreitet, daß 'überstaatliche Machtgruppen' ein 'verfilztes Kartell mit dem Ziel bildeten, alle selbständigen kulturbewußten Völker dem Moloch einer Weltpolitik zu opfern". Bereits in der Radegeis-Broschüre „Esoterik und Geheimpolitik" konnte gelesen werden, daß die Hochrüstung unter Hitler nur eine Anpassung an den europäischen Standart gewesen sei und keine Kriegsvorbereitung, ebensowenig wie der Autobahnbau. Und von Hitler seien nur



Gebiete annektiert worden, die seit 1919 vom Reich abgetrennt waren. Im übrigen sei Deutschland nicht schlechter als andere Kriegsteilnehmer gewesen. Nachdem die Kriegsschuld vom Tisch ist, wird zum Schluß der Broschüre die Shoa geleugnet.

Kaum nach Eitzum gezogen, engagierte Radegeis sich in der Braunschweiger Region. Im November 1984 begann er, eine Gruppe des "Schutzbund für das Deutsche Volk e.V." (SDV) zu organisieren. „Der starke Widerhall“ (des Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981 der fünfzehn Hochschullehrer) hatte, so verkündete der SDV, zur Gründung geführt, deren „Zweck (...) die Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes“ ist.

Auf der Tagesordnung stand sodann auch die Frage, wie der „Überfremdung durch Ausländer entgegenzuwirken“ sei. Eine Antwort war, eine Flugschrift der "Gruppe 33", wie sie sich nannten, zur „deutschländerfeindlichen Ausländerpolitik“. In der Flugschrift heißt es neben anderem: die „Ausländerpolitik führt von der 'Entnazifizierung' über die Entdeutschung zur Ausländerrepublik (...)“ und durch das „liberale Laufenlassen begann die Endlösung der Deutschen Frage“. Sie mahnen: „Wer heute das Ausländerproblem verkennt, hat morgen farbige Enkel. Wer ausländische Arbeiter oder Lehrlinge beschäftigt, zu ausländischen Ärzten geht, bei Ausländern kauft (...) demontiert Deutschland. Darum Deutsche wehrt Euch!“.

In Zusammenhang mit seiner Arbeit für den SDV warb Radegeis für das "unabhängige Politische Forum Cobra", mit dem er erhoffte, die Arbeit zu koordinieren.

Ein Jahr später gab er den Anstoß zu einer Bewegung, die nicht in erster Linie den Götterglauben, sondern das Nachleben der altgermanischen Kultur unterschiedlicher Epochen in Kleidung, Waffen, Handwerk und Schaukämpfen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellt . Nach einen Besuch von **Peter Seymord** und seinen "Thorguard Vikings" beim Ostara-Thing des "Armanen-Ordens", 1983, schloß er sich mit anderen Ordensmitgliedern der Schaukampfgruppe an. 1985 gründete er die deutschen "Thors-Wikinger". Anfänglich hatte die Gruppe schnell Zulauf. Radegeis versprach sich von den "Thors-Wikingern" eine „Werbung für das Heidentum im Allgemeinen“ und hoffte, daß sich hieraus ein „Modellversuch für eine größere Gemeinschaft“ auf heidnischer Grundlage entwickeln würde. Als ein Jahr später „enthüllt“ wurde, was Harry Radegeis noch so treibt und in welcher Intention, distanzierten sich eine Reihe von Radegeis' Anhängern. Allerdings leitet er weiterhin einen Kreis, der sich "Thors-Wikinger" nennt und wie er selbst postulierte, stehen die jetzigen Anhänger seiner politischen und religiösen Anschauung wesentlich näher. Es ist der Kreis „derjenigen, die bereits weiter sind und wissen, um was es geht“.

Im Laufe der Jahre hat sich Radegeis zu einer Zentralfigur in diesem Spektrum etabliert und fungiert durch seinen politischen Hintergrund und Publikationen als weltanschaulicher Vordenker der neugermanischen Szene. Seine Publikationen werden trotz seines Austritts beim "Armanen-Orden" von Adolf Schleipfer vertrieben. Die Differenzen sind ja auch nicht so groß. In seinen Buch „Heidenstaat“ schreibt er, jeder sei als Gegner zu betrachten, der auf „widernatürlicher Grundlage“ weltweite Gleichheitsideen, Zentralismus und „überstaatliche Machtpolitik“ vertritt, weil das der im Armanentum verkörperten „göttlichen Vielfalt“ wiederspreche. Der alte Disput über die grobe Orientierung scheint indes auch begraben. Beide beziehen sich mitlerweile auf **Alain de Benoists** Interpretation und Darstellung des „Heidentums“. Natürlich mit unterschiedlichen Nuancen, welche das Zusammengehen aber nicht behindern. Ihre Thesen ähneln Benoists „Kult der Stärke“, wie er ihn in seinem Bekenntnis „Heide Sein - Zu einem neuen Anfang“ 1981 skizzierte: Heidentum bedeutet demnach zuallererst eine „Rückkehr zur Natur“, die als „Gesicht Gottes“ gedeutet wird; - bis in die Urzeit zurück reicht die Kontinuität heidnischer Überlieferungen als revolutionäre Kraft; - der christlich-jüdische Monotheismus bildet „den eigentlichen Ursprung des Totalitarismus“ - ihm steht der heidnische Polytheismus als „qualitativer Begriff gegenüber“; - der Wille Gottes (Kausalität) wird letztlich durch den Willen des Menschen (Schicksalsidee) ersetzt.

Vielleicht von der „Mystik im Harz“ angezogen, lebt Harry Radegeis schon seit längerem in Vienburg, von wo aus er einen Vertrieb für Wikingerschmuck und Ausrüstung sowie Literatur führt. Neben seinen (Dia-)Vortragsreisen, betreibt er nach eigenen Angaben Forschungen an Kultstätten und arbeitet an künftigen heidnischen Konzeptionen. Des öfteren referierte Radegeis im Schulungszentrum für Alt- und Neofaschisten in Hetendorf im Rahmen der „Hetendorfer Tagungswoche“. Unter anderem sprach er 1993 auf der „3. Tagungswoche“ über die „Germanische Seele des Deutschen anhand von Geschichtsbeispielen“ und auf der darauf folgenden „4. Tagungswoche“ 1994 philosophierte er über die „Runen im Leben der Völker“. Gern lauschen ihm aber auch der "Armanen-Orden" oder die "Artgemeinschaft".

Für seinen Diavortrag in Braunschweig konnte er den „Tramp- und Globetrotter Laden“, als Werbeträger gewinnen, bei dem er schon länger als „freier Mitarbeiter“ beschäftigt ist. Sein völkisch neugermanisches Heidentum stand dem nicht im Wege, wie der Geschäftsführer telefonisch bestätigte.

Gerüchten zufolge meldet sich Radegeis demnächst mit einem Buch erneut zu Wort.

Vielen Dank für die Zusendung von Materialien und Info's an Antifaschistisches Plenum; Jugend Antifa Aktion; Antifa West und Naturfreundejugend Braunschweig.

Gegendarstellung

In dem Pressedienst "DER RECHTE RAND" Nr. 32 Dez.94/Jan.95 wurde in dem Beitrag "Grauzonen der Republik" (Seite 9) u.a. behauptet, ich sei "Gründer des Christlich-Konservativen Deutschlandforums (CKDF).".

Diese Behauptung ist unrichtig.

Helmut Walther, Bretten

1. In dem Pressedienst "DER RECHTE RAND" Nr. 32 Dez.94/Jan.95 wurde in dem Beitrag "Grauzonen der Republik" (Seite 9) u.a. behauptet:

"Hannes Kaschkat, einst Assistent Von der Heydtes ist heute Präsident der "Neuen Studiengesellschaft". Diese Behauptung ist unrichtig, da Rechtsanwalt Dr. Kaschkat das Amt des Präsidenten am 26. September 1994 niedergelegt hat.

2. Weiterhin wurde behauptet:

"Ferner wurden gemeinsam mit der "Deutschen Bürgerinitiative" des Rechtsterroristen Manfred Roeder Flugblätter herausgegeben, die die Geschäftsstelle auch heute noch verschickt."

Diese Behauptung ist unrichtig. Die "Neue Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e.V." hat zu keiner Zeit Flugblätter der "Deutschen Bürgerinitiative" des Manfred Roeder gemeinsam herausgegeben oder verschickt.

Helmut Walther, Geschäftsf. Vorst. Mitgl.

Robert Becker, Schriftführer

Anton Maegerle

„Nation + Europa“

Ideenpolitisches Organ aller Ultrarechten

Wir sind „die Zeitschrift für deutsche Patrioten!“ bejubelt sich die seit 1951 monatlich erscheinende Postille „Nation+Europa“ (NE) selbst in ihrer Februar-Ausgabe. Zutreffend ist, daß NE, ein „wahrhaftes Urgestein in der rechten Publizistik“ („Junge Freiheit“), Rechtsextremisten jeglicher Couleur ein Forum für Bestandsaufnahme und Zielsetzung, für Diskussion und Urteilsbildung bietet. Erstrebt wird von NE die parteipolitische Einheit der Rechten. Doch diese steht auch nach dem katastrophalen Debakel aller Rechts-Parteien im Superwahljahr 1994 in den Sternen.

Geprägt wurde der Terminus „Nation Europa“ 1947 vom britischen Faschisten Sir **Oswald Mosley**, der auch an der Gründung von NE maßgeblich beteiligt war. In seinem Buch „Ich glaube an Europa“ definiert er als Ziel einer „Nation Europa“, „die europäischen Völker vor der allgemeinen Nivellierung und Vermischung“ zu bewahren. Zum Hauptfeind neben dem Kommunismus wurde von ihm der US-Amerikanismus auserkoren (die sogenannte „Neue Rechte“ läßt grüßen), da dessen Zivilisation „keine Wurzeln“ habe, während die „europäische Überlieferung“ aus dem „Mutterboden vieler Jahrhunderte“ wachse.

Konzeptioneller Schwerpunkt von NE, dessen Stammleserschaft ursprünglich Kreise der Waffen-SS bildete, war von Anfang an, den deutschen Nationalismus zugunsten eines europäischen Nationalismus unter Betonung des gemeinsamen kulturellen und rassischen Erbes des „Abendlandes“ zu überwinden. Doch daran, daß „Deutschland“ das „Herzvolk der europäischen Nation“ sei, wollte und will man nicht rütteln: „Die Deutschen müssen gleichberechtigt in den Kreis treten, um die Nation Europa handlungsfähig zu machen. Kein Körper kann sich wehren, wenn das Herz in Banden liegt. Es muß ein Ende haben mit dem Ungeist von Versailles.“ - so NE in der Erstausgabe vom Januar 1951. Im Zuge der europapolitischen Vorstellungen soll das militärisch besiegte Reich gar wieder zu neuer Herrlichkeit erblühen: „Die deutsche Staatlichkeit, oder nennen wir den hier geforderten großen Begriff: das Reich, überwindet jeden Zusammenbruch, weil es als Stellvertreter der gesamteuropäischen Welt nur mit dieser sterben kann. Solange sie lebt, erhebt sich auch das Reich immer wieder; das ist nicht einer besonderen Begnadung der Deutschen zuzuschreiben, sondern der Tatsache, daß im Deutschen Reich eine Vorform des Europäischen zur Gestalt drängt.“ Nach der militärischen Niederlage soll Deutschland unter dem Deckmantel „Europa“ zur neuen, alten Führungsgröße erstrahlen.

Weitere konzeptionelle Schwerpunkte waren die rassistisch begründete Dominanz der >Europiden<, das Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung im Rahmen eines europäischen Konzepts und die Unterstützung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Dominierendes Thema der fünfziger Jahre blieb die Auseinandersetzung mit der „wirklichkeitsfremden Umerziehung“ (Dudek/Jaschke) und den Folgen des Nationalsozialismus.

Gegründet wurde das Blatt von **Arthur Ehrhardt** und **Herbert Böhme** (NSDAP-und SA-Mitglied), der im Dritten Reich als führender NS-Dichter galt. Ehrhardt (Jahrgang 1896) war als Experte für Guerillakriegsführung und Partisanenbekämpfung während des Krieges bei der Waffen-SS im Rang eines Sturmbannführers tätig gewesen. Nach Ehrhardts Tod 1971 wurde **Peter Dehoust** (Jahrgang 1936), der vom „Bund Nationaler Studenten“ (BNS) kommt, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter.

Als Herausgeber stehen Dehoust („Deutsche Liga für Volk und Heimat“) heute die Rechts-Recken **Adolf von Thadden** (ehemals NPD-Bundesvorsitzender) und **Harald Neubauer** („Deutsche Liga für Volk und Heimat“, zuvor Mitglied von NPD, „Aktion Neue Rechte“, DVU, REP) zur Seite.

In der Redaktionsgemeinschaft sind neben Dehoust (für den Inhalt verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) **Karl Richter** („Deutsche Liga für Volk und Heimat“) und der rechtsextreme Vielschreiber in Sachen Osteuropa, **Wolfgang Strauß**, vertreten.

Beständiger Themenschwerpunkt von NE, mit 15.000 Abonnenten die auflagenstärkste rechtsextreme Zeitschrift, ist seit Jahren die „Ausländerfrage“. Besonders beliebt ist die Kombination von Ökologie und „Ausländerfrage“, die bis zur Überlebenfrage der Deutschen dramatisiert wird: „Deutschland ist durch Überbevölkerung schwer belastet. Pflanzen und Tiere werden krank. Die Landwirtschaft wird zerstört. Deshalb ist es menschenfeindlich und verantwortungslos, trotz dieser Gefahren große Menschenmasssen einwandern zu lassen.“ Wenige Seiten weiter wird in der September-Ausgabe 1993 von NE orakelt, daß im „Hinblick auf den relativ hohen Ausländeranteil in Deutschland“ für „jedermann“ sichtbar sei, „daß mit der Vernichtung der mentalen Umwelt auch das Ende des deutschen Volkes“ einhergehe.

Bevorzugt gelesen werden von jungen und alten Kameraden in NE die Rubriken „Eurorechte im Blickpunkt“ (einzigartiger Überblick über die rechtsextreme Szene in ganz Europa), „Nachrichten von Links“ (hier werden u.a. komplette Adressen und Telefonnummern von Andersdenkenden veröffentlicht), „Von Menschen und Verbänden“ (informiert wird vom rechtskonservativen bis ins militante Neonazi-Spektrum) sowie „Lesermeinungen“ (hier wird seit Jahr und Tag die Einheit der nationalen Rechten eingeklagt). Ein besonderes Augenmerk wird der Ankündigung von Terminen aus dem gesamten ultrarechten Lager geschenkt.

NE, führendes ideenpolitisches Organ bundesdeutscher Rechtsextremisten, das sich gerne zur ideologischen Schaltzentrale der Rechten in Europa mausern möchte, erscheint in der „Nation Europa-Verlags GmbH“ (Coburg).

Der Verlag wird von dem 1954 gegründeten Verein „Nation Europa-Freunde“ finanziell unterstützt. Gesellschafter des Verlages und Vorsitzender des Unterstützungsvereins ist Dehoust.

In jüngster Zeit widmet sich der Verlag verstärkt der Herausgabe von Büchern zu revisionistischen Thesen zur Zeitgeschichte. NE dazu: „Die Zeiten sind inzwischen vorbei, in denen Deutsche aus >volkspädagogischen< Gründen dazu schwiegen, daß man unsere Geschichte in ein Verbrecheralbum umfunktionierte. Inzwischen sind wir, nach der Wiedervereinigung, auch ohne Mitwirkung unserer politischen Klasse wieder ins Zentrum der Weltpolitik gerückt. Höchste Zeit also, daß wird uns wieder zu unserer nationalen Identität zurücktasten.“

Über den NE-Buchdienst ist alles zu beziehen, was das national pochende Herz höher schlagen läßt - vom Aufkleber „Multi-Kulti? Nein Danke!, Wir schämen uns Nicht, deutsch zu sein!“ bis zur legendären Rede des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels, die dieser am 18.Dezember 1943 in den Berliner Sportpalast herausbrüllte (Goebbels: „Wollt Ihr den totalen Krieg?!“ Antwort der fanatisierten Masse: „Ja!!“). Die Rechte an den Schallplatten, von denen im Warenangebot der „Nationalzeitung“ aus dem Hause des Münchner Pressezaren **Gerhard Frey** (DVU) lediglich ein Bruchteil im Vergleich zum NE-Angebot zu finden ist, liegen bei einer E. Hochteder KG in Düsseldorf bzw. bei Documentary Series Establ. in Liechtenstein.

Angepriesen wird das NE-Buchangebot mittels der einmal jährlich erscheinenden Broschüre „Büchersuchlicht“, die -abgesehen vom Titelblatt und der Bestelladresse- mit dem Buchangebot des Tübinger Verlagskomplexes „Grabert“ identisch ist.

In den letzten Jahren hat NE in der rechtsextremen Szene einen bemerkenswerten Fusionsprozeß eingeleitet. So wurden im Januar 1990 die „Deutschen Monatshefte“ und im April 1994 die „Deutsche Rundschau“ - inclusive beider Abonnentenstämme - geschluckt.

Im Frühjahr 1992 wurde der seit 1955 bestehende K.W.Schütz-Verlag (Ziel: Rehabilitierung der Waffen-SS) übernommen.

NE bleibt auch weiterhin auf Erfolgskurs im rechtsextremen Lager. Ein Blatt, das man ernstnehmen muß.

Prozeß wegen Angriff auf Republikaner-Stand geplatzt.

Doch keine Rache der Polizei an unschuldigen Antifaschisten?

Am 5. März 1994 zerstörten AntifaschistInnen den Informationsstand der Republikaner in Oldenburg, obwohl er von militanten (Neo-) Faschisten aus dem Dunstkreis der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) geschützt wurde und 11 „Republikaner" aus Nordrheinwestfalen dort agitierten. Die Polizei kümmerte sich nicht um die bewaffneten (Neo)-Faschisten, sondern nahm willkürlich Verhaftungen aus dem Umfeld der Schaulustigen vor. Gegen einen der Verhafteten wurde jetzt der Prozeß eröffnet.

Am 24. Januar begann vor dem Amtsgericht Oldenburg der Prozeß wg. Landfriedensbruch und Sachbeschädigung gegen Wolfgang N. .

Als Hauptbelastungszeugen fungierten zwei Polizisten aus Oldenburg. Insbesondere der Einsatzleiter **Brandes** behauptete allen Ernstes, zusammen mit dem Angeklagten auf den Stand der „Republikaner" gefallen zu sein, wobei der Stand auseinandergebrochen und der Angeklagte gleich festgenommen worden sei. Diese Version widerlegte die Verteidigung mit einem Foto, das den Beschuldigten im Disput mit REP-Schatzmeister **Domschke** (Oldenburg) zeigt.

Das Gericht wollte aber dennoch den Aussagen der Polizisten Glauben schenken. Einsatzleiter Brandes hatte schon während der Streife erkannt, daß verdächtige Personen in der Fußgängerzone herumliefen. Er habe sie, so Brandes vor Gericht, an den Plastiktüten und ihrem Habitus erkannt. Neo-Faschisten oder die „Republikaner" hatte er nicht gesehen, der Stand sei leer gewesen. Dieser recht einseitige Blick auf seine Mitmenschen machte es Brandes auch möglich, im Gerichtssaal mehrere TäterInnen zu vermuten („einige von Ihnen waren doch dabei!"). Anfang Februar meldete der erfahrene Beamte dem Oldenburger Monopolblatt NWZ, daß es in Oldenburg keine Nazi-Skinheads gebe. Ein sehr glaubwürdiger und wahrheitsliebender Beamter!

Richter Goose verzichtete aus gutem Grunde auf die Zeugenschaft der „Republikaner"; denn die waren sich in ihren Aussagen nicht einig darüber, ob der Angeklagte tatsächlich bei dem Angriff auf den Stand dabei war - obwohl der Vertreter der „Republikaner", der Nazi-Anwalt **Klaus Kunze** aus Uslar, schon vorsorglich die Namen von Beschuldigten in der einschlägigen Faschisten-Presse veröffentlichte und die militante „Anti-Antifa" um den Hamburger **Christian Worch** (in dem Organ „INDEX") und die Mainzerin **Ursula Müller** (in den HNG-Nachrichten) zwei Beschuldigte in ihren Listen aufnahmen.

In einem Fall wurde das Verfahren bereits eingestellt. Wolfgang N. sollte wohl für das „Versagen" der Polizei büßen, die auf Druck von Nazi-Anwalt Kunze und der rechtsextremen Wahlkämpfer einen „Täter" präsentieren muß.

Am 6. Februar platzte das Verfahren, nachdem der Richter weitere Beweisanträge der Verteidigung nicht ablehnen konnte. Der Fall soll - was eher unwahrscheinlich scheint - nun wieder neu verhandelt werden. Der nächste Termin wird auf dem Amtswege mitgeteilt.

Jörg Hemmers

Arndt Schmidt

Bomben "aus Frust über die Mutter"?

Vor der Jugendkammer des Landgerichts Hannover mußte sich Ende Januar 1995 der inzwischen 21-jährige (Ex?-)Neonazi Gerrit Rusch wegen schwerer Straftaten verantworten. Beziehungsweise: Er hätte sich verantworten müssen. Das Gericht nahm sich fürsorglich und einfühlsam eines stets alkoholisierten, unpolitischen jugendlichen Einzeltäters und seiner persönlichen Probleme an.

Dieser Artikel ist ein Plädoyer gegen die deutsche Justiz, aber kein Ruf nach möglichst hohen Haftstrafen.

Um was geht es bei dem Strafverfahren:

Am 27.8.91 wird eine Telefonzelle in Hannovers Nordstadt von **Gerrit Rusch** und einer zweiten - unbekannt gebliebenen - Person in die Luft gesprengt. Auf dem Gelände eines Obdachlosen-Containerlagers an der Hamburger Allee legt er am 8.10.1991 eine Rohrbombe ab. Die Bombe wird rechtzeitig entschärft. Im November/Dezember 91 bedroht Rusch die Flüchtlingsunterkunft Kopernikusstraße zweimal telefonisch mit Bombenanschlägen. Am 6.12.91 läßt Rusch vor dem Eingang eines türkischen Feinkostgeschäftes eine Bombe mit erheblicher Sprengkraft detonieren. Der Sachschaden am Geschäft und an parkenden Autos beträgt mindestens 50000 DM. Zur Tatzeit um 22 Uhr befindet sich glücklicherweise niemand in der Nähe des Explosionsortes. Der Anschlag ruft bundesweit Schlagzeilen hervor. In die von MigrantInnen besuchte Kneipe "Welfenkrug" wirft er am 21.1.92 einen Molotow-Coctail. Dieser landet größtenteils auf dem Fußweg, drinnen kann der noch anwesende Wirt schnell löschen.

Zu den aufgeführten Anklagepunkten addieren sich einige falsche Feuermeldungen, angezündete Müllcontainer und ein in Brand gesetzter Sperrmüllhaufen, der die Erdgeschoßwohnung eines Wohnhauses in der Nordstadt fast ausbrennen läßt. Für die HausbewohnerInnen besteht Lebensgefahr, der Sachschaden beträgt 75000 DM. Rusch, der selbst im alternativ geprägten Uni-Viertel Nordstadt wohnt, alarmiert von sich aus die Feuerwehr. Diese Taten - genauso wie die Sprengung der Telefonzelle und die Bombendrohungen gegen die Flüchtlinge - kamen gar nicht erst zur Anklage: Das Gericht sah darin nur "unwesentliche Nebenstraftaten" und stellte nach § 154 StPO ein. Abgekoppelt vom Januar- Verfahren war Rusch wegen der Bedrohung einer Prostituierten mit vorgehaltener Gaspistole am 14.10.91, "weil die Frau dem Straßenstrich nachging" und des Angriffs auf einen mutmaßlichen Dealer am 2.3.92 zu einem Wochenend- Arbeitsdienst "verurteilt" worden. Begründung der Milde: Der südländische Mann, der von einer Gaspistole beschossen in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte, sei tatsächlich Drogen-Dealer gewesen.

Am 6.1.1993 geht Rusch zur Polizei und sagt seitenweise detailliert über seine Anschläge aus. Gegenüber den vernehmenden Beamten gibt er sich als Pressesprecher einer "Skinheadfraktion Deutsche Arbeiterklasse" (SFDA) aus und äußert sich demgemäß rassistisch. Der Polizeibeamte M.Faust sagt im Prozeß aus: "Die Kollegen meinten damals, die Details stimmten, er mußte damit zu tun haben". Dennoch: Rusch wird laufengelassen. Er scheint sich nicht ernstgenommen gefühlt zu haben, denn als er am 10.1.93, nur vier Tage später, nach mehreren Containerbränden in der Nordstadt festgenommen wird, wiederholt er bei der Vernehmung die gleichen Geschichten ausführlichst. Er wird wiederum "mit strengen Auflagen" (Neue Presse v. 26.2.93) der Haftrichterin laufengelassen.

Obwohl die Attentats-Serie durch Festnahme und Geständnis praktisch aufgeklärt ist, geben Polizei und Justiz keine Mitteilungen an die Medien. Angesichts der Presseschlagzeilen, insbesondere zum Bombenanschlag auf das türkische Feinkostgeschäft und der damals nach Selbsteinschätzung "fieberhaft" fahndenden Polizei, kann das Verhalten der Behörden nur als Vertuschungsversuch gewertet werden. Auch Richter Warda unterstreicht im Prozeß, daß dem falschen Eindruck im Ausland entgegengetreten werden müsse, "daß in halb Deutschland Ausländerheime angezündet werden". Ein Neonazi, der seine Taten offensiv und offensichtlich mit Nazi-Parolen rechtfertigt, paßt da nicht ins saubere Bild. Das aber schadet nicht nur Hannover, sondern "Deutschlands Ansehen in der Welt" (Medienphrase) und damit schlußendlich der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit. Die Opfer des Rassismus findet Herr Warda in diesem Zusammenhang keine Erwähnung wert.

Dies Verheimlichen und Kleinkochen auf niedrigster Stufe wird durch den Täter selbst zunichte gemacht. Rusch sucht und findet die medienträchtige "Würdigung" seiner Taten erst, als er im Februar 1993 bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) anruft, Tatdetails schildert und als Motiv "großen Fremdenhaß" (HAZ 26.2.93) angibt. Die NeuePresse (NP) vom 26.2.93 schreibt: "Die Staatsanwaltschaft, die gestern erst auf Anfrage und sechs Wochen nach Festnahme des Mannes über seine Verhaftung berichtete, geht allerdings nicht von einem politischen Hintergrund aus." Im Absatz vorher heißt es: "Anwohner halten den jungen Mann für einen

Neonazi. Nachbarn grüßt er mit 'Heil Hitler'. Die Anschläge auf das türkische Geschäft und die Drohungen gegen die Asylbewerberunterkunft scheinen den Verdacht zu bestätigen."

Doch da sei die deutsche Justiz vor: Die vier Prozeßtage sind eine einzige systematische Psychologisierung. Das Gericht schwankt mit feuchten Augen zwischen moralischen Ermahnungen und mitleidigem Verständnis. Rusch schildert seine Taten stereotyp: Stunden vorher hatte er erstens immer Ärger mit seiner Mutter, es folgte zweitens Frustsaufen mit Freunden in der Kneipe "Mottenburg" (Nordstadt), drittens dann der "spontane Entschluß", mit drei Litern Bier und einigen "Kurzen" im Blut, innerhalb von 30-45 Minuten eine Bombe zu bauen, um damit viertens "irgendwohin" zu fahren. Rassismus habe nie eine Rolle gespielt. Der türkischen Ladenbesitzerin, die lange mit den psychischen Folgen des Bombenanschlags kämpfen mußte, erklärt er: "Es tut mir leid, es war nicht gegen sie persönlich." Da er die Frau gar nicht kannte, hätte es keine persönliche Motivation für die Tat geben können. Die kritische Nachfrage jedoch, ob die Bombe genauso vor einem Geschäft mit der Aufschrift "Müller" oder "Schmidt" abgelegt worden wäre, erfolgt wie gewohnt nicht. Sogar die Einlassung der Verteidigung, die "Testsprengung" der Telefonzelle sei zusammen mit einem "Mister X" verübt worden, dessen Namen nicht preisgegeben werde, stößt beim Gericht auf Gleichgültigkeit. Ebenfalls keine Fragen nach den Saufgelagen in der "Mottenburg", obwohl besagte Kneipe stets Ausgangspunkt der Aktionen war. Auf den ursprünglich vorgeladenen "besten Freund" und Mitzecher **Thomas Kirschenbauer** wird gleich ganz verzichtet. Ignoriert werden ebenso die in Ruschs Zimmer gefundenen Nazi-Flugblätter.

Im Feuerlöscher war eine brisante Sprengstoffmixtur

Polizei sucht Zeugen des Anschlags am Karl-Peters-Platz

Sprengstoffexperten der Polizei haben ermittelt, woraus die Bombe bestand, die am vergangenen Freitag vor einem türkischen Feinkostladen am Karl-Peters-Platz explodiert ist. Die Täter verwendeten einen Sprengsatz aus einer Kohlendioxid-Treibmittelflasche, die normalerweise an Feuerlöschern befestigt ist und zum Heraustreiben des Löschmittels dient. In der Metallhülle befand sich ein selbstgemixter Sprengstoff, der unter anderem ein Pflanzenschutzmittel enthielt. Bei der Explosion zersplitterte die Bombe nicht. Sie wurde gegen die Eingangstür geschleudert und später von der Polizei in der Nähe des Tatortes gefunden. Gezündet wurde der Sprengkörper mit Hilfe eines mechanischen Weckers der Marke Europa mit grünem Gehäuse und weißem Zifferblatt. Auf der dem Tatort gegenüberliegenden Straßenseite zwischen den Eingängen der Häuser Stüvestraße 8 und 9 fand die Polizei einen braun-blau-karierten Wollschal mit Fransen, der vielleicht von den Tätern verloren wurde.

Bislang hat die Polizei noch keine Hinweise auf die Attentäter oder ihr Motiv. Für Hinweise zur Aufklärung der Tat ist eine Belohnung in Höhe von 10 000 Mark ausgesetzt worden. Der von der Polizei gesuchte Passant im hellen Trenchcoat, der an dem Tatort gesehen wurde, hat sich inzwischen gemeldet. Bei ihm handelt es sich um einen Zeugen, der nach der Explosion von einer Telefonzelle aus über Notruf die Polizei verständigte.

Die Polizei sucht weitere Zeugen, die Freitagabend gegen 21 Uhr zwei Unbekannte im Hauseingang Stüvestraße 10 gesehen haben. Wer darüber hinaus Hinweise zu der Tat geben kann oder etwas über die für die Bombe verwendeten Gegenstände sagen kann, wird gebeten, sich unter der Telefonnummer 1 09 52 22 bei der Kriminalpolizei zu melden. Bei dem Anschlag war am Freitag ein Schaden von mehreren 10 000 Mark entstanden. rfi



Trotzdem: Von dem Gesamtbild vor Gericht ausgehend scheint Rusch nie ein strategisch operierender Nazi-Kader gewesen zu sein. Die Fragen jedoch, inwieweit er 1991-92 in lokkere Nazi-Strukturen eingebunden war, wie die "Mottenburg"-Clique (Stichwort SFDA) zu bewerten ist, und ob Rusch heute wirklich mit seiner Vergangenheit gebrochen hat, wurden während des Prozesses ausgespart. Seine unbestritten schwierige Situation innerhalb seiner Familie und seine psychischen Probleme stehen nicht im Widerspruch zu einem eindeutig rassistisch-faschistischen Weltbild. Dieses drückt sich in seinen Taten aus. Er greift nicht zufällig sowieso schon geächtete Gesellschaftsgruppen wie Obdachlose, MigrantInnen, Kleindealer und Prostituierte an.

Außer Acht gelassen bleibt auch der gesellschaftliche Hintergrund im Tatzeitraum August 91 bis März 92, in den sich Ruschs Taten einreihen lassen: Bundesweit steigert sich die rassistische Hetze in ungeahnte Dimensionen. Angriffe auf MigrantInnen werden zum Volks-Sport, durch das Hochkochen der "Asyl-Debatte" wird Rassismus gesellschaftlich verankert, im August marschieren 2000 Nazis am "Hess-Gedenktag" durch Bayreuth und im September wütet das bis zu diesem Zeitpunkt größte Pogrom in Hoyerswerda.

Der Angeklagte grinst nur schadenfroh, als sein Anwalt bei der Vernehmung seiner Mutter ihr die Schuld für die "Fehlentwicklung ihres Sohnes" als Ursache für die Bombenanschläge zuschiebt. Es erfolgt eine für die Frau entwürdigende psychologische Aufbröselung der familiären Verhältnisse, bei der die These ihrer Schuld permanent mitschwingt.

Rusch erscheint, je weiter der Prozeß fortschreitet, immer mehr als Opfer, als verlorener Sohn, der einmal auf die schiefe Bahn geraten nun bitte schön in die Mitte der Gesellschaft, aus der er kam, zurückkehren soll. Dies ist der Wunsch aller am Prozeß Beteiligten.

Staatsanwalt Dr.Lüttig wehrt sich geradezu wütend gegen den leider von keiner Seite tatsächlich erhobenen Vorwurf, vor Gericht würde das Tatmotiv Rassismus vertuscht. Aus dem "autonomen Bereich" sei der Angeklagte durch Flugblätter "als Rechtsextremist abgestempelt" worden. Wie die Autonomen einzuschätzen seien wüßte er genau, "mit denen habe ich meine Erfahrungen gemacht", "dies sei insbesondere dem Vertreter der RAZZ gesagt". Womit er nur meine eigene Person als zu diesem Zeitpunkt einzigen Zuhörer meinen konnte. Scheinbar ordnete mich Dr. Lüttig in die Sparte "Autonome" ein und auch gleich noch in die Redaktion des von unbekannten Händen erstellten und 1992 nach §129a verfolgten hannoverschen Autonomen-Magazins RAZZ. "Der Feind steht links!" hätte Dr. Lüttig zum Schluß noch in den Raum brüllen können. Er unterließ es, vielleicht, weil sich da alle Beteiligten eh einig waren.

Die Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung, sowie die Urteilsbegründung waren zum Teil bis in Formulierungen hinein identisch. Rusch habe in einer "broken family" eine "neurotische Fehlentwicklung" durchlaufen, die Taten seien durch einen "Agressionsstau" eingeleitet worden, der "Frust sei weggebombt" worden, die Taten seien "Hilferufe". Eine "eingeschränkte Schuldfähigkeit" und eine "erhebliche Minderung der Hemmungsfähigkeit" sei durch den greisen Psychologen Dr. Schultka "eindrucksvoll bewiesen" worden. Rusch sei außerdem die freiwillige fünfzehnmonatige Pflege zweier alter Menschen und der Bruch mit seinem Alkoholkonsum anzurechnen. Die vorhandene Berufsperspektive durch seine Gärtner - Ausbildung runde die "positive Zukunftsprognose" ab.

Man stelle sich vor: Rusch hätte statt eines südländischen Straßendealers einen Opernball-Besucher mit einer Waffe bedroht, statt des türkischen Ladens die Industrie- und Handelskammer ausgebombt, statt in einer Obdachlosenunterkunft eine Bombe in einem Messe-Hotel deponiert. Er wäre nicht unter mehreren Jahren Haftstrafe davongekommen.

Staatsanwalt und Verteidiger plädierten beide exakt auf das selbe Strafmaß, auf welches das Gericht entschied: 2 Jahre Jugendhaftstrafe ausgesetzt auf 3 Jahre Bewährung und 2000 DM Geldstrafe zuzüglich einiger Auflagen. Gerrit Rusch ist also frei.

Die hannoverschen Tageszeitungen blökten die Urteilsbegründung wie die Schafe nach, ganz im Tenor der Überschrift dieses Artikels. Allerdings fehlten Anführungs- und Fragezeichen.

Studentenbund Schlesien

Vergangenen Herbst beging der „Studentenbund Schlesien" (SBS) sein zwanzigjähriges Jubiläum. Spiritus rector und „Studienleiter" des SBS ist der stellvertretende NPD-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, **Hans-Michael Fiedler** (51), aus Adelebsen bei Göttingen. Referenten der 51. Göttinger Runde waren u.a. **Hans-Dietrich Sander** (66), Herausgeber der „Staatsbriefe" und Professor **Richard W. Eichler** (74), Autor im „Echartboten" und bei Dr. Herbert Fleissner sowie Referent beim „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes" (DKEG). Der Kulturpreis des Jahres 1994 wurde **Ilse Carola Salm** (83) verliehen. Neuer Bundesvorsitzender des SBS und damit Nachfolger von **Edgar Zacke**, Hannover, ist **Waldemar Maier**, ehemaliger Kreisvorsitzender der NPD in Göttingen und Beisitzer im Landesvorstand der NPD Niedersachsens. Besonders enge Kontakte unterhält der SBS zu den „Jungen Nationaldemokraten". Deren Bundesvorsitzender **Holger Apfel** gehört dem SBS-Bundesvorstand an.

Mark Larx

Triumph des Willens?

Über die 129/129a-Verfahren in Göttingen

Jeder begeht Gedenktage so gut er es versteht - könnte mensch achselzuckend sagen angesichts des Versuches der Generalstaatsanwaltschaft in Celle, einen Teilabschluß der jahrelangen Ermittlungen in und um Göttingen in Sachen 129a, bzw. 129 zu erreichen. Gewollt war es sicher nicht, daß die Anklagen in einem Teil der Verfahren ausgerechnet zum fünfzigsten Jahrestag der Befreiung vom Faschismus erhoben werden.

Bezeichnend ist es allemal. Denn immerhin beschäftigt sich eine Sonderkommission des niedersächsischen LKAs seit 1991 - in den Zeiten explodierender rassistischer und (neo-)faschistischer Aktivitäten und dem allseits festgestellten Rechtsrutsch der Republik - ausschließlich und intensivst mit der Ausspähung und Verfolgung oppositioneller und antifaschistischer Personen, Gruppen und Gesinnungen.

Mehr oder weniger bekannt ist, daß 129-Vorwürfe vor allem die Funktion haben, den Ermittlern und den Gerichten ein ganzes Arsenal an besonderen Befugnissen und Verfahren zur Verfügung zu stellen. Damit kann weit im Vorfeld eines konkreten Verdachtes munter „ermittelt" werden, die Szenen können ausgespäht, abgehört, durchsucht und kriminalisiert werden. Dieses Sonderrechtssystem erlaubt eine - im Sinne des Staatsschutzes-optimale Verbindung von ungebremstem (Gesinnungs-) Schnüffelinstinkt, Kriminalisierungsdruck mit all seinen Folgen auf Personen und Gruppen und öffentlicher Verhetzung. Besonderes Kennzeichen dieser Verfahren ist auch das nahezu beliebige Hin- und Herspringen zwischen konkreten Ermittlungszielen und Tatvorwürfen bis am Ende ein undurchschaubares Konstrukt an Vorwürfen bleibt.

Als Faustregel der Ermittler gilt, den Einstieg in die Ermittlungen möglichst dramatisch und bombastisch zu begründen. Nur bei einem Bruchteil der Ermittlungsverfahren wird Anklage erhoben. Wenn das aber geschieht, sind Verurteilungen relativ wahrscheinlich.

Spätestens hier bleibt einem das Lachen im Halse stecken über eine Polizeiarbeit, die die Grundrisse von öffentlich zugänglichen Gebäuden („Grünes Zentrum" Göttingen z.B.) ernsthaft als Observationsergebnis aktenkundig macht und die dabei „entdeckten" Namen auf Klingelschildern penibelst notiert, deren Arbeit zu einem Großteil darin besteht, öffentlich verbreitete Schriften zu registrieren und zu interpretieren, Adressen daraus abzuschreiben, Gutachten über Plakate anfertigen zu lassen und die Wege der Plakaterstellung zu ergründen. Sind aus Postfächern, z.B. in linken Buchläden, erst einmal Teile einer „Infrastruktur zur Begehung von Straftaten" gemacht worden, gewinnen ihre Konstrukte Kontur ... Eine staatsschutzeigene versteht sich.

Es ist leicht vorstellbar, was an Erkenntnissen über die gesamte Opposition in dieser Stadt und Region im Laufe von nunmehr vier Jahren zusammenkommt. Die Vorstellung über Umfang und Details müssen aber mit den Methoden der Ermittler kombiniert werden, um erfassen zu können, wie abgedreht diese sogenannten Erkenntnisse sind, wie abgehoben sich die Ermittler eine ganz eigene Realität konstruiert haben.

Was in den Akten steht, hat mit der Realität nicht immer etwas zu tun

Der Gang der Ermittlungen selbst zeigt, daß die Kombination operativer, d.h. nachrichtendienstlicher Polizeiarbeit auf Grundlage der Ermittlungsparagraphen 129, 129 a StGB und deutschnationaler Staatsanwälte nichts anderes bringt als die Durchleuchtung und Kriminalisierung oppositioneller Betätigung und zusammengehauene Anklageschriften, die in den meisten Fällen mit Tatvorwürfen im herkömmlichen Sinne nichts mehr zu tun haben und zudem nach politischen Opportunitätsgründen vor Gericht gebracht werden - oder eben auch nicht.

Gesinnungsjustiz in Reinkultur, weil nicht nur Aktivitäten erfaßt, sondern auch bloßes gedankliches Interesse oder Beschäftigung mit bestimmten Themen und Leuten via Telefonüberwachung (TÜ), beschlagnahmte Adressbücher, Kontaktlisten u.ä. z.B. Eingang in Akten und Anklagen finden (können). Die bloße Teilnahme an Veranstaltungen genügt, um über Videofilm oder Ermittlerbericht in die Akten zu gelangen.

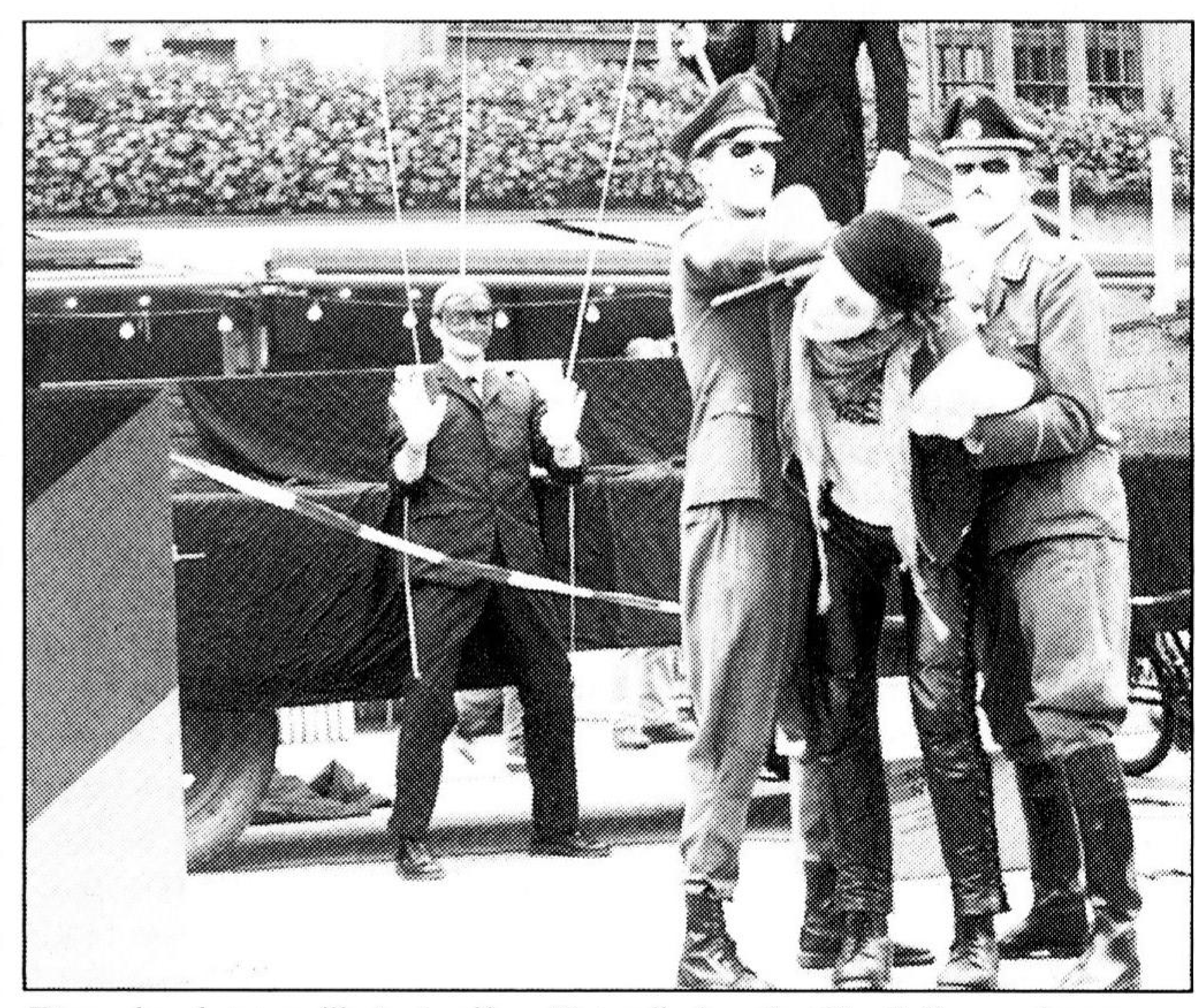
Ein Generalstaatsanwalt Dr. **Manfred Endler**, Herr der anstehenden Verfahren, der vor den Vereinigten Cellern Schützengesellschaften das Aufgeben der Begriffe „Heimat und Vaterland" für die „erschreckende Zunahme der Kriminalität" verantwortlich macht (Cellesche Zeitung 20.7.93), verfügt schon über das richtige, an **Carl Schmitt** und die Notwendigkeit der „innerstaatlichen Feinderklärung" geschulte Weltbild, um sich selbst sicher zu sein, mit den jetzt Betroffenen „irgendwie" die richtigen vor Gericht gebracht zu haben. Leute nämlich, deren „einzige Mitarbeit" am „Gemeinwesen" im „Meckern, in destruktiver Kritik am Ganzen" (ebda.) besteht.

Die Zulieferarbeit allerdings und ein paar für die Anklageerhebung praktikable Beweisführungen mußten Landeskriminalamt, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz mit ihren Ermittlungsgruppen und Sonderkomissionen schon abliefern. Deren Dürftigkeit - gemessen am öffentlichen Getrommele - ist kaum zu beschreiben, und man fragt sich, was eigentlich den zuständigen Staatsanwalt treibt außer seinem Aburteilungswillen.

Sesam-Öffne-Dich SoKo organisiere Dich

Die jetzt unmittelbar drohenden Verfahren gegen mutmaßliche und ehemalige M-Mitglieder und Buchladen Rote Straße, gegen „Kunst und Kampf" und möglicherweise weiteren Einzelpersonen, haben ihren gemeinsamen Ursprung in dem 1991 eingeleiteten 129a.1 - Verfahren gegen unbekannte Personen aus der Antifa-Szene im allerweitesten Sinne. Das LKA bspw. ermittelt seit Anfang 1991 wegen Anschlägen in Göttingen, weitet die Ermittlungen im Laufe des Jahres aus und bildet spätestens im Herbst 1991 die jetzige SoKo 606.

Öffentlich betonter Anlaß waren diverse Anschläge in Göttingen und im Süd-Harz. Hinzu kamen zwei Antifa-Aktionen in Bursfelde (gegen **H.-M. Fiedler** und den SBS) und Mackenrode (gegen **Karl Polacek** und die FAP). Hieraus stammen beispielsweise sechs nicht übergebene Aktenordner. Die Verfahren selbst liegen bei der Staatsanwaltschaft Göttingen.



Eine der letzten "kriminellen Taten" der Antifa (M) - agitprop-Aktion zum Superwahljahr am 1. Oktober 1994

Anläßlich einer Demonstration im März 1993 gegen Neonazi Fiedler in Adelebsen wurde erneut die „terroristische Vereinigung" aus der Tasche gezaubert.

Die SoKo - hier gehen offensichtlich verbiesterter Schnüfflerehrgeiz und das ganze Arsenal operativer Polizeibefugnisse eine ganz unerfreuliche Verbindung ein - macht munter weiter und dehnte in verschiedenen Etappen ihre Observationen aus. Polizeiintern wurden offensichtlich Fahndungen angesetzt, um unbekannte DemonstrationsteilnehmerInnen identifizieren zu können, Akten wurden mit

Daten und Bildern aus den Meldebehörden zu diesem Zwecke ergänzt. Rasterfahndungen der ganz eigenen Art.

Besonders die Telefonüberwachungen(TÜ) wurden gezielt eingesetzt zur Differenzierung und Präzisierung der Erkenntnisse über einzelne AktivistInnen einerseits, zur immer kompletteren Durchleuchtung und Erfassung des Umfeldes andererseits.

Was hier zusammenkam, läßt sich erahnen, wenn mensch bedenkt, daß die Überwachung von vier Telefon-Anschlüssen in einem knappen Monat über viertausend Gespräche aufs Band brachte oder alleine die Veranstaltung im März 1994 zu den Ermittlungsverfahren selbst 50 DIN A4-Seiten Notizen in die Akten lieferte mit Informationen" über RednerInnen (u.a. Landtagsabgeordnete Hulle Hartwig/SPD oder die Kreistagsgrünen).

Ähnlich flächendeckend wurden auch die Observationen gestartet und erst nach und



nach dem jeweiligen Objekt der Begierde angepaßt.

Daß die TÜ letzten Endes der bloßen Erforschung der ganzen politischen Szene dienen - Umfang, Strukturen, Abläufe einschließlich verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen in solchen Situationen - wird daran deutlich, daß sie z.B. ausdrücklich zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchungen 1994 erneut für einige Monate genehmigt worden sind, getreu dem Motto „Stein ins Wasser und Wellen beobachten".

Weil aber auch bei rudimentärsten rechtsstaatlichen Grundsätzen der Tag kommt, an dem die Säge sägen, sprich auch die autonomst arbeitende SoKo und der geiferndste Staatsanwalt ein handhabbares Ergebnis präsentieren muß, für jahrelange intensivste Aufklärung, wurde die „Antifa-M", bzw. ihre Politik in den Mittelpunkt gerückt.

Der Staatsschutz hat zwar schon vorgeführt, daß er auch ohne Vorhandensein einer Organisation gegen „kriminelle" oder „terroristische" Vereinigungen ermitteln und anklagen kann - der Phantasie sind da wenig Grenzen gesetzt. Dennoch ist das Vorhandensein einer Organisation für die öffentliche Präsentation der Staatsschutzarbeit von einem gewissen Vorteil. Zumal dann, wenn diese Organisation programmatisch und bei ihren Aktionen aus Militanz und Staatsfeindschaft in ihrem Verständnis wenig Hehl macht.

Als diese Organisation boten sich die „Antifa-M" und befreundete Organisationen an. Zumal sie weitestgehend öffentlich arbeiteten, insofern leicht zu fassen waren.

Und schon wurde aus einfachen Verstößen gegen das Versammlungsrecht, der Verunglimpfung des Staates (Symbole, Fahne z.B.) oder Nötigung das systematische Wirken einer „kriminellen Vereinigung", und die mutmaßlichen, wirklichen und ehemaligen M-Mitglieder oder MitarbeiterInnen von befreundeten Organisationen wegen Gründung oder Mitgliedschaft (in) derselben zusätzlich verfolgt.

U.a. auch deshalb wurde nach jahrelangem Vertrieb eine Broschüre mit RAF-Texten zur Werbung für die RAF hochgejubelt (129a.3), die „ausgewählten Dokumente der Zeitgeschichte; Bundesrepublik Deutschland/Rote Armee-Fraktion" (seit mehr als 8 Jahren im Handel, in der 6. Auflage). Deshalb wurde ein Plakat, auf dem Insider den gesprengten Knastneubau von Weiterstadt erkennen können, behandelt als seien konspirativ Beitrittserklärungen zur Kommandoebene verteilt worden. Eigens zur Klärung der Herstellungswege und - möglichkeiten dieses und anderer Plakate wurde ein Gutachter bestellt, wurden Aktiv-Druck und ein Belichtungsstudio im Sommer 1994 durchsucht, wurden die Plakatekleber observiert... .

Flugs wurde nach der Staatsschutzaktion in Bad Kleinen herumposaunt, die bei W. Grams gefundene Bahn-Card sei in Göttingen gekauft worden - um danach davon gar nicht mehr reden zu wollen. Eine breit öffentlich angekündigte Veranstaltung mit Gisela Dutzi und Günther Sonnenberg, ehemalige Gefangene aus der RAF und Matthias Meyers, Redakteur von „clockwork", wurde zu einer „konkreten Verbindung zur RAF" hochstilisiert.

Neben der Wirkung in der Öffentlichkeit - da braucht sich mensch nur die jeweiligen Schlagzeilen anzugucken - haben diese „Werbungsverfahren" den Vorteil, daß der Schlüssel zum Sonderrechtssystem des 129 a immer aktuell einsetzbar bleibt mit all seinen Ermittlungsbefugnissen, Sondersenaten, Sonderhaft- und Verteidigerbedingungen.

Daß der Apparat dabei auch eine gewisse Flexibilität an den Tag legen kann, sofern der Wille zur Ausweitung der Durchleuchtung der Szene ihn treibt, zeigen die Verfahren gegen den Buchladen.

Ursprünglich als Teil der Infrastruktur der „M" in die Hausdurchsuchungen einbezogen, wurde mit der Vielzweckwaffe „Zufallsfunde" - es geht um die Dokumentation einer RAF-Erklärung - ein eigenständiges Verfahren gegen den Buchladen hochgezogen. Ein schon angestrebtes Verfahren wegen Unterstützung der „kriminellen Vereinigung M" wurde gar nicht erst weiter verfolgt.

AStA und Grünes Zentrum dagegen blieben „lediglich" „Teil der Infrastruktur der Antifa-M". Erfaßt wurden aber auch da erheblich mehr Initiativen und Gruppen (Antirassistisches Telefon, Unigruppen etc).

Eine vorläufige Bilanz

1. Die jetzt möglicherweise bis zur Anklage gebrachten Verfahren gegen den Buchladen Rote Straße (129a.3) und gegen Mitglieder und ehemalige oer mutmaßliche Mitglieder der M wegen diverser Delikte, u.a. 129, 129a.3 (Werbung), Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsrecht, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, Nötigung ..., sind nur ein winziger Ausschnitt der beim LKA und BKA zusammengepusselten Ermittlungen über die Gesamtpolitik der Linken im weitesten Sinne in Göttingen und Umgebung. Bestimmte Stränge dieser Recherchen sind längst in anderen Bundesländern gelandet und werden mit Sicherheit dort weiterverfolgt.

2. Im Sinne der ursprünglichen Ermittlungsaufträge und Tatvorwürfe müßte die Arbeit der SoKo 606 als gigantischer Flop bezeichnet, Leitung und politisch Verantwortliche wegen Verschwendung öffentlicher Gelder entlassen werden. Zu prüfen wäre darüberhinaus, ob nicht bei Observation und TÜ Recht und Gesetze serienweise gebrochen, weil i.S. der ursprünglichen Ermittlungsaufträge reihenweise unbeteiligte Menschen überwacht und erfaßt, ihre Daten verarbeitet worden sind. Und weil diese Überwachung unter haarspalterischen Vorwänden und zumindest teilweise wider besseres Wissen über Jahre hinweg erneuert und fortgesetzt wurde.

Leider bleibt das angesichts der Verhältnisse reine Rhetorik.

3. Die haarsträubende Konstruktion der Vorwürfe in Sachen kriminelle Vereinigung, bzw. der in ihrem Rahmen begangenen Straftaten macht Verurteilung oder Freispruch zu einer Frage der Willkür, bzw. der politischen Opportunität der Gerichte.

Abgesehen von der zerstörerischen Wirkung die eine Verurteilung auf die einzelnen Betroffenen haben, würde im Falle einer Verurteilung auch ein großer Teil politischer Ausdrucksformen der Opposition kriminalisiert, die ja nicht in ihrer „Antifa-M"-spezifischen Variante praktiziert werden müssen. Die nachdrückliche Aufforderung an Saalvermieter, Faschisten die Verträge zu kündigen beispielsweise, oder das Verbrennen der Deutschlandfahne im Rahmen von Protestaktionen. Dinge also, die zu besseren Zeiten als Formen zivilen Ungehorsams gehandelt wurden und zu denen jede BürgerInneninitiative gewisse Absprachen treffen muß. Auch massiver politischer Druck auf die Polizeiführung, für ein zurückhaltendes Auftreten ihrer Truppen zu sorgen, sollte eine demokratische Selbstverständlichkeit sein und wurde in Göttingen ja auch durchaus von breiten Bündnissen so verstanden.

4. Ohne die Bedeutung möglicher Anklagen und Verurteilungen herabzumindern und ohne von den jetzigen Verfahren ablenken zu wollen, muß man berücksichtigen, daß auch sie nicht das Hauptergebnis der jahrelangen sogenannten Ermittlungen sein werden.

Im Laufe der Jahre haben sich eine Vielzahl von „Ermittlungsansätzen" für weitere Verfahren ergeben. Akten wurden ausgegliedert, Sonderakten zum Hintergrund, d.h. auch über die früheren Ermittlungen werden in Reserve, Verfahren werden in der Schwebe gehalten.

Es ist das perverse Ergebnis dieser Art operativer Ermittlungsarbeit weit im Vorfeld eines konkreten Verdachtes, daß irgendwann einige über die Gerichtsklinge springen müssen, weil der Erkenntnisdurst und der Wille zur Verfolgung aller Ansätze zur Opposition unersättlich ist.

Mark Larx ist Mitglied der Gruppe „Verfahren"

STOP dem staatlichen Angriff gegen den Antifaschismus!

Nach diesem Bericht der Gruppe „Verfahren", der hier in gekürzter Form abgedruckt ist, erreichte die Beschuldigten der Abschlußbericht der Generalstaatsanwaltschaft, der dem Gericht vorgelegt wird, so daß der Richter entscheiden kann, ob er ein Verfahren eröffnet oder nicht. Die Anklageschrift krönt ein Aufsatz des Oldenburger Politologen und Anti-Antifaschisten Prof. **Wolfgang Rudzio** (siehe Sonderheft „Rechter Rand", März 1994) „Autonome Gewalt und Antifaschismus", der für das Bundesinnenministerium verfaßt und in der Broschüre „Extremismus und Gewalt" (Bd.III) abgedruckt wurde.

Die Gruppe „Verfahren" will die Verfahren in Göttingen als staatliche Repressionsmaßnahme gegen die gesamte Linke verstanden wissen und angehen. Auch „Der Rechte Rand" taucht an verschiedenen Stellen der Ermittlungsakten auf. Der Verfassungsschutz in Hannover hat das Blatt abonniert und in der Ausgabe vom Juni/Juli 1993 einen Beitrag von „Karl Peix, Mitarbeiter der Antifa (M)" über die Aktivitäten des **Thorsten Heise** (FAP) entdeckt und an das Landeskriminalamt weitergeschickt. Nicht wissend, daß Karl Peix ein Mitglied der KPD der zwanziger Jahre war und im KZ Buchenwald von den Faschisten ermordet wurde, nahm der Apparat die Ermittlungen auf. Nach ca. 3 Monaten entdeckte ein Schnüffler das Konterfei von Peix bei einer Ausstellung der Antifa (M) „Geschichte wird gemacht" und meldete brav zur Zentrale, daß „Karl Peix" wohl ein Pseudonym sei. Der Oberschnüffler PHK **Krokowski**, für den der brutale Faschist **Homeister**, immerhin Kroatienkämpfer, nur ein bißchen rechts ist, vermutete in dem Artikel eine „Ausspähung" des Thorsten Heise. In der Tat fand Karl Peix heraus, daß es in der Privatwohnung von Heise ein Kadertreffen der FAP gab, an dem u.a. auch **Friedhelm Busse** teilgenommen hatte. An diesem und vielen anderen Beispielen wird klar, wohin der Schlag der „Staatsanwaltschaft" zielt. Auch, wenn sich Sozialdemokraten wie der Innenminister Gerhard Glogowski negativ über die „nicht gewollten" Ermittlungen in Göttingen äußern, darf der Anteil der SPD an dem Schlag gegen den Antifaschismus in Niedersachsen nicht geringgeschätzt werden. Der Oldenburger Professor Rudzio ist ebenfalls SPD-Mitglied. Die Anti-Antifa ist staatlicherseits längst eine große Koalition eingegangen und die garantiert schon seit 50 Jahren eine Kontinuität in Sachen „Faschismus". In staatlich finanzierten Broschüren des Innenministeriums z.B. hat die Anti-Antifa-Riege unter Prof. **Knütter** (Bonn) die Möglichkeit, ihre Hetze gegen AntifaschistInnen in garantiert hoher Auflage an so wichtige Rezipienten-Kreise wie Schulen etc. zu verbreiten. Das wird von der Staatsanwaltschaft in Celle genüßlich aufgegriffen, insbesondere von dem völkisch-nationalistisch argumentierenden Dr. **Manfred Endler**, der in seiner Dissertation über die „Unabhängigkeit des Beamten" (Göttingen, 1961), nicht vergißt dem faschistischen Staatsrechtler **Carl Schmitt** für seine Verdienste zu danken und dem Berater von **Gerhard Frey** (DVU), **Theodor Maunz** zu huldigen.

Die Linke und alle AntifaschistInnen müssen die gesamte Dimension des Verfahrens erkennen. Der politische Fehler, der Spaltung der Linken, darf sich an dem Göttinger Fall nicht wiederholen, auch wenn es den Anschein hat, daß manche Gräben nicht mehr überbrückt werden können. Gemeint sind hier der „Haß" mancher Leute, auf alles, was das Markenzeichen „M" trägt und ein Verhalten der „Autonomen Antifa/M", das darauf abzielt die 129 etc. Verfahren als ihr ganz persönliches Ding zu betrachten und damit eine sie weiter isolierende Politik zu betreiben. Solche Fehler haben eine lange Tradition und der weitere Verlauf solcher Prozesse kann musterhaft in dem Bericht von Karl Marx über den „Kölner Kommunistenprozeß" von 1852 nachgelesen werden. Bei dem „Monsterprozeß", zerfiel die Linke in zwei Lager. Die staatlichen Büttel konnten sich die Hände reiben, das uralte Konzept des „divide et impera", des Teile und Herrsche, ging hervorragend auf. Der Begriff der „Solidarität" darf nicht als leere Worthülse zum Bestandteil linker Propaganda verkommen, sondern muß in der politischen Praxis beständig (selbst)kritisch ausgeübt werden.

(hy)

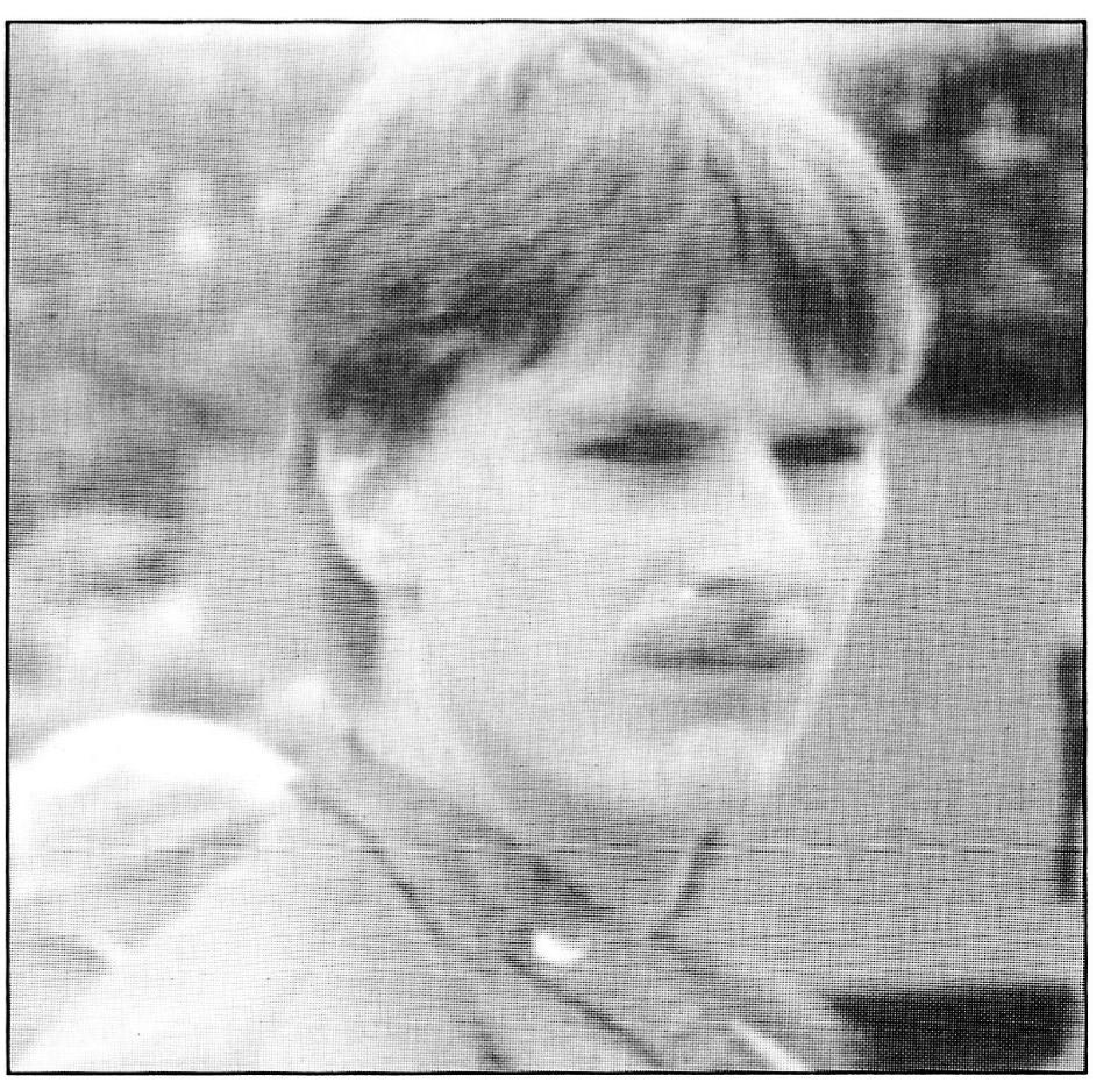
Sönke Braasch

"Einheit und Kampf"

Junge Nationaldemokraten umwerben militante Neonazis

Mit Verspätung erscheint erst jetzt die Ausgabe 4/94 von „Einheit und Kampf. Stimme des Jungen Deutschlands". Die Herausgeberschaft liegt bei **Dieter Koch**, einem Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) aus Wuppertal. Zur Redaktion von „Einheit und Kampf" zählen neben Koch auch der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel** und sein Stellvertreter **Michael Prümmer**. Bemerkenswert ist in der aktuellen Ausgabe von „Einheit und Kampf" das mehrseitige Interview mit **André Goertz** (25), langjähriger Funktionär der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Der Hamburger Student Goertz verließ im Dezember des vergangenen Jahres die FAP, da, so Goertz im Interview, „ich zur Zeit keinen Sinn in parteipolitischer Arbeit sehe." Stattdessen würden in Norddeutschland derzeit neue Strukturen („überparteiliche Organisierung der Aktivisten in Aktionsbündnissen") aufgebaut. „Der finanzielle Spielraum ist größer geworden und repressive Maßnahmen des Systems können uns kaum noch treffen." Kader, Bewegung, Schulung und Einheit lauten die Schüsselbegriffe des politischen Konzepts von André Goertz. Goertz, bis zu seinem Austritt FAP-Landesvorsitzender in Hamburg und Leiter der Rechtsabteilung im FAP-Bundesvorstand, hatte in der Vergangenheit versucht, „eine innerparteiliche Debatte über Sinn und Unsinn von Uniformierung, Hitlerismus und rechter Subkultur weiter voranzutreiben." Offensichtliche Übereinstimmung besteht zwischen Goertz und der NPD-Nachwuchsorganisation in strategischen, aber auch inhaltlichen Fragen. „Wirkliche politische Akzente sind 1994 von den Jungen Nationaldemokraten und der FAP, nicht jedoch von der Gruppe um Christian Worch ausgegangen." Ideologisch stützt sich Goertz auf Gregor Strasser, Gottfried Feder, Adolf Damschke und die Theorie der Neuen Rechten. „Die systemkritische Einstellung vermisse ich gerade bei den konservativen Kreisen im Umfeld der Jungen Freiheit, die den etablierten Parteien immer noch guten Willen unterstellt." Daneben findet sich ein längerer Artikel über Otto Strasser sowie ein Interview mit **Torsten Lemmer** (24), dem ehemaligen Fraktionsgeschäftsführer und stellvertretenden Vorsitzenden der „Freien Wählergemeinschaft" (FWG) in Düsseldorf. Lemmer erhält reichlich Gelegenheit für sich und seine musikalischen Projekte „Rheinwacht" und „08/15" aus Düsseldorf, „Schlagzoig" aus Mettmann, „Foierstoss" aus Gernsbach, „Bomber" aus Meerane, „Tollwut" aus Sachsen und „Sturmwehr" aus Gelsenkirchen zu werben.

Dieter Koch



Urteile gegen Neonazis

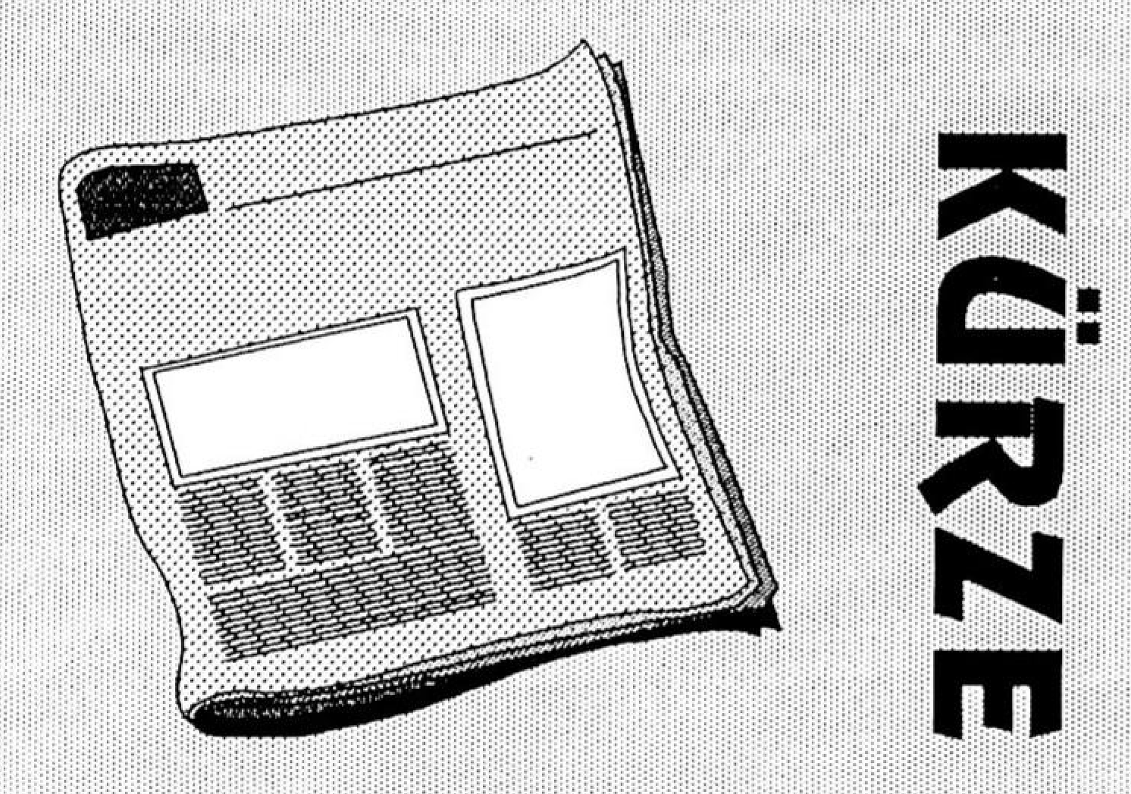
Das Stuttgarter Amtsgericht verurteilte am 2. Februar die beiden süddeutschen Neonazis **Axel Heinzmann** (48) und **Christian Hehl** (25) zu jeweils einer einjährigen Haftstrafe ohne Bewährung. Die Staatsanwaltschaft hatte wegen schwerem Landfriedensbruch und gefährlicher bzw. versuchter gefährlicher Körperverletzung 18 Monate Haft gefordert. Heinzmann und Hehl wurden am 5. November 1994 in Stuttgart-Weilimdorf bei der Initiierung einer „Stuttgarter Kameradschaft" (vgl. bnr 24/94) durch Funktionäre der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) verhaftet. Der mehrfach vorbestrafte Skinhead Hehl, Verantwortlicher der FAP in Rheinland-Pfalz und ehemaliges Vorstandsmitglied der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK), hatte einen Gegenstand in Richtung der Polizisten geworfen und einen Beamten am Rücken getroffen. Dies wurde von Richterin Petermann als versuchte gefährliche Körperverletzung gewertet. Heinzmann, er machte in den 70er Jahren mit seinem „Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS) auf sich aufmerksam, trat in der Gaststätte „Blick Solitude" als Versammlungsleiter auf. Außerdem soll Heinzmann einen Polizeibeamten mit einem Tafelmesser verletzt haben. Sowohl Heinzmann als auch Hehl werden von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) betreut.

Die Jugendkammer des Heidelberger Landgerichts verurteilte am 9. Februar fünf junge Männer wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung zu Bewährungsstrafen zwischen sechs und zehn Monaten. Die angeklagten **Marc K.**, **Markus Idzikowski**, **Michael Grammer**, **Ralf Herrmann** und **Thomas Mezzullo** hatten zusammen mit weiteren Skinheads und Neonazis am 13. Februar 1992 ein türkisches Imbißlokal in Heidelberg-Eppelheim überfallen. Eine Gruppe von 30 bis 40 Rechtsextremen, aus ihnen rekrutierte sich die spätere neonazistische „Aktionsfront Nationaler Kameraden" (ANK), traf sich in einer Gaststätte im Heidelberger Stadtteil Eppelheim am Abend des 13. Februar, um eine gemeinsame Busfahrt nach Dresden zu organisieren. Ziel der Reise war eine Veranstaltung des NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** (54) in Dresden. Ein Teil der versammelten jungen Rechten inszenierte eine Massenschlägerei in einem nahe gelegenen türkischen Schnellimbiß. Weitere zehn Personen werden im Frühjahr sich vor dem Landgericht in Heidelberg zu verantworten haben. Unter den Angeklagten befinden sich der Karlsruher Neonazi **Manfred Huck** (30), **Eric Rößler** (22) aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), der inzwischen inhaftierte Jugoslawien-Söldner **Uwe Herker** (22) aus Weinheim und **Frank Detlef Bender** aus Angelbachtal-Michelfeld (Rhein-Neckar-Kreis). Der 29jährige Bender mußte sich wegen Wehrsportaktivitäten bereits zweimal vor Gericht verantworten. Außerdem unterhielt Bender Kontakte zur „Taunusfront" und NSDAP/AO sowie zur neonazistischen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" um Michael Kühnen.

KKK-Aktivist verurteilt

Das Landgericht Frankfurt/Oder verurteilte am 13.2. den Neonazi **Carsten Szczepanski** wegen „Mittäterschaft am versuchten Mord" zu einer Haftstrafe von acht Jahren. Szcepanski war nach Auffassung des Gerichts einer der Hauptverantwortlichen, als im Mai 1992 der nigerianische Asylbewerber Steve E. von einer Gruppe Rechtsextremisten in Wendisch-Rietz brutal zusammengeschlagen wurde und ertränkt werden sollte. S., selbsternannter Führer der „White Knights of the KuKluxKlan/Germany", trat bisher u.a. als Herausgeber des Skinzines „United Skins" und des „KuKluxKlan"-Blättchens „Feuerkreuz" in Erscheinung. Er war Mitorganisator der spektakulären KKK-Kreuzverbrennung mit der damaligen us-amerikanischen KKK-Größe **Dennis Mahon** in der Nähe von Königs Wusterhausen bei Berlin. Verteidigt wurde Szczepanski, zeitweilig Gefangenenbetreuer der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) für „Mitteldeutschland", von **Aribert Streubel**, der sich u.a. als Verteidiger von **Arnulf Priem** einen Namen gemacht hat.

RECHTS IN



Söldner verhaftet

Am 23. Dezember 1994 wurde der 22jährige Neonazi **Uwe Herker** bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verhaftet. Grund für die Verhaftung seien, so die Frankfurter Rundschau, diverse Straftaten, die Herker begangen haben soll. Dem Dresdner, er lebte zuletzt in Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), werden mehrfache Körperverletzung, Landfriedensbruch und ein Verstoß gegen das Waffengesetz vorgeworfen. Herker gehörte der 1993 aufgelösten „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK) um **Manfred Huck** (30) an. Ende 1992 entschwand Herker alias Honecker in das Kriegsgebiet im ehemaligen Jugoslawien. Im Oktober 1993 berichtete das Söldnermagazin „Soldier of Fortune", gegen das derzeit ein Indizierungsantrag des „Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg" (RIB) in Freiburg läuft, wie Manfred Huck kurzfristig den Söldner Herker illegal aus Österreich über die Grenze brachte. Somit ermöglichte der in inzwischen in Karlsruhe wohnhafte Neonazi Huck dem polizeilich gesuchten Herker die Teilnahme beim Treffen anläßlich Führers Geburtstag bei **Curt** (63) und **Ursula Müller** (60) in Mainz-Gonsenheim am 17. April 1993. Herker wurde aus Bernau (Bayern) in die Justizvollzugsanstalt Adelsheim verlegt. Anfang Februar 1995 trat Herker als Zeuge vor dem Heidelberger Landgericht auf. Am 13. Februar 1992 stürmten zahlreiche Skinheads und Neonazis eine türkische „Snack-Bar" in Heidelberg-Eppelheim. Fünf der damaligen Angreifer wurden am 9. Februar vom LG Heidelberg zu Bewährungsstrafen zwischen 6 und 10 Monaten verurteilt. Die höchste Jugendstrafe von zehn Monaten wurde gegen den vorbestraften **Markus Idzikowski**, 21, verhängt. Gegen weitere zehn an dem Überfall Beteiligte wird im Laufe des Frühjahrs vor dem Landgericht der Universitätsstadt verhandelt werden. Neben Uwe Herker werden dann auch Manfred Huck (30) aus Karlsruhe, **Eric Marvin Rösler** (22) aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) und **Frank Detlef Bender** (29) aus Angelbachtal-Michelfeld (Rhein-Neckar-Kreis) vor Gericht stehen. Der vorbestrafte Neonazi Bender leitete in den 80er Jahren verschiedene Wehrsportgruppen im nordbadischen Raum und hatte Kontakte zur NSDAP-AO und zur „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front".

JN - BaWü

Nachfolger von **Stefan Wollenschläger** aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) im Landesvorsitz der baden-württembergischen JN ist **Michael Wendland** aus Leonberg (Kreis Böblingen). Wendland steht der neonazistischen Kleinstorganisation „Deutsche Sozialistische Aktionsgemeinschaft e.V." (DSA) vor, musiziert seit November 1992 bei der Fascho-Skinband „Noie Werte" und ist darüber hinaus bei der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) aktiv.

Ullstein-Verlag

Im Ullstein Verlag des rechten Verlegers Dr. **Herbert Fleissner** (66) erschien bereits die 2., veränderte und erweiterte Auflage des Sammelbandes „Die selbstbewußte Nation. 'Anschwellender Bocksgesang' und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte". Als Herausgeber zeichnen **Heimo Schwilk** und **Ulrich Schacht**, beide sind Redakteure der „Welt am Sonntag", für das inzwischen 480 Seiten starke Werk verantwortlich. Neu sind die Beiträge des sächsischen Justizministers **Steffen Heitmann (CDU), gescheiterter Kandidat für das** Bundespräsidentenamt, und **Wolfgang Templin** (Bündnis 90/Die Grünen), der mehrfach der „Jungen Freiheit" schon zur Verfügung stand. Der Essay des FAZ-Feuilleton-Redakteurs **Eduard Beaucamp** hingegen ist in der Neuauflage des deutschnationalen Sammelbandes nicht mehr enthalten.

Hausdurchsuchungen

Am Donnerstag, den 26. Januar fanden wegen Verdachts der Volksverhetzung Hausdurchsuchungen in insgesamt zwölf Objekten im süddeutschen Raum statt. So wurden z.T. eine Vielzahl von beweiserheblichen Materialien in vier Wohnungen in Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), der NPD-Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart, der NPD-Villa in Eningen (Kreis Reutlingen) sowie in Viernheim (Kreis Bergstraße), Bad Hersfeld, Ramstein, Bad Reichenhall, den unterfränkischen Gemeinden Schneeberg und Johannesberg bei Aschaffenburg beschlagnahmt. Im hessischen Viernheim entdeckten die Ermittler vom LKA Wiesbaden eine Handgranate. Der Großteil der sichergestellten Gegenstände, darunter ein Kleinkalibergewehr, befand sich beim NPD-Bundesvorsitzenden **Deckert** (54) in Weinheim. Das in der Garage deponierte ältere Kleinkalibergewehr, für das Kreis- und Stadtrat Deckert keinen Waffenschein besitzt, sei eine weitere Hinterlassenschaft der Schwestern Frieda und Charlotte Krieg aus Eningen, die der NPD ihre Villa vererbten. Unter den insgesamt beschlagnahmten Schriften waren der revisionistische „Leuchter-Bericht", das „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den 'Gaskammern' von Auschwitz" des Revisionisten **Germar Rudolf** (30), 1.600 Flugblätter volksverhetzenden Inhalts sowie Nachdrucke von „Mein Kampf". Sichergestellt wurden auch diverse Videokassetten.

NPD vor dem Aus?

Vor dem baldigen Aus steht die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD), älteste rechtsextremistische Wahlpartei der Bundesrepublik. Vom 31.03. 1993 bis zum 31.03 1994 verlor die NPD insgesamt 1305 Mitglieder, rund ein Viertel ihres damaligen Bestandes. Den 748 Eintritten in dieser Zeit standen 2053 Abgänge gegenüber. Die meisten Mitglieder verlor der Landesverband Baden-Württemberg. 359 Personen gaben ihr Parteibuch zurück, wohingegen lediglich 95 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Nur in Sachsen reichte die Zahl der Austritte annähernd an die Zahl der Eintritte heran. Gegenwärtig verfügt die NPD noch über knapp 4.000 Mitglieder. Ihren Höchststand hatte die am 28. November 1964 in Hannover gegründete NPD Ende der 60er Jahre mit rund 28.000 Personen. In einem Papier, das anläßlich der Tagung der Landes-Organisations-Leiter vom 9./10. Juli 1994 verfaßt wurde, heißt es angesichts des rapiden Mitglieder- und damit Beitragsverlustes: „Wenn das so weiter geht, können wir uns ausrechnen, wann wir 'Pleite' sind." Den desolaten Zustand der NPD unterstreicht die Tatsache, daß sieben Landesverbände bei der Tagung nicht vertreten waren. Die Landesverbände Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen fehlten sogar „unentschuldigt".
Der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) gehören gemäß Protokoll der Tagung der Landes-Organisations-Leiter vom Juli 1994 rund 300 Personen an. Der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel** bezeichnete die Mitgliederentwicklung als positiv: „Durch Aktivitäten in der nationalen Jugendszene neue Zugänge". Insbesondere in Nordrhein-Westfalen haben sich im Zuge verschiedener Organisationsverbote der vergangenen Jahre Neonazis den JN angeschlossen. Die seit 1990 erscheinende Zeitschrift „Einheit und Kampf" ist nach Aussage von Apfel „Bindeglied" zur neonazistischen Szene. Das seit dem vergangenen Jahr publizierte Organ „Der Aktivist" hingegen sei für das engere Umfeld der „Jungen Nationaldemokraten" bestimmt. Personelle Schwerpunkte der JN liegen in Niedersachsen und Bayern mit jeweils rund 50 Mitgliedern. Franken gilt Holger Apfel als „Speerspitze der JN". Die Zusammenarbeit von Mitgliedern der Berliner JN mit „Die Nationalen e.V." ist innerparteilich umstritten. Während **Andreas Storr**, ehemaliger JN-Bundesvorsitzender, Redaktionsmitglied der von den „Nationalen" herausgegebenen „Berlin-Brandenburger-Zeitung" ist, raten andere „Nationaldemokraten" von Kontakten zu „Die Nationalen" ab, da ein „VS-Mann" sich in deren Reihen bewegen soll. Aber auch die Stellung der „Jungen Nationaldemokraten" innerhalb der Gesamtpartei ist strittig. Holger Apfel sieht die JN in einer „Vorreiterrolle" der Partei. Die NPD hingegen billigt ihrer „Parteijugend" lediglich die formale Stellung einer „Untergliederung" zu.



Lesetips

Kein Unterschied zu braunen Gesinnungskumpanen

Mit der Zentralfigur des "nationalrevolutionären" Flügels des Faschismus Otto Strasser setzt sich Kurt Gossweiler auseinander. Anhand zahlreicher Dokumente und Zitate belegt Gossweiler, daß die Gebrüder Strasser - wie Gregor Gysi in seinem Vorwort schreibt - eine Welt bauen wollten, "die sich auf die Ideologie einer Herrenrasse gründete, in der kein Platz war für Kranke und Schwache, Nonkonformisten und Querdenker."

Ein hilfreiches Buch für Antifaschisten in der Auseinandersetzung mit nationalrevolutionären Argumentationen. (Ht.)

Kurt Gossweiler, Die Strasser-Legende, edition ost, Berlin 1994

Giftmelange

In der Krimireihe des Wiener Frauenbuchverlages ist jetzt ein Krimi von Elfriede Semrau erschienen, der sich gegen "Alt- und Neonazis, den rechten Kirchenflügel und gegen moralinsaure Selbstgerechtigkeit" richtet. Obwohl hier ein glatter Rundumschlag geführt wird und vieles arg konstruiert erscheint, gelingt es Elfriede Semrau doch, Witz und Spannung zu erzeugen. Eine eher leichte Lektüre vor dem Zubettgehen. (Ht.)

Elfriede Semrau, Zores aus dem rechten Eck, Wien, 1994

Klüngel, Corps und Kapital

Ergebnisse einer antifaschistischen Recherche zur Ideologie und gesellschaftlichen Stellung studentischer Verbindungen legt der SB im AstA der Universität Göttingen vor. Beschäftigt wird sich auf auf 28 Seiten mit der Geschichte der studentischen Verbindungen, dem Weltbild der Korporationen und dem Verhältnis von Kapital und Korporationen. Abschließend werden die studentischen Verbindungen in Göttingen in Form eines Glossars vorgestellt. (Ht.)

AStA der Universität Göttingen, Klüngel, Corps und Kapital, Göttingen 1994. Bestelladresse: AStA, Goßlerstr. 16a, 37073 Göttingen

Searchlight Spezial

Unter dem Titel "Reunited Germany - The new danger" hat die in Großbritannien erscheinende Antifa-Zeitschrift Searchlight zusammen mit dem Antifa-Infoblatt eine 60-seitige englischsprachige Broschüre herausgebracht. Im Mittelpunkt des Heftes steht der deutsche Militarismus, der nach der sog. "Wiedervereinigung" seinen Einfluß weiter ausdehnt. Rechtsextreme Umtriebe in der der Bundeswehr, revanchistische Bestrebungen und militärstrategische Überlegungen werden u.a. in der Broschüre thematisiert. (Ht.)

Das Heft ist für DM 10,00 erhältlich bei: Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2A, 10961 Berlin oder für 5 engl. Pfund bei Searchlight Magazine, 37B New Cavendish Street, London W1M8JR

„Treblinka - Die Revolte eines Vernichtungslagers“

Dieses verschriftete Denkmal jüdischen Widerstandes ist zum 50. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus wieder aufgelegt worden. Es ist angelegt als Heldenepos von Mut und Überlebenswillen, Verrat und Kollaboration. Erzählt in einer fesselnden Sprache, die gewürzt ist durch beißende Ironie, die nicht in Zynismus abgleitet. Hier wird die unheilvolle Zuarbeit der Judenräte und die Einrichtung der Ghettos thematisiert, als Mosaiksteine, die ihre Wirkung aus der Leidensgeschichte des jüdischen Volkes beziehen, weil sie alte Überlebensstrategien funktionalisieren, die in der NS-Zeit zur tödlichen psychologischen Falle werden.

Die Mörder, von Steiner als „Techniker“ des Todes bezeichnet, erarbeiten noch weitere psychologische Strategien, die in der perfiden Hierarchie der Vernichtungslager ihre perfekteste Ausprägung finden. Die psychologische Zerstörung der Menschen, die die reibungslose physische Zerstörung garantieren soll, wird aufgebrochen durch den Wiederaufbau eines eigenen sozialen Lebens durch die Geschundenen. Das Ziel ist Widerstand, um das Überleben von Zeugen zu sichern, die der Nachwelt die Ungeheuerlichkeiten übermitteln:

„Meine Knochen können sagen, daß ich tot bin, aber sie können nicht erzählen, wie ich gestorben bin. ... Die Massengräber werden sagen, daß so und so viele Millionen Juden umgebracht worden sind, aber das sind ja nur statistische Zahlen...“ (a.a.O. S. 122)

Treblinka ist nicht nur ein Vernichtungslager, sondern „auch eine Welt der Lüge...in der die Gaskammern ‘Fabrik’, die Leichen ‘Figuren’ und die Häftlinge ‘Arbeiter’ hießen.“(a.a.O. S. 128)

Der Widerstand spielte sich mit Rückschlägen und zermürbenden Wartezeiten in mehreren Phasen ab. Zunächst war Flucht um jeden Preis die Devise, um die noch in den Ghettos Verbliebenen zu warnen und zum Kampf aufzurufen. Danach setzte man ganz auf den bewaffneten Widerstand. Dem Scheitern des ersten Versuches folgt furchtbare Mutlosigkeit und dann verdoppelte Anstrengung. Das Ende des Lagers wird doppelt geplant, sein Ablauf scheint sich unerbittlich zu beschleunigen. Dabei steht für die Mörder die „Endabwicklung“ im Vordergrund, nicht ahnend, daß die Planung der Häftlinge längst einen anderen Ablauf in Gang gesetzt hat

„TREBLINKA“ ist ein Buch der Hoffnung, weil die Gegenspieler der „Techniker“ den Opferstatus nicht als einzige Möglichkeit akzeptieren.

Das Buch ist von Jean-Francois Steiner, im Verlag Harald Kater in Berlin 1994 zum Preise von 29,80 DM erschienen.

Lisa Böhne